

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Nummer 26

Hannover, den 26. Juni 1915

24. Jahrgang

25 Jahre Verband der Fabrikarbeiter!

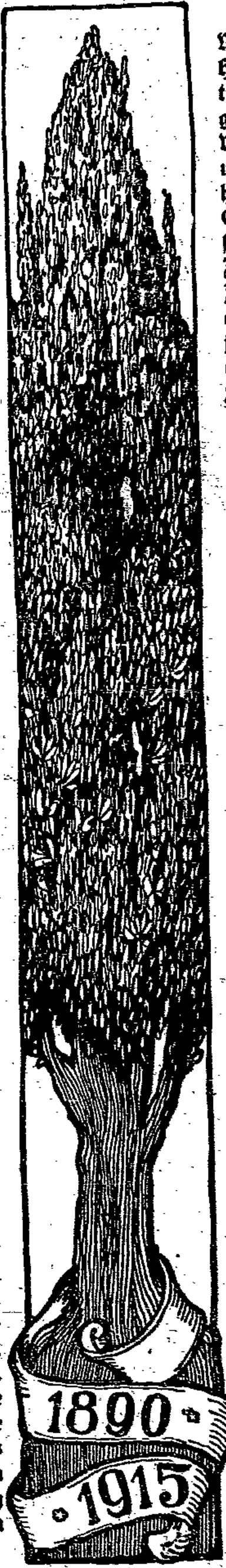
Noch immer tobt dieser Krieg, der gewaltiger ist und blutiger als alle, von denen die Geschichte der Menschheit uns Kunde gibt. Hunderttausende der besten Volksgenossen hüben und drüben haben ihr Leben eingeseht und verloren; nach Millionen zählt das Heer der Mütter, die die Stütze ihres Alters, der Frauen, die den Gefährten ihres Lebens, der Kinder, die den Hort ihrer Jugend verloren haben. Und noch immer ist des grauenvollen Wütens kein Ende. Nirgend zeigt sich ein leuchtender Stern, der aus der dunklen Gegenwart in eine lichtere Zukunft führen könnte. Aus tausend Wunden blutet die Welt, und niemand hat die Kraft und den Willen, ihr den heilenden Balsam des Friedens zu bringen.

In diese Zeit des Schmerzes und der Trauer, des Sterbens und der Verwüstung fällt ein Tag, den wir so gern froh begehen möchten: der Tag, an dem der Verband der Fabrikarbeiter das 25. Jahr seines Bestehens vollendet. Am 29. Juni fährt sich zum 25. Male der Tag, an dem im historischen „Ballhof“ zu Hannover jener Kongress aller nichtgewerblichen Arbeiter Deutschlands zusammentrat, der zur Gründung des Verbandes der „Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands“ führte.

Gewiß werden wir den geschichtlichen Tatsachen nicht gerecht, wenn wir die Existenz unseres Verbandes an dieses eine Datum knüpfen. Die Wurzeln gehen tiefer. Wie tief sie gehen und wie weit sie sich verzweigen, ist noch nicht erforscht und wird kaum jemals genau festgestellt werden können. Denn von dem, was vor der Mitte der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts an Vorläufern unseres Verbandes bestand, ragt wenig oder nichts in die Gegenwart. Was sich im Sturmjahre 1848 in der „Arbeiterverbrüderung“ sammelte, hat die bald darauf einsetzende Periode der Reaktion verschüttet, und die hoffnungsvollen Ansätze, die nach Lassalles Heerufen geschaffen wurden, liegen unter dem Sozialistengesetz begraben.

In den ersten Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes war die Fortführung der bestehenden und die Bildung neuer Fachvereine fast unmöglich. Schon im Keime wurde jede selbständige Regung der Arbeiter erstickt. Erst nach und nach lernten die Verfolgten neben den Tücken auch die Lücken des Gesetzes kennen und ausnutzen. Als dann Ende der 80er Jahre die seit dem Gründerkrach schleppende Wirtschaftskontunktur zu glänzender Höhe aufstieg, sank die stolze Paragraphenherlichkeit einer verfehlten Staatskunst in einen Haufen kleinlicher Polizeischikanen zusammen. Im Jahre 1890 fielen die Fesseln. Mit 169 gegen 98 Stimmen lehnte der Reichstag eine neue Vorlage des Sozialistengesetzes ab.

Noch bevor das Gesetz auch formell aufgehoben wurde, trat in Hannover der erste Kongress der nichtgewerblichen Arbeiter zusammen. Einberufen des Kongresses war Kollege Lohberg (Hannover), der Leiter eines in Hannover einige Jahre zuvor gegründeten „Vereins zur Wahrung der Interessen der nichtgewerblichen Arbeiter“. An anderer Stelle in dieser Nummer schildert er die damaligen Vorgänge selbst, so daß wir hier nur darauf verweisen. Die von dem Einberufen geplante Zentralisation gelang; der „Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter“ wurde gegründet. Als Sitz des Verbandes wurde Hannover und als provisorischer Vorstand wurden Lohberg als Vorsitzender, Wilhelm (der inzwischen verstorben ist) als Kassierer und Thielhorn als Schriftführer gewählt. Bei der kurz danach vorgenommenen endgültigen Vorstandswahl trat Lohberg wegen Überhäufung mit andern Arbeiten von dem Posten eines Vorsitzenden zurück. An seine Stelle trat August Brey.



Mit dem Namen August Brey ist die Geschichte, das Wirken, der Aufstieg unseres Verbandes unlöslich verknüpft. Heute, wo mehr als 100 Angestellte im Verbandsrat wirken, tritt der einzelne weniger hervor; im ersten Jahrzehnt dagegen verkörperte der Vorsitzende den Verband schlechthin. Von seinen Fähigkeiten und seinem Willen, seiner Tatkraft und seiner Einsicht hing ungemein viel ab. Und wir dürfen heute sagen, daß Kollege Brey zu jeder Zeit und an jedem Orte seine reichen Fähigkeiten und seine rastlose Energie, seine nie ermüdende Arbeitskraft und seinen unerschütterlichen Zukunftsglauben eingesetzt hat für das Interesse und das Ansehen unseres Verbandes. Leider wird ihm die Freude, die er heute haben könnte über ein Werk, dem er ein Vierteljahrhundert seine besten Kräfte gewidmet hat, getrübt durch das Bewußtsein, daß dieser Krieg unsagbar viel von dem zerstört, was 25 Jahre rastloser, hingebender Friedensarbeit geschaffen haben. Doch dieses Bewußtsein mag seine Freude trüben, ihn niederdrücken wird es nicht. Wer so von klein auf gebaut, so oft Fehlschläge erlebt und Enttäuschungen überwunden hat, dem wird auch dieser Krieg nicht zum Grabalter Hoffnungen, sondern zum Born neuer Kraft. Jener Kraft, die aus der festen Überzeugung quillt, daß der ragende Bau der modernen Arbeiterbewegung, von dem unser Verband ja nur ein Teil ist, auch durch einen Krieg nur erschüttert, aber nicht zertrümmert werden kann.

Neben den hier schon genannten Kollegen haben noch viele andre von Anfang an ihre Kräfte in den Dienst des Verbandes gestellt. Manche davon sind heute an leitenden Stellen in der Arbeiterbewegung tätig; andre wirken im stillen mit und für uns. Einige legen in dieser Nummer selbst Zeugnis ab dafür, daß ihr Vertrauen nicht erschüttert, ihre Eifer nicht erlahmt, ihre Kraft nicht gebrochen ist, daß sie in der Zeit, die dunkel und schwer vor uns liegt, mitarbeiten wollen wie in dem Vierteljahrhundert, auf das wir heute zurückschauen. Ihnen allen zollen wir heute unsern Dank. Nicht mit leicht vergessenen Worten, sondern mit dem Gelöbniß, daß wir ihnen nachzusehen wollen im ernstesten Streben für ein hohes und schönes Ziel.

Ein Wort des Dankes und einen Gruß wollen wir noch richten an die Zehntausende braver Mitkämpfer, die heute in unsern Reihen fehlen, weil sie zu einem andern, noch weit schwereren Kampfe einberufen sind. In zahllosen Briefen aus dem Felde haben wir gelesen, mit welcher Liebe und mit welcher Sorge so mancher von denen, die jetzt da draußen mit Blut und Leben für Deutschlands Sache einstehen, zurückdenkt an den Verband, für den er im Frieden seine Kräfte eingesetzt hat. Und immer wieder haben wir die Mahnung gelesen: Tut eure Pflicht daheim, wie wir die unsre im Felde tun!

Diese Mahnung soll nicht vergeblich an uns ergehen. Wir wollen mit dem Rückblick auf das erste Vierteljahrhundert unseres Verbandslebens das Gelöbniß verbinden, daß die Zukunft uns nimmermehr lässig finden soll. Alle Kräfte wollen wir anspannen und einsetzen, damit unser Verband die Stürme des Weltkrieges ungeschwächt überdauert. Wenn dann der heißersehnte Frieden kommt und unsre Brüder aus dem Felde zurückkehren, dann werden wir gemeinsam weiterbauen an dem Werke, zu dem vor 25 Jahren der Grundstein gelegt wurde. Heute aber wollen wir, wie unsre Vorkämpfer vor 25 Jahren, mit ungebrochenem Mut und unerschüttertem Vertrauen in die Zukunft sehen und unsern Wünschen und Streben zusammenfassen in den Ruf:

Hoch der Verband!

Rückblick auf unsere Verbandsgründung.

von Wilhelm Thielhorn, Bremen.

Unser Verband in seiner jetzigen Stärke — ich denke dabei an die Zeit vor Ausbruch des Krieges — ist gewiß ein imponantes Gebilde innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Jahresbudget von rund 4 Millionen Mark und eine Mitgliedschaft von über 200 000 Köpfen sind sehr respectable Faktoren, mit denen zu rechnen ist. Indes, wenn ich mir all die Mühe und Arbeit betrachte, die im Verlauf eines Menschenalters zur Erreichung dieser Macht nötig war, dann hätte in Anbetracht der großen Zahl ungelerner Arbeiter doch eigentlich heute der Verband an der Spitze aller Arbeiterorganisationen Deutschlands stehen müssen. Ich begehne wohl keine Indiskretion — und wenn, dann dürfte sie heute entschuldbar sein — wenn ich betenne, daß dies das verwegene Ziel jener kleinen Schar von Optimisten war, die vor 25 Jahren in Hannover den Grundstock zu der heute geachtet und gefürchtet dastehenden Institution legten, in welcher alle ungelernen Arbeiter und solche, die der Kampf ums Dasein aus ihren Berufen hinausgeworfen hat, ein Unterkommen finden können. Es wird vielleicht mancherseits mit vielfachem Lächeln hingenommen, wenn ich bemerke, daß die Gründer des Verbandes — obwohl für die damaligen Verhältnisse schon recht stattliche Organisationen der gewerblichen Berufe bestanden und sie somit gewissermaßen als letzte auf dem Plan erschienen — sich trotzdem als Ziel gesetzt hatten, an die Spitze aller gewerkschaftlichen Organisationen zu gelangen. Es ist aber dennoch so. Das Vertrauen in die Werbekraft der Organisation war eben ein bedingungsloses. Und hierzu lag damals guter Grund vor.

Das Sozialistengesetz ungelungenen Angebens, dem die damaligen Zentralorganisationen bis auf zwei (Buchdrucker und Kürschner) zum Opfer gefallen waren, hatte Fiasco gemacht und sah seiner Aufhebung entgegen. Wenigstens konnte man schon nach der Mitte der achtziger Jahre die baldige Beseitigung des Knebelungsgesetzes voraussehen. Die aufgelösten Zentralverbände entfalteten, nachdem die ersten brutalen Jahre des Ausnahmegesetzes hinter uns lagen, mit Hilfe eines ausgezeichnet funktionierenden Vertrauensmännersystems eine rege Werbetätigkeit auf lokaler Grundlage, in der ausgesprochenen Absicht, den zukünftigen beruflichen Zentralverbänden gleich recht stattliche Mitgliedschaften zuführen zu können. Man wollte damit beweisen und bewies auch, daß das Ausnahmegesetz trotz der vielen Einzelshädigungen aus doch im allgemeinen mehr genützt als geschadet hatte. Die Tabakarbeiter, die wahrscheinlich eine Aufhebung des Sozialistengesetzes als in weiter Ferne liegend angenommen hatten, packten sich freilich schon im Anfang der achtziger Jahre den Verhältnissen an, indem sie sich an Stelle der zerstörten Zentralorganisation eine zentrale Unterstützungsvereinigung schufen. Im übrigen aber richtete sich innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung alles darauf ein, nach Aufhebung des Ausnahmegesetzes gleich mächtigere Berufsverbände entstehen zu lassen, als die der Auflösung verfallenen je gewesen waren. Das heißt, doch nicht alle in der Organisationsarbeit stehenden Genossen waren dieser Ansicht. Es gab auch recht streitbare Kämpfer, die auf die Lokalorganisationen schmoren und die teilweise bis zu ihrem Tode von dieser Anschauung nicht abzubringen waren, auch dann noch nicht, als das Sozialistengesetz längst gefallen und die zentrale Organisationsform ihre Überlegenheit bewiesen hatte. Die Kämpfe zwischen Lokal- und Zentralorganisationen sind im allgemeinen ja bekannt und noch manchem in frischer Erinnerung. Die Entwicklung ist inzwischen über die Vertreter des Systems der Lokalorganisation zur Tagesordnung übergegangen. Und was damals nur erst in einzelnen Köpfen zum Plan reifte, der Übergang von den beruflichen Zentralverbänden zu Industrieverbänden, heute ist es bereits zur Wirklichkeit geworden.

In jener Zeit der Gärung, nach der Mitte der achtziger Jahre, pulsierte unter der Klassenbewußten Arbeiterschaft ein überaus reges Leben. Die Zeit war wie geschaffen dazu, das Band der Solidarität um immer weitere Kreise zu schlingen. Trotz aller Versammlungsausschreitungen, Hansschiebungen und sonstigen Schikanen besuchten sich die Arbeiter der verschiedensten Berufe in ihren Versammlungen gegenseitig, sobald nur ein Vortrag angekündigt wurde, was in den meisten Fällen geschah. Die Empörung der Arbeiter über die ungerechte Behandlung trieb sie geradezu in die Versammlungen hinein; denn Druck erzeugt nach einem Naturgesetz eben Gegenruck. Ein charakteristisches Vorkommnis aus jener Zeit mag hier Erwähnung finden, weil es so recht das System zeigt, nach dem die Arbeiter damals behandelt und wie sie provoziert wurden. In dem alten historischen „Ballhof“ in Hannover, in dem sich in der Glanzzeit des früheren Hannover die hoch Aristokratie und die Hofgesellschaft tummelten und so manchen Redekampf in öffentlichen und geheimen Versammlungen gesehen hat, sollte einmals Genosse Frohne reden. Frohne galt den Sicherheitsorganen als einer der für den Staat Gefährlichen. Kann hätte er vom Vorlesenden das Wort erhalten und die Worte: „Meine Herren!“ gesprochen, die erklärte auch schon der Ueberwachende — ein Polizeikommissar Neumann — die Versammlung für aufgelöst! Und im Nu landeten auch schon von irgendwoher etwa ein Duzend Behehmen auf, um — den Staat zu schützen und das Versammlungslotal zu räumen. Da in den beiden Worten „Meine Herren“ absofort kein Staatsverbrechen liegen konnte, so wurde zur Rechtfertigung der Versammlungsausschreitung gesagt, daß der „Konfess“, in dem Genosse Frohne die Worte gesprochen, ein aufreizender gewesen sei! — Daß eine derartige politische Schwüle die denkenden Arbeiter aufreizend machte, war nur zu erklärlich.

In dieser politischen Situation paßte ausgezeichnet die wirtschaftliche. War die allgemeine wirtschaftliche Lage der Arbeiter an sich schon recht schlecht, so traf dies für die

ungelernten Arbeiter im besondern zu, namentlich für die Fabrikarbeiter. Selbst in den Großstädten waren die Löhne noch außerordentlich niedrig. In Hannover, dem Ausgangsort unserer Organisation, den ich hierbei besonders im Auge habe, gehörte bei 10- bis 12stündiger Arbeitszeit ein Wochenlohn von 15 Mark noch lange nicht zu den schlechtesten. Wer aber als ungelerner Arbeiter gar 18 Mark einheimste, zählte schon zu den Besserbezahlten. Daß sich die Arbeiter unter solchen Umständen zur Ueberstundenarbeit geradezu drängten, obwohl gerade in jener Zeit eine lebhafte Propaganda gegen die Ueberstundenarbeit entfaltet wurde, ist nur zu erklärlich; standen doch auch schon damals die Mieten für Arbeiterwohnungen auf 180 bis 240 Mark. Dazu kam ein immer stärkeres Anschwellen der Frauenarbeit, wodurch naturgemäß in einer Stadt mit vielen und großen Fabriken die Löhne niedrig gehalten werden konnten. Und was das System der Niederhaltung der arbeitenden Klassen ungeschoren ließ, das besorgte die in jenen Jahren hereinbrechende wirtschaftliche Krise, die große Massen von Arbeitern brotlos machte oder auf $\frac{1}{2}$ - oder $\frac{2}{3}$ -tägige Arbeitsschichten setzte.



Die Alten an die Jungen.

Kein Sturm der Zeit, so wild er auch gebraust,
Kein Feind mit allen seinen Tücken
Hat es vermocht, mit harter Eisenfaust,
Was wir gepflanzt, zu brechen, zu zerhacken!
Rasch mehrte sich die anfangs kleine Schar,
Die mit uns trug des Kampfes Last und Schwere;
So schwach sie war, sie wuchs doch Jahr um Jahr
Zu einem starken, kampferprobten Heere.

Die Jungen an die Alten.

Ihr habt den Grund gelegt, wir wollen weiter bauen,
Doch euer Rat und eure Hilfe tut uns not.
Heut' mehr als je, denn Krieges Not und Grauen
Raubt Freud' und Freunde uns. Der Schnitter-Tod
Mächt' unsre Besten weg wie reife Ähren.
Wir können klagen nur, können nicht wehren
Dem Völkersturm. Doch sein gewaltig Wüten
Soll uns nicht mutlos machen, unsern Trost nicht beugen.
Wir woll'n, mit euch vereint, den Bau behüten,
Der euer Lebenswerk, und stolz die Stirne zeigen
Dem blinden Schicksal, das uns wild umdroht;
Wir wollen Freunde sein in Not und Tod.
Dann wird das Werk, dem wir uns weihen,
Trotz Krieg und Kriegesnot gedeihen.



So also war die Situation zur Zeit unserer Verbandsgründung ein richtiger politisch-wirtschaftlicher Gärungsprozess, wie geschaffen zur Agitation.

Von den ungelernen Arbeitern waren es in Hannover hauptsächlich die Arbeiter in den Gummifabriken, in denen der Drang zur Gründung einer eigenen Organisation entstand. Man hatte das Empfinden, daß das „Hineinschnuggeln“ in Berufsorganisationen, wie das wohl vielfach zu verzeichnen war, nicht der richtige Weg sei. Auch glaubten die in die gewerblichen Berufsorganisationen aufgenommenen ungelernen Arbeiter vielfach, daß sie nicht für ganz vollwertig angesehen würden. Ob das berechtigt war oder nicht, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls war das Verhältnis kein ideales. Aber auch in den Gummifabriken selbst, in denen es wie Feuer unter der Asche glimmte, bestand trotz alledem kein solidarischer Hand-in-Hand-arbeiten. Ein starker beruflicher Kastengeist, der in der Arbeitsmethode seine Ursache hatte, stand dem gemeinsamen Vorgehen entgegen. Schließlich kam aber doch im Jahre 1888 eine Einigung dahin zustande, daß man einen gewerkschaftlichen Verein für Gummiarbeiter gründen wolle, der dann später über ganz Deutschland zentralisiert werden mußte. Eine Kommission, der auch der Verfasser dieses Rückblicks angehörte, wurde beauftragt, mit dem Parteivertrauensmann von Hannover — dem Genossen August Lohrberg, der solche Liebesdienste gern bejorgte — Rücksprache zu nehmen zwecks Einberufung einer konstituierenden Versammlung. Doch Freund Lohrberg, der überall seine Fühlhörner ausstreckte, mußte wohl herausgefunden haben, daß die Strömung unter der Arbeiterschaft einem Sonderverein für Gummiarbeiter nicht günstig war. Er riet uns deshalb, einen Allgemeinen Arbeiterverein für ungelernete Arbeiter zu gründen. Da wir aber hiermit bei einem großen Teil der Gummiarbeiter auf Widerstand stießen, so blieb die Entscheidung der konstituierenden Versammlung vorbehalten. Diese war riesig besucht, der Ballhofsaal gedrängt voll, ein Beweis für das Interesse, das die Fabrikarbeiter dem gut vorbereiteten Plan entgegenbrachten. Und in dieser Versammlung war es nun interessanterweise gerade ein Gummiarbeiter — mein späterer

Redaktionskollege Rauch —, der in berechteter Weise der Majorität die Ueberzeugung beibrachte, daß eine Sonderorganisation für Gummiarbeiter nicht das richtige sei. Es würde also ein Verein für alle ungelernen Arbeiter gegründet unter dem Namen: Verein zur Wahrung der Interessen der Fabrik- und sonstigen nichtgewerblichen Arbeiter von Hannover, Lünden und Umgegend. Welt über 100 Kollegen zeichneten sich gleich an diesem Abend als Mitglieder ein.

Da nun diejenigen Gummiarbeiter, welche ihre Sonderwünsche nicht erfüllt sahen, nicht mit „all und jedem“ die Kollegenschaft teilen wollten, so blieb der größte Teil von ihnen dem Verein fern, obwohl das Gros der Mitglieder sich trotzdem aus den Gummifabriken rekrutierte. Nun setzte eine intensive Werbetätigkeit ein. Indes hatten wir nach Jahresfrist doch nur erst etwas über 400 Mitglieder. Das war die erste Enttäuschung. Dabei betrug der ganze Monatsbeitrag nur 20 Pfennig. Daß davon nichts geleistet werden konnte, war selbstverständlich. Die Leistungen beschränkten sich denn auch vorwiegend auf Unterstützungen. Dabei waren unsere Propagandaveranstaltungen immer sehr gut besucht, was wohl auf das Interesse der Arbeiter im allgemeinen für Vorträge, wie ich es oben bereits erwähnt habe, zurückzuführen war.

Nachdem wir uns so annähernd zwei Jahre abgemüht hatten, kamen wir in engeren Kreisen zu der Auffassung, die Zentralisierung ins Werk zu setzen. Es kam uns dabei zustatten, daß die Handhabung des Sozialistengesetzes inzwischen laager geworden war und seine Aufhebung bevorstand. Freund Lohrberg wurde deshalb wiederum beauftragt — diesmal nicht als Vertrauensmann, sondern in seiner Eigenschaft als Vorsitzender unseres Ortsvereins —, zum 8. Juni 1890 einen Kongress aller nicht gewerblichen Arbeiter Deutschlands nach Hannover einzuberufen. (Der Kongress wurde später auf den 29. Juni verschoben.) Nun lebte auch der bei Gründung des Lokalvereins vorhandene Optimismus wieder auf. Man nahm an, daß die ungelernen Arbeiter, wenn sie wie die gewerblichen Arbeiter einen Zentralverband bekommen würden, in größeren Scharen sich der Organisation anschließen würden. Ich will gleich vorweg bemerken, daß sich diese optimistische Hoffnung später auch wieder als trügerisch erwies. Hinzu kam, daß die Bauhilfsarbeiter, mit denen überhaupt nie ein rechtes kollegiales Verhältnis zustande kommen wollte, am 8. April 1890 (Ostern) — also einige Monate vor unserm Kongress — selbständig einen Kongress, ebenfalls nach Hannover, einberufen und für sich eine Sonderorganisation gegründet hatten, die uns dann später noch Schwierigkeiten bereitete. Das war wohl der erste Beginn der leidigen Grenzstreitigkeiten, von denen wir ja dann später — und noch in neuerer Zeit — allerlei Proben bekommen sollten.

So leicht, wie wir uns in Hannover nun die Verbandsgründung gedacht hatten, sollte es dann aber doch nicht gehen. Es entstand uns nämlich auf dem Kongress selbst eine scharfe Opposition gegen die Schaffung eines Zentralverbandes. Und wenn die Gegner der Zentralorganisation auch in durchaus sachlicher und kollegialer Weise gegen die Zentralisation opponierten, so waren darum ihre Ausführungen doch sehr entschieden. Namentlich waren es die beiden Berliner Delegierten als Vertreter der Organisation der Berliner Hausdiener, die für Beibehaltung der Lokalorganisationen sprachen. Bei der Abstimmung schlossen sich ihnen dann noch die beiden Braunschweiger sowie der Delegierte aus Uelzen an, so daß die Verbandsgründung gegen fünf Stimmen beschloßen wurde.

Eine lebhafte Auseinandersetzung entstand über den Antrag auf Gründung eines eigenen Verbandsorgans. Die Befürworter dieser, wie sich bald hätte zeigen müssen, verfrähten Gründung ließen sich auch hierbei von dem Gedanken leiten, daß die Organisation gleich mit einer stärkeren Mitgliederzahl einsetzen würde. Wenn sie hätten ahnen können, daß auf dem zwei Jahre später tagenden ersten Verbandstag in Braunschweig konstatiert werden mußte, daß so ziemlich alle Hoffnungen, die wir auf die Werbekraft gesetzt hatten, in die Brüche gegangen waren — der Verband wies nämlich nach zweijährigem Bestehen erst rund 2500 Mitglieder auf —, dann hätten sie sich den Antrag auf Gründung eines eigenen Organs mit Inkrafttreten der Verbandsstätigkeit gewiß geschenkt. Zum Glück wurde er ja abgelehnt, allerdings nur mit 10 gegen 8 Stimmen, während sich die übrigen Delegierten der Abstimmung enthielten.

Ueber den Kongress selbst sowie über die weitere Entwicklung des Verbandes und was sonst über dessen Kämpfe und andres nach Abschluß eines Menschenalters zu sagen ist, mögen andre berichten; ich wollte nur das politisch-wirtschaftliche Milieu der damaligen Zeit in kurzen Umrissen zeichnen.

Der zurzeit immer noch tobende Weltkrieg hat unserm Verbands Wunden beigebracht; diese müssen geheilt werden. Da bedarf es weiter der rastlosen Arbeit. Wie die Gründer des Verbandes trotz aller Enttäuschungen in den ersten Jahren nicht müde wurden, immer wieder aufs frische mit der Agitation einzusetzen, so muß sich auch die jüngere Generation verpflichtet fühlen, nicht nur das Errungene festzuhalten, sondern weiter rastlos vorwärts zu streben; denn rasten heißt in der Arbeiterbewegung rosten, und dazu darf es nicht kommen.

Wenn sich die brandenden Wogen des Weltkrieges erst wieder geglättet haben und die Zurückkehrenden finden das Organisationsgebäude intakt und ohne Funktionsstörungen, dann werden auch die entstandenen Lücken bald wieder ausgefüllt sein.

Wie unser Verband entstanden ist.

Von August Lohberg, Hannover.

Die Gründung des Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands fällt in die Tage, in denen der Ablauf des Sozialistengesetzes bevorstand. Das Gesetz, das zur Anhebung der Arbeiter von Bismarck geschaffen war, hatte seinen eigentlichen Zweck, die politische und wirtschaftliche Niederhaltung der deutschen Arbeiterklasse nicht erfüllt und wurde, nachdem es zwölf Jahre bestanden hatte, am 1. Oktober 1890 aufgehoben. Von 1878 bis Mitte 1890 hingen die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen sozusagen in der Luft. Die politischen Vereine waren sämtlich verboten, ebenso die meisten politischen Arbeiterblätter. Trotzdem war in der zweiten Hälfte der sozialistengesetzlichen Zeit die Gewerkschaftsbewegung, obwohl das Sozialistengesetz in aller Schärfe angewandt wurde, im Aufblühen begriffen.

Auch die ersten Cotalvereine der Fabrik- oder nichtgelernten Arbeiter sind meist nach Mitte der 80er Jahre entstanden. In den deutschen Gewerkschaften tobte in dieser Zeit ein leidenschaftlicher Kampf um die Organisationsform. Die Anhänger der Cotalvereine hielten an diesen fest. Insbesondere waren es die führenden Orte, Berlin (Cotalisten) und Hamburg (Zentralisten), die oft in heftiger Fehde standen. Lange Jahre wurde von den Cotalisten, wenn sonstige Gründe nicht mehr ziehen wollten, erklärt: „Im Prinzip sind wir natürlich für Zentralisation; jedoch ist die Zeit zum Zusammenschluß noch verfrüht.“

In diese Zeit der inneren Kämpfe fällt die Gründung unseres Verbandes. Im ganzen Deutschen Reich umgeben 1890 etwa 20 Cotalvereine bestanden haben, in denen nur Fabrik- oder nichtgelernte Arbeiter vereinigt waren. Daneben gehörten den Organisationen der Bauhilfsarbeiter und der Hausdiener respektive Handelshilfsarbeiter eine Anzahl Fabrikarbeiter als Mitglieder an. Die letzteren beklagten sich nun häufig darüber, daß für die Interessen der Fabrikarbeiter fast nichts geschehe, und verlangten nach eigenen Vereinen. Gegen diese Forderungen wandten sich besonders die Bauhilfsarbeiter, die ohne Rücksicht auf die Eigenart der verschiedenen Kategorien der Nichtgelernten alle ausnahmslos für ihre Organisation beanspruchten. Sie befürchteten, daß ihnen durch die Gründung von Fabrikarbeiter-Organisationen starke Verluste erwachsen könnten. Diese Befürchtungen waren unbegründet; denn in den Vereinen der Bauhilfsarbeiter waren nur sehr wenig Fabrikarbeiter organisiert; nur in zwei oder drei Vereinen waren solche in größerer Anzahl vorhanden.

Am 8. April 1890 hielten nun in Hannover die Bauhilfsarbeiter ihren zweiten Kongreß ab, der, obwohl nur „ungelernte Bauarbeiter“ eingeladen waren, beschloß, daß eine Verschmelzung sämtlicher Vereine der nichtgelernten Arbeiter mit denen der Bauhilfsarbeiter erfolgen solle. Der Beschluß erfolgte, obwohl die wirtschaftlichen Verhältnisse der übrigen nichtgelernten Arbeiter auf der Tagung kaum berührt waren. Schon vor Bekanntgabe des Tagungstermins des Kongresses der Bauhilfsarbeiter waren einige Cotalvereine der Fabrik- und sonstigen nichtgelernten Arbeiter in Verbindung getreten, hatten nach Wegen gesucht, um eine einheitliche Propaganda zu treiben, und auch eine Zusammenkunft der bestehenden Vereine erwogen. Durch die Beschlüsse des zweiten Bauarbeiter-Kongresses kam der Stein ins Rollen. Der Ortsverein Hannover beschäftigte sich eingehend mit den Fragen und beauftragte den Schreiber dieser Zeilen mit der Einberufung eines Kongresses. Als Einladung wurde der folgende Aufruf erlassen:

An alle nichtgewerblichen Arbeiter Deutschlands.

Kollegen! Um vielfach an uns gerichteten Wünschen Rechnung zu tragen, hat der seit einem Jahr in Hannover bestehende Verein zur Wahrung der Interessen der Fabrik- und sonstigen nichtgewerblichen Arbeiter den unterzeichneten Vorstand beauftragt, die Einberufung eines Kongresses aller nichtgewerblichen Arbeiter zu veranlassen.

Diesem Aufrufe kommen wir nun dadurch nach, daß wir für den 8. Juni d. J. und folgende Tage einen Kongreß aller nichtgewerblichen Arbeiter nach hier einberufen und vorläufig folgende Tagesordnung festlegen:

1. Situationsbericht der einzelnen Delegierten.
2. Zentralisation oder Cotalorganisation? Falls erstere beschlossen, Wahl eines provisorischen Vorstandes, eventuell Wahl einer Agitationskommission.
3. Normalarbeitsstag.
4. Sonntags- und Ueberstundenarbeit.
5. Frauen- und Kinderarbeit und deren Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter.
6. Die Notwendigkeit des Eingreifens der Gesetzgebung in das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter.
7. Verschiedenes.

Der Unterzeichnete ersucht nun diejenigen Kollegen, welche geneigt sind, zu vorstehender Tagesordnung ein Referat zu übernehmen, dieses beim Unterzeichneten anmelden zu wollen. Gleichzeitig ersuchen wir die Kollegen, welche wünschen, daß der Tagesordnung noch weitere Punkte zugefügt werden sollen, dieses innerhalb vier Wochen mitteilen zu wollen.

Kollegen! Treiet daher ungestört zusammen; da, wo noch keine Organisationen vorhanden sind, gründet welche, und wo es bis dahin nicht mehr möglich ist, beruht öffentliche Versammlungen ein und wählet einen Delegierten zum ersten Kongreß aller nichtgewerblichen Arbeiter Deutschlands; schenkt nicht die geringen Opfer, die Euch durch die Entsendung eigener Delegierten auferlegt werden; seid eingedenk, daß wir nur durch die Organisation aller Berufsgruppen am Ende sind; uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen verschaffen zu können!

Sollten jedoch an einzelnen Orten die Mittel für die Entsendung eines eigenen Delegierten nicht zusammenzubringen sein, so machen wir den Vorschlag, sich durch einen Kollegen aus Hannover vertreten zu lassen. Da es unbedingt notwendig ist, die Zahl der Teilnehmer am Kongreß festzustellen, ist es erforderlich, daß die Anmeldung der Delegierten bis spätestens am 18. Mai bei dem Unterzeichneten erfolgt.

Die Mitteilung über das Cotal in welchem der Kongreß tagen soll, sowie die Zeit der Eröffnung desselben erfolgt später an dieser Stelle. Und nun, Kollegen in allen Ecken Deutschlands, auf und rüstet Euch zum ersten Kongreß aller nichtgewerblichen Arbeiter Deutschlands!

Mit kollegialischem Gruß!

Der Vorstand der Fabrik- und sonstigen nichtgewerblichen Arbeiter Hannover-Ebens.

J. A.

Aug. Lohberg, Vorsitzender, Klosterweg 4, Hannover.

Der Aufruf, der von den wenigen bestehenden sozialdemokratischen Tageszeitungen abgedruckt wurde, hatte zunächst nur den Erfolg, daß die Bauhilfsarbeiter sich im „Berliner Volksblatt“ in erregter Weise gegen den Einberufer wandten und dem Kollegen Lohberg persönliche Beweggründe vorwarfen.

Auf die vielen Angriffe erfolgte die nachstehende Abwehr:

An alle nichtgewerblichen Arbeiter Deutschlands.

Der in Nr. 95 des „Berliner Volksblatts“ erschienene Artikel unter „Sprechsaal“ zwingt mich, so unlieb es mir ist, die Spalten des Blattes mit solch einer Sache in Anspruch zu nehmen, da Ton und Inhalt eine Erwiderung herausfordern.

Zunächst hat es mich befremdet, daß die Herren Unterzeichner glauben, sich mehr mit meiner Person als mit der Sache selbst zu beschäftigen.

2. Jahrgang.

Sonnabend, den 19. Juli 1890.

Nr. 29.

Die Einigkeit

Organ für die Gesamt-Interessen der Haus- und Geschäftsdieners, Portiers, sowie deren Berufsgenossen. Publikations-Organ des Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Offizielles Organ folgender Vereine und Krankenkassen:

Unterstützungsband der Hausdiener Berlins. Verein Berliner Hausdiener. Freie Vereinigung der Hausdiener Berlins. Unterstützungsband der Berliner Hausdiener in der Lederbranche. Verband Berliner Portiers und Berufsgenossen. Kranken- und Sterbekasse der Berliner Hausdiener (Eingetragene Hilfskasse 61). Kranken- und Sterbunterstützungskasse der Berliner Hausdiener. Kranken- und Sterbekasse des Verbandes der Berliner Portiers und Berufsgenossen (Eingetragene Hilfskasse 96).

Die „Einigkeit“ erscheint jeden Sonnabend. Das Abonnement beträgt vierteljährlich pränumerando für Berlin, bei 1/3 des 1. Bds., beim Abholen in der Expedition oder in den Büros vierteljährlich 75 Bfg., Einschickungen unter Streifenband 1.20 Bfd. Expedition: Berlin 80. Eilsabeth-Ufer Nr. 55. Inserate pro Spaltenzeile 25 Bfg. Abonnements und Inserate nehmen nur: das Bureau der Unterstüthungsbandes der Hausdiener Berlins O. Rem. Straße 10 I., das Bureau des Vereins Berliner Hausdiener O. Alte Schulstraße 22 I. und die Expedition 80. Eilsabeth-Ufer 55, G. 1. Er. Buchhandlung.

„Die Einigkeit“, das Publikationsorgan des Verbandes von 1890 bis 1892.

Für mich handelt es sich bei meiner Erwiderung nicht darum, den Herren Unterzeichnern eine bessere Meinung von meiner Person beizubringen, sondern den im allgemeinen beteiligten Kollegen Klarheit, soweit dieses notwendig ist, zu geben. Wenn die Herren sich zunächst darüber beklagen, daß wir die Gelegenheit haben vorübergehen lassen, auf dem hier stattgehabten Kongreß der Bauarbeiter vertreten zu sein, so ist es für uns bislang Grund genug gewesen, und wird es auch bleiben, daß da, wo wir nicht geladen sind, uns auch nicht aufzudrängen. Hiermit erhalte ich nun Gelegenheit, den wesentlichsten Irrtum, welcher in dem Artikel enthalten ist, richtigzustellen, indem ich die Herren darauf aufmerksam mache, daß laut „Bauarbeiter“ Nr. 10 vom 8. März d. J. nur ungelernete Bauarbeiter, als Erbarbeiter, Zimmererarbeitende, Steintäger, Maurerarbeitende, eingeladen waren. Hieraus geht nun wohl klar hervor, daß wir nicht annehmen konnten, daß auch andre Branchen dort zugelassen werden würden. Der ganze Verlauf des Kongresses, dem ich teilweilweise beizuwohnen, hat mir die Ueberzeugung beigebracht, daß eine derartige Verschmelzung der verschiedenartigsten Interessen bei der Mehrheit der Herren Delegierten nicht gewünscht wurde. Zu diesen rechte ich die Herren Krüger und Schmidt (Berlin), welche mir erklärten, daß sie nur gezwungen am Kongreß teilgenommen hätten und Gegner der Verschmelzung beider Vereinigungen seien.

Die Resultate, welche der Kongreß erzielte, richten ihr Augenmerk im wesentlichen auf die Förderung der Interessen der Bauarbeiter, und es herrschte nur eine Stimme darüber, soweit von Verschmelzung die Rede war, daß hierbei nur die kleinen Orte in Betracht zu ziehen seien.

Der ganze Verlauf der Verhandlungen hat uns die Notwendigkeit erst recht vor Augen geführt, mit der an uns ergangenen Aufforderung zur Einberufung eines Kongresses aller nichtgewerblichen Arbeiter hervorzutreten. Damit kann und soll dem Kongreß der Bauarbeiter kein Vorwurf gemacht sein, da derselbe nur über die Interessen dieser Branche beraten und beschließen wollte.

Auf die Schmeicheleien, welche mir durch die Herren Krüger/Schreiber an den Kopf geworfen werden, näher einzugehen, läßt mein Zustand nicht zu, und ich überlasse das Urteil hierüber jedem bei dieser Frage Interessierten. Ich werde es über mich ergehen lassen, mir Notizen zu unterschieben, welche uns vollständig setzenlegen haben, da wir jeden Augenblick in der Lage sind, den Beweis zu erbringen, daß der Gedanke, einen Kongreß aller nichtgewerblichen Arbeiter einzuberufen, schon viel früher bei uns vorhanden gewesen ist, als der Bauarbeiter-Kongreß einberufen war, und selbst in Berlin sind in dieser Beziehung noch andre Ansichten vorhanden, als sie die Herren Krüger/Schreiber haben.

Im übrigen sagt hier ein gängiges Sprichwort: „Man sucht keinen hinter dem Ofen, wenn man nicht schon selbst dahinter gesteckt hat.“

Hiermit habe ich auch zugleich die Anspornung des Herrn W. Gasmann im „Arbeiter“ zurückgewiesen; für seine Hinweissung auf das Gesetz danke ich.

Mit kollegialischem Gruß!

Aug. Lohberg, Hannover, Klosterweg 4.

Die Zustimmungserklärungen gingen infolge dieser Auseinandersetzung zunächst nur spärlich ein, und die ganze Veranstaltung sah einem Mißerfolg ziemlich ähnlich. Doch als das erste Mißtrauen überwunden war und in den Cotalvereinen diejenigen durchgebrungen waren, die die Notwendigkeit der besonderen Organisation unter den Fabrikarbeitern erkannt hatten, wurde die Sache lebhafter.

Um mehr Zeit zu gewinnen, wurde der Kongreß um einige Wochen hinausgeschoben und auf den 29. Juni 1890 und folgende Tage festgesetzt. Es waren 28 Orte durch 29 Delegierte vertreten, darunter 8 Orte, die sich durch hannoversche Kollegen vertreten ließen. 7 Orte, u. a. Bromberg, Kistritz und München, hatten geschrieben, daß sie bedauerten, aus finanziellen Gründen nicht teilnehmen zu können, sie würden sich jedoch den Beschlüssen des Kongresses fügen.

Die Verhandlungen verliefen durchaus harmonisch. Als ein Schreiben einer Bauhilfsarbeiter-Versammlung von Rixdorf verlesen wurde, in dem dem Kongreß die Kompetenz abgesprochen wurde, kam ein einmütiger Protest in nachstehender Resolution zum Ausdruck:

„In Erwägung, daß durch die von einer Versammlung der Bau- und Hilfsarbeiter Berlins über den in Hannover tagenden Kongreß aller nichtgewerblichen Arbeiter Deutschlands gefaßte Resolution, welche dahin geht, daß dem Kongreß in Hannover die Kompetenz abgesprochen sei, Beschlüsse zu fassen, Protest erhoben ist, erklärt der Kongreß, daß in dem betreffenden Protest eine Unmündigkeitserklärung sämtlicher Delegierten zu erblicken sei, und spricht deshalb der Versammlung der Bauarbeiter Berlins jede Berechtigung ab, sich in seine Angelegenheiten zu mischen, zumal die Einberufer des Bauarbeiter-Kongresses es nicht der Mühe wert gehalten, alle Hilfs- und Fabrikarbeiter Deutschlands dazu einzuladen, und der Bauarbeiter-Kongreß selbst auch nichts Wesentliches für die auf dem Kongreß aller nichtgewerblichen Arbeiter Deutschlands vertretenen Arbeiter getan hat.“

Wie vorausgesehen, war es der Punkt „Zentralisation oder Cotalorganisation?“, der das größte Interesse in Anspruch nahm. Im allgemeinen waren die Delegierten für Zentralisation; nur diejenigen Orte, in deren Vereinen vorwiegend Bauarbeiter oder Hausdiener als Mitglieder waren, erklärten sich gegen die sofortige Zentralisation. „Im Prinzip“ waren alle dafür; nur „der Zeitpunkt“ war für einige noch nicht gekommen. Auch fürchte man die Reibereien zwischen den Anhängern der verschiedenen Organisationsformen. Nach einer ganztägigen Debatte über diesen Punkt beschloß der Kongreß in namentlicher Abstimmung gegen 5 Stimmen die Gründung einer Zentralorganisation und wählte den Namen: „Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands“. Das Ringen war heiß; doch wurde die ganze Debatte sehr sachlich geführt. Zu den damaligen Gegnern gehörte auch unser alter Freund Frh. Ohlendorf (Braunschweig), der aber, nachdem die Majorität sich gegen die Cotalorganisation ent-

schieden hatte, bis auf den heutigen Tag unermüdet für den Zentralverband tätig gewesen ist.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden nun glatt erledigt. Es wurde ein provisorischer Vorstand, und zwar Lohberg als Vorsitzender, Thielhorn als Schriftführer und Wilhelm als Kassierer, gewählt. Als Ort für den Ausschuß wurde Hamburg und Vogt als dessen Vorsitzender gewählt. Von der Gründung eines eigenen Organs wurde vorläufig Abstand genommen. Der Kongreß beschloß, die Zeitung der Berliner Hausdiener, „Die Einigkeit“, als Publikationsorgan zu benutzen. Die Zahlstelle Hannover wurde beauftragt, die nächsten Verwaltungsangelegenheiten zu regeln. Nachdem der Vorstand ergänzt war, handelte es sich darum, einen Vorsitzenden zu finden. Auf vieles Drängen der hannoverschen Mitglieder erklärte sich Kollege August Brey bereit, den Posten zu übernehmen. Er wollte jedoch, solange der Verband nicht gut dastehet, von einem Gehalt nichts wissen; nur eine sehr bescheidene Vergütung nahm er an, da seine wirtschaftlichen Verhältnisse infolge seiner Agitationsfähigkeit für die Partei nicht sehr günstig waren.

Mit dieser Wahl haben die Kollegen Hannovers für den Verband sicher das Richtige getroffen, und der Kollege, der seinerzeit, als wir auf der Suche nach einem Vorsitzenden waren, tiefinnig bemerkte: „Nehmen wir doch den Besten von uns, wählen wir unsern Genossen August Brey!“, hatte jedem aus der Seele gesprochen. Es gehört nicht zu meiner Aufgabe, die Verdienste des Kollegen Brey zu schildern. Was er für den Verband war und ist, läßt sich auch gar nicht in wenigen Sätzen darlegen. Er verkörpert ein gutes Stück Verbandsgeschichte. Hat doch keiner mehr als er alle Schwierigkeiten und Kummerlichkeiten, allen Verdruß und Aerger, die mit der Entwicklung unsres Verbandes verbunden waren, durchkostet und keiner mehr als er durch bescheidenes Wesen und Arbeitsfreudigkeit so manches Hindernis beseitigt.

Wenn wir heute nicht laut jubelnd unsre Freude über die Entwicklung unsres Verbandes, der sich aus mehr als bescheidenen Verhältnissen zu seinem heutigen Umfang entwickelte, zum Ausdruck bringen, so ist schuld daran das große Völkerdrama, das sich gegenwärtig abspielt. Eine neue Zeit wird geboren; hoffen wir, daß sie sich unserm Verbands gütlich zeigen möge! Hoffen wir vor allem, daß unser stolzer Bau, der in 25 Jahren errichtet wurde und an dem Tausende von Kollegen schaffen halfen, ein Bollwerk bleibt, das allen Stürmen Widerstand leisten kann!

Im Anfang.

Von August Brey.

Der Anfang ist schwer. Der Anfang ist um so schwerer, je höher das Ziel gestellt ist, dem man zustrebt. Die Wahrheit dieser Worte wird der Leser im eigenen Leben schon hundertmal bestätigt gefunden haben, vor allem wenn er daran ging, seine Mitarbeiter zu Streikern für den gewerkschaftlichen Kampf, für das Ringen nach auf- und vorwärts zu werben. Wie viele sind da vor den sich aufstürmenden Schwierigkeiten zurückgewichen, haben mutlos die Aufklärungsarbeit unterlassen und sich als stille Mitglieder eingereiht, die in der Beitragsleistung die Summe ihrer Pflichten erfüllt sahen! So unsagbar viele von denen, die der Organisation gewonnen wurden, sind vor kleinen Schwierigkeiten, die sich ihnen im Gewerkschaftsleben entgegenstellten, erschreckt und haben jede Weiterarbeit unterlassen. Andre sind verzagt geworden, weil sie nicht sofort alle Hoffnungsblüten treibhausartig reifen sahen.

Jetzt stehen wir in einer schweren Zeit, in der viele Zehntausende unsre Organisation verließen, weil sie das Werkzeug des Friedens vertauschten mit der Waffe des Krieges. Groß sind die Lücken, die Tod und Siedtum gerissen haben und noch weiter reißen werden. Mancher verzagt daran, die Lücken wieder füllen zu können. Vielleicht wirkt es da doch ermutigend, wenn wir just in dieser Zeit, in der wir auf 25 Verbandsjahre zurückblicken, einmal zuschauen, wie es denn im Anfang war. Wer sich die Schwierigkeiten vorstellt, die am Beginne des Verbandslebens standen und die überwunden worden sind, wird überzeugt sein, daß es gelingt, auch die Lücken, die der Krieg gerissen hat, wieder auszufüllen.

Wie sah es mit der Agitation in den ersten Jahren aus? Die Glieder, deren pflichtgemäße Aufgabe es heute ist, die Werbearbeit zu verrichten — die Gauvorstände —, sie fehlten vollständig. Wenn es galt, die Vorarbeiten für die Agitation zu treffen, waren wir auf die mehr oder weniger vorhandene Einsicht der Gewerkschaftskarte angezwungen und mußten die Arbeiten selbst verrichten. Wo wir einen gefälligen Parteigenossen fanden, da wurde uns auch rechnerische Unterstützung zuteil; aber das war in nicht allzu vielen Orten der Fall. Mühsam war es da, sich persönliche Hilfeleistung zu verschaffen.

Wie man sich helfen mußte und worin man schon etwas Bedeutsames erblickte, das zeigt ein Auszug aus den Protokollen des Vorstandes aus dem ersten Jahrfünft des Verbandslebens. War da in einem holsteinischen Orte mit hervorragender Zementindustrie ein Kollege namens Otto, der sich wegen seiner Tätigkeit für den Verband unwidriglich gemacht hatte. Weder in den Zementfabriken noch bei andern industriellen Arbeitgebern des Ortes und der näheren Umgebung fand er Tagewert. Ausgehungert werden oder seinem Ziele abzuweichen, so war ihm die Schicksalsfrage merkwürdig gestellt. Da ging er alltätig flüchtend ins Moor, zu Bauern zum Torfstechen. Aber auch diese Arbeit nahm ein Ende, und der Kollege stand vor dem Nichts! Der Verband mußte unterstützend eingreifen. In seinem „hohen Rufe“ reiste der Entschluß, dem Kollegen Otto 30 Mark zur Unterstützung sofort hinzuzufügen, weil es als notwendig erkannt wird, für die dortige Zahlstelle eine tüchtige Kraft zu behalten“. Nach etwa 10 Tagen sollten ihm weitere 20 Mark zukommen“. Eine tüchtige Kraft mit so geringen Mitteln! Aber größere Mittel waren nicht zur Verfügung, und ein Schein gibt mehr als er hat.

Arg knapp ging es her! In einer Märztagung des Jahres 1893 hatte der Vorsitzende die Mitteilung zu machen, daß die Zahlstelle Merseburg eifrig agitieren wolle, dazu aber Geldunterstützung durch den Vorstand bedürfe. Die Entschliebung des Vorstandes sagte der Schriftführer in folgenden Worten: „Brey soll hinzufügen, daß es uns sehr angenehm sei, wenn sie tüchtig agitieren; aber die Mittel dazu müssen sie vorläufig selber beschaffen.“

Charakteristisch für die damalige Anpruchslosigkeit in Geldsachen ist nachfolgender Vorgang: Am 1. Oktober des Jahres 1893 fand in Offenbach eine sogenannte „Mitgliederversammlung“ — das war eine Zusammenkunft der um Offenbach liegenden Zahlstellen — statt. Dieser Konferenz unterbreitete die Zahlstelle Frankfurt folgenden Antrag: „In Anbetracht, daß der Hauptkassenbestand über 3000 Mark beträgt, ist den Zahlstellen, welche einen Ort für unsern Verband bearbeiten wollen, ein Betrag bis zu 20 Mark zur Verfügung zu stellen.“ Der Antrag wurde allerdings in der vorgelegten Form abgelehnt; aber es wurde doch der Vorstand aufgefordert, für die Agitation die nötigen Geldmittel zur Verfügung zu stellen“. Man nahm also an, daß bei einem Reichtum von 3000 Reichsmark die Knidrigkeit des Vorstandes aufhören müsse.

Um dieselbe Zeit fand auch eine Konferenz der Zahlstellen des Herzogtums Braunschweig statt. Es waren ganze 5 Delegierte vertreten, drei aus Braunschweig und je einer aus Helmstedt und Schöningen. Die Braunschweiger Kollegen klagten recht beweglich über die hohen Beiträge (es wurden damals pro Woche 10 Pfennig von den männlichen und 5 Pfennig von den weiblichen Mitgliedern erhoben) und empfahlen eine Herabsetzung derselben. Um eine solche zu ermöglichen, sollte der „Proletarier“ wieder eingehen und ein andres Gewerkschaftsblatt als Publikationsorgan genommen werden. Die beiden Delegierten aus der „Provinz“ zeigten für die Klagen der Kollegen aus der Hauptstadt kein Verständnis und stimmten gegen den Antrag.

Am Schlusse des Jahres 1893 hatten wir ungefähr 5000 Mitglieder und etwa ebensoviel Mark Geld in der Kasse. Für jedes Mitglied also 1 Mark. Auch in den Kassen der Zahlstellen war überall Leere. Ein Bevollmächtigter fand für die Ebbe in der Lokalkasse einmal ein reizendes Bild. Er meinte, „auch nicht einmal eine Laus könnte darin schwimmen“. Noch im März des Jahres 1896 teilte die Zeitung der Zahlstelle Bernburg mit, daß sie „nicht in der Lage“ sei, die Kosten für die Versammlungsanzeigen zu bestreiten“. Der Vorstand hatte ein Einsehen und beschloß der Anforderung gemäß die Uebernahme der Kosten.

An die einzelnen Kollegen, die unter großen persönlichen Opfern in den Zahlstellen zu Stützpunkten der Organisation geworden sind, gliederte sich dann ein weiterer Personentreis. Es entstanden die Agitationskommissionen, deren

Zur Besserung des Coses unsrer Kollegen konnte herzlich wenig getan werden. Die unverschämtesten Unternehmerrmaßnahmen mußten sehr oft ertragen werden, ohne daß der Verband das geringste unternehmen konnte. Eine Vorstandsitzung aus dem Jahre 1893 ist hierfür kennzeichnend. Ein Bericht aus Elberfeld brachte dem Vorstand zur Kenntnis, „wie gewisse Herren Unternehmer sich die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit denken und zur Geltung bringen, nämlich durch Strafe, Schläge, Herabsetzung des Arbeitslohnes und dergl. mehr. Es haben sich fünf Arbeiter einer hiesigen Fabrik das Wohlwollen ihres Prinzipals zugezogen, indem er ihnen auf ihre Kosten einen Aufseher aufhalsen wollte“. Den fünf Kollegen wurde gekündigt. Bei vieren wurde allerdings die Kündigung zurückgezogen. Etwas gegen den Arbeitgeber zu unternehmen, mußte der Vorstand ablehnen. Der Verband war noch jeden Einflusses bar. Ein in Elberfeld ausgebrochener Streik von 3 — drei — Schablonenschneidern wurde abgebrochen, die Unterstützung eingestellt, „weil... und die finanziellen Verhältnisse des Verbandes nicht so günstig sind“. Aber auch die nächsten Jahre ließen den Verband nicht aus der Lähmung herauskommen. Das Drängen nach Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen machte sich hier und dort bemerkbar; Mitglieder-mangel und fehlende Geldmittel waren die natürlichen Bremsklöße, die jede Bewegung totschleiften.

Das Jahr 1896 verzeichnete zum erstenmal eine Ausgabe von 25 605 Mark für Streikunterstützung. Neben Bielefeld, wo wir mit 71 Kollegen an einem Streik bei Dürkopp beteiligt waren, garte es in Ottenfen unter den auf

der Margarinefabrik von Mohr beschäftigten Kollegen. Diese vermuteten unter sich Denunzianten; sie stellten dann fest, daß „ein Arbeiter und ein Vorarbeiter Angeber- und Ueberbringerdienste leisteten, und verlangten, daß der Arbeiter mit vierwöchiger Arbeitsentziehung zu bestrafen sei, der Vorarbeiter aber abgeseht werden sollte“. Der heute viel zugänglichere, nun „alte Herr“ war nicht geneigt, auf solche Wünsche einzugehen. Er wies sie (die Arbeiter) kurzerhand ab und machte von seinem Hausrechte Gebrauch. Zustand unsrer Kollegen und Bonkott der Mohrschen Margarine waren die Folgen. In Hamburg hatten unsre Kollegen die Kaffee-

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

| | | | |
|------|--|---|--|
| No 1 | Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage samstags. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 75 Pf. Einzelnummern in der Verlagsanstalt 5 Pf. | Hammer, Sonnabend, den 1. Oktober 1892. | Jahresrate 7 Mark pro einjährlicher Beitritt, aber beim Abbruch 10 Pf. Offiziers-Anzahl 10 Pf. Redaktion und Verlag: Kloppe 4 A. |
|------|--|---|--|

Kolleginnen und Kollegen!

Der erste Bescheid bei Verbands der Fabrik-, Land- und gewerblichen Arbeiter, welcher in der Zeit vom 1. bis 3. August d. J. in Braunschweig getagt, hat unter anderem auch den wichtigen Beschluß gefaßt, daß zur Betreibung unserer Interessen ein eigenes Organ geschaffen werden sollte. Dieses Organ haben wir hiermit ausgeschrieben und liegt die erste Nummer den Mitgliedern...

7. Durch regelmäßige Mitteilungen und Erörterungen der wichtigsten Entscheidungen auf dem Gebiete der Arbeiter-, Frauen-, Jugend-, Familien- und Altersversicherung, Arbeiter-, so weit es der Status des Staates gestattet, parlamentarische Korrespondenzen über alle die Arbeiterorganisationen herrschenden Fragen, Verhandlungen und Beschlüsse des deutschen Reichstages, sowie anderer gesetzgebender Körperschaften getrafft werden sollen.

Die erste Nummer des „Proletariats“.

sich auch der Vorstand zur Erledigung agitatorischer Arbeiten bediente. Auch dabei spielte die Geldfrage eine entscheidende Rolle; aber die Ablehnungen verringerten sich. Die Vorstandsentscheidungen verweigert es wohl ab und zu, den Vorsitzenden oder ein andres Mitglied des Vorstandes zu Versammlungen zu entsenden, sie verwiesen die Antragsteller „der Ersparnis halber“ an größere Orte; aber der Vorstand übernahm die Kosten. Solche Agitationskommissionen als erste Entwicklungszelle unsrer heutigen Gaugliederung finden wir im Jahre 1894 in Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover und andernorts. In ihrer Tätigkeit waren sie angewiesen auf das bis dahin freie Zeit, das sie der Wochenlohnverleiher abzurufen imstande waren. In dieser knapp bemessenen Zeit — meistens Sonntags — wurde dem Verbands in vielen Orten der Weg zum Eingange und zu nachfolgender Ausdehnung geebnet.

Die Bahnbrecher waren arm an technischen Mitteln zur Unterstützung der Werbearbeit. Heute stehen Aufnahmescheine, verschiedene Flugblätter, Schriften zur Hausagitation und vieles andre zur Verfügung. Der Schreiber gedenkt noch der Zeiten, in der nicht einmal Aufnahmescheine zu haben waren. Die größeren Zahlstellen hatten sich diese Hilfsmittel bei der Ausbreitung des Verbandes angeschafft; der Vorstand kam jedoch erst im März des Jahres 1896 zur Einreichung der Aufnahmescheine in die Verbandsinventarien. Erstmals werden zu diesem Zweck 30 Mark bewilligt. Leier, schmunzle nicht so geringschätzend!

Es ist überflüssig, zu sagen, daß in der ersten Zeit auch das Wirken des Verbandes nicht geeignet sein konnte, unter Kolleginnen und Kollegen große Eroberungen zu machen. Die Unterstützungen beliefen sich im Jahre 1894 zum Exempel alles in allem auf 2861 Mark. Wenn konnte eine so mäßige Unterstützungsleistung auffallen oder gar Achtung abnützen? Die Unterstützung für Gemafregelung war in den ersten Jahren die einzige Verbandsleistung, und die war schwer zu erhalten. Eine Unterstützung, die der Vorstand im Jahre 1891 einem in der Umgebung von Hannover tätigen Kollegen bewilligte, war mit der Bemerkung gewürzt, „den Kollegen aufzufordern, in korrekterer Weise seine Agitation zu betreiben“. Es gibt kein dauerndes Mitarbeiten der Arbeiterinnen und Arbeiter, wenn die Mitarbeit persönliche wirtschaftliche Verblutung und Vernichtung der Existenz im Gefolge hat. Das hat man im Verbands früh genug erkannt und deshalb die Gemafregelungsunterstützung gut ausgebaut.

verleerinnen organisiert. Daraus erwuchs eine Arbeitseinstellung. Unsre Harburger Kollegen organisierten einen Streik auf einer Oelmühle, und in Halberstadt drohte ein Streik auf einer Ziegelei. Der Vorstand fand die Sachlage kritisch — wegen des Mangels an Geld. Er unterbreitete die Angelegenheit dem Ausschuß, der beschloß, den Hamburger und auch den Ottenfer Streik zur Verbandsache zu machen. Die Geldfrage war damit nicht gelöst. Mit dem „Hinweis auf unsre Kassenverhältnisse“ wurden für Hamburg und Ottenfen je 2000 Mk. bewilligt. Den Harburger Kollegen wurden „die Einnahmen belassen“. Zehn Tage später wurden ihnen 1000 Mk. bewilligt „mit dem Bedauern, daß der Verband nicht in der Lage sei, mehr zu tun für eine Zahlstelle, die es am ersten verdient habe“. Die Kollegen in Halberstadt gingen leer aus.

Nach Beendigung des Streiks in Ottenfen dort 15 Kollegen nicht wieder eingestellt wurden und diese sowohl als auch die Kollegen in Harburg noch Geld zur Unterstützung forderten, da war die Finanzkrise da, der Verband zahlungsunfähig. Der Ausschuß bestimmte, die gegenwärtigen Streiks seien unter allen Umständen zu unterstützen. Wenn kein Geld vorhanden sei, solle eine Anleihe aufgenommen werden. Der Vorstand beschloß dann, den Versuch einer Anleihe von 5000 Mk. zu wagen. Für die ratenweise Rückzahlung waren „aber nicht unter vier Jahre“ angenommen. Die Anleihe gelang unter Bürgschaft der Generalkommission. Die Ottenfer erhielten 2500 Mk., die Harburger Kollegen 2000 Mk. Als dann einige Wochen später die Generalkommission ein Flugblatt anbot, beschloß der Vorstand, „keine Bestellung darauf zu machen in Anbetracht der knappen Geldmittel“.

Und doch brachte uns dieses Sorgenjahr aus der Bedenktlosigkeit heraus. Wir verzeichneten darin einen Zuwachs von 6000 Mitgliedern, und dann ging es vorwärts! Jetzt, nach einer Lebensdauer von 25 Jahren, blüht der Verband auf stärkeren Füßen, die ihn mit der Kollegenschaft verbinden. Für seine Werbearbeit stehen ihm Mittel, Einrichtungen und Kollegen zur Verfügung; in seinen Leistungen — von den Unterstützungen bis zur Verteidigung der Arbeitskraft — ist ein Ausbau vollzogen, der keinen Vergleich zuläßt mit den langen Belassen in den Anfangsjahren. Was die Zukunft auch bringen möge, das zweite-viertelhundert Jahre wird der Verbandsentwicklung günstiger sein, und unsre Kollegen haben leichtere Arbeit, die sie nach Kriegsende mit Fleiß vollbringen werden.

Was der Verband den Arbeiterinnen gibt.

Von Luise Zies.

Wollte ich nur annähernd die große, wertvolle Kulturarbeit schildern, die durch das Wirken des Verbandes, im besonderen im Interesse der Arbeiterinnen, geleistet worden ist, so müßte ich den Raum eines Buches und nicht den eines Artikels zur Verfügung haben. Das würde schon dann nötig sein, wollte ich nur ganz nüchtern, sach- und zahlenmäßig, an der Hand der naturgemäß — kurz zusammengebrängten Jahresberichte des Verbandes, meine Darstellung geben; wieviel mehr aber noch, wollte ich diese Darstellung beleben durch meine eigenen Erfahrungen, die ich bei der jahrzehntelangen Arbeit für den Verband gesammelt; wollte ich schildern, was ich gesehen, wie mir beglückendes Erlebnis wurde, was in der Theorie der freien Gewerkschaften als das Ziel ihres Wirkens gezeichnet wird.

Ich werde mich deshalb damit begnügen müssen, ganz allgemein nachzuweisen, wie der Gedanke und die Praxis der Organisationen die Arbeiterinnen wirtschaftlich, geistig und moralisch emporsührt.

Die Tatsache, daß der Fabrikarbeiter-Verband die Organisation der ungelerten Arbeiterschaft ist, deren Aktivierungsgebiet sich in den verschiedenen Industriezweigen befindet, hat es bedingt, daß sich bei der Organisationsarbeit unter den Arbeiterinnen sowohl besonders hemmende als auch fördernde Momente zeigten.

Arbeiten, die keine lange Schulzeit erfordern, ermöglichen und befördern den schnellen Wechsel des Arbeitspersonals, für die Arbeiterschaft den schnellen Wechsel der Arbeitsstelle. Bei unorganisierten wird deshalb gar leicht das Streben nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht zur Organisation leiten, sondern, in Verkennung des Klasseninteresses, dazu führen, das Geil in öfterem Wechsel der Arbeitsstätte zu suchen, sobald hier oder da ein paar Pfennige Lohn mehr winken.

Und gerade bei Arbeiterinnen begegnete man diesem Uebelstand. Dafür war freilich unter den ungelerten Arbeitern auch nicht erst in dem Maße die Abneigung gegen die Frauenerwerbsarbeit auszurollen, wie sie sich, namentlich in der Jugendzeit der gewerkschaftlichen Organisationen, in den Berufsverbänden zeigte, die vielfach Frauen und Ungelernte als Eindringlinge betrachteten und behandelten, ihnen den Eintritt in ihre Organisationen verwehrt. Kein Wunder, daß sich vielfach eine naturwüchsige Solidarität unter ihnen, als den Leidensgefährten, entwickelte. Dieses instinktive Zusammenhalten wurde zu einem bewußten, nachdem der Fabrikarbeiter-Verband gegründet worden war und seine Agitationsarbeit unter beiden Geschlechtern entfaltete.

Freilich begegnete man nun auch noch oft genug der Anschauung: „Die Frau gehört ins Haus“, nachdem die harte Wirklichkeit bereits Hunderttausende von Frauen in die Erwerbsarbeit getrieben hatte, und wo — infolge der lohndrückenden Tendenz, die der kapitalistisch ausgebeuteten Frauennarbeit innewohnt, solange die Arbeiterinnen unorganisiert, einsam und deshalb wehrlos dem Unternehmer gegenüberstehen — in Betrieben mit viel weiblichen Arbeitern die Löhne besonders tief standen, da betrachteten die Arbeiter, die den Zusammenhang der Dinge nicht kannten, ihre Kolleginnen auch mit feindseligen Augen und wünschten allen Ernstes ein Verbot der Frauenerwerbsarbeit.

Aber auch das ist überwunden. Steigende Einsicht in das Wirtschaftsgetriebe, die der Verband, seine Agitation und besonders seine Zeitung vermittelt, die Vorteile, die die Organisation erlangen hat für Männer und Frauen, haben längst bewirkt, daß jener alte Ruf: „Rück mit der Frau ins Haus!“ umgewandelt wurde in die dringende Forderung: „Sinein mit Frauen und Mädchen in die Organisation!“ Und auf Seiten der Arbeiterinnen ist durch die harte Schule des Lebens und durch die im Verband erhaltene Belehrung, in steigendem Maße aufgeräumt mit der alten Illusion: die Erwerbsarbeit sei für sie nur Notbehelf, nur Durchgangsstadium zur Ehe. Je mehr aber die Erkenntnis Platz greift: Auch durch die Ehe bin ich der Erwerbsarbeit nicht entzogen, Arbeitslosigkeit oder Krankheit des Mannes, niedriger Verdienst, große Kinderzahl, das Streben, den Kindern eine bessere Zukunft durch den Besuch einer besseren Schule zu sichern u. a. m., treiben mich erneut in die Fabrik, desto mehr werden auch der Verband und alle die Vorteile gewertet, die durch ihn erlangen werden: die verbesserten Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Unterstützungen in den Wechselfällen des Lebens; denn alles das erscheint nun nicht mehr als Notbehelf, der gelegentlich in Anspruch genommen wird,

sondern als dauernde Einrichtung, von der man Zeit seines Lebens Vorteil haben will, der man sich deshalb inniger verbunden fühlt, der man einen Teil seiner Kraft, seiner Zeit und seiner Mittel opfert, um sie vollkommener zu gestalten. Kurzum, der Verband mit seinen Einrichtungen wird alsdann für alle Mitglieder der große und immer größer werdende Bau, der ihnen Schutz und Schirm ist, der auch Wehr und Waffen liefert für die Kämpfe um wirtschaftliche Besserstellung oder in Notlagen eine sichere Zufluchtsstätte bietet.

Gesamterfolg der verstrichenen Zeit schaute und damit den auffallenden Kontrast zwischen einst und jetzt. Schon beim Eintritt in die Versammlung wurde man sich des großen Unterschiedes bewußt, den der Charakter der Veranstaltung nunmehr und vor zwei Jahren trug. Alles ruhig, geordnet, kein Angezäumter, vielmehr alles geschulte Versammlungsbesucher, denen Disziplin kein unbekanntes Ding mehr war, während bei der Gründung der politische Vertrauensmann die Versammlung hatte leiten müssen. Alle Besucher, und besonders die Frauen, waren sauber und nett in Sonntagskleidern erschienen, sie zeigten lebhaftes, interessiertes Gesicht. Das Aussehen war ein weit gesünderes, das Auftreten ein freieres und sicheres. Und mit welcher Geschicklichkeit sie ihre Sache führten, Bericht gaben, Beschwerden über Arbeitsverhältnisse besprachen und praktische Vorschläge zu ihrer Erledigung machten, die einem alten Gewerkschafter alle Ehre gemacht hätten.

In einfachen, schlichten Worten, aber darum um so einwollender, berichtete eine Frau, wie unendlich froh sie sei, daß an ihrer Arbeitsstätte die geforderte Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde bewilligt wurde, was sie alles in dieser Stunde zu Hause schaffen könne und wie es ihr sei, als ob ein großes Glück der schweren Bürde, die sie zu tragen habe, von den Schultern genommen wäre. Dazu sei der Tagelohn um 20 Pf. erhöht, ein Fortschritt, über den sie mit leuchtenden Augen und glückstrahlendem Gesicht ihrer Freude Ausdruck gab und der Zeitung dankte, daß sie sich der Frauenerwerbsarbeit so warm angenommen.

Das waren, um es kurz zu sagen, ganz andre Menschen geworden! Da hatte man nun seit Jahren den Wert der Gewerkschaften theoretisch begriffen, verstandsmäßig erfasst, in tausend Fällen die praktischen Erfolge gesehen; man hatte diese Erkenntnis in unzähligen Versammlungen ändern zu übermitteln gesucht, an Beispielen aus dem Leben ihre Richtigkeit nachgewiesen, und aus großer Liebe zur Sache und innerer Ueberzeugung auch mit aller Herzenswärme Anhänger gewonnen; aber all die herrliche

Wirksamkeit der Organisation, den reichen Segen als Gesamtergebnis, gleichsam in einem großen lebenden Bilde dargestellt, das erlebte ich hier zum erstenmal. Das war nicht nur die Hebung der Wirtschaftslage, sondern dank dieser die Besserstellung der Menschen, die ich gesehen! Und ich bekenne, daß ich tief erschüttert war, aber auch glücklich und stolz, an der Erweckung der Geister und Seelen teilzuhaben.

Inzwischen ist der Verband groß und einflussreich geworden; er steht mit in den ersten Reihen der gewerkschaftlichen Organisationen, die in gemeinsamer Arbeit das gesamte Niveau der Lebenshaltung, der Geisteskultur und der Charakterentwicklung der Arbeiter stark gehoben haben. Da werden solche kleine Episoden, wie ich sie geschildert, die geradezu als Offenbarung auch auf den Praktiker wirken, heute kaum mehr beachtet werden. Nichtsdestoweniger zeigte sie im kleinen Auschnitt, was im großen Gesamtbild die Geschichte der Gewerkschaften und die Darstellung ihrer Wirksamkeit uns beweist: Ueberall zunächst die kleine Schaar der Intelligenzesten und Energischsten, die Pionierarbeit leisten, den ersten Zusammenschluß herbeiführen und unermüdet in der Werberarbeit sind, wobei die ersten Erfolge wirtschaftlicher Kämpfe ihnen das vorzüglichste Agitationsmaterial liefern.

Und dann die prächtige Wechselwirkung, daß jede Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter nicht nur deren körperliches Wohlbefinden fördert, sondern auch ihre Geistes- und Seelenkräfte weckt. Das ist auch das Große, das der Verband den Arbeiterinnen gab und gibt: Er weckte sie aus Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit; er schuf aus der schneckenlangsam gebildeten, den kleinen Lohn für übermäßige Arbeitsleistung nahm, die kluge, treue Gewerkschafterin, die die Solidarität als höchstes Pflichtenwort anerkennt.

Auch den Familienegoismus der Frau weckte er zum Gemeinheitsgefühl und zur Opferfreudigkeit. Die Kollegen betrachteten sie nicht mehr als Eindringling und Schmutzkurrent, sondern als willkommenen Arbeits- und Kampfgenossen. Das Bewußtsein, einer großen, mächtigen Gemeinschaft anzugehören, gab ihr das Gefühl der Sicherheit und den Stolz der selbstbewußten Arbeiterin.

So wurde ihr die gewerkschaftliche Organisation zu einer Quelle des Glückes und der Kraft!

Das Bewußtsein, einer großen, mächtigen Gemeinschaft anzugehören, gab ihr das Gefühl der Sicherheit und den Stolz der selbstbewußten Arbeiterin.

So wurde ihr die gewerkschaftliche Organisation zu einer Quelle des Glückes und der Kraft!

Das Bewußtsein, einer großen, mächtigen Gemeinschaft anzugehören, gab ihr das Gefühl der Sicherheit und den Stolz der selbstbewußten Arbeiterin.

So wurde ihr die gewerkschaftliche Organisation zu einer Quelle des Glückes und der Kraft!

Unserm Verband.

Nun streut der Sommer seine Farben
In bunter Fülle um uns her;
Sein goldnes Licht verheißt uns Garben
Und Frucht, von süßem Saft schwer.
Es hat der Landmann einst die Saaten
Mit harten Händen wohl bestellt;
Denn alle Ernte fordert Taten,
Und Tat nur formt den Bau der Welt.

So ward vor fünf und zwanzig Jahren
Auch unsre Kraft zur Tat geweiht:
Wir pflanzten, die zerstreut wir waren,
Die Saat der treuen Einigkeit.
Ein Same, der in Hirn und Herzen
Vieltausendfache Wurzeln schlug,
Der frohe Hoffnung in die Schmerzen
Und Brot in unsre Hütten trug.

Nach dumpfen, duldungsvollen Tagen,
Nach tatlos trübem Dämmersein
Wuchs uns Erkenntnis aus den Plagen,
Wuchs uns ein Wille aus der Pein:
Helläugig zu erschauen dies Leben
Und abzustreifen Sklavenart,
Zum Menschtum ganz uns zu erheben,
Zu bauen an der Gegenwart.

Der Arbeit Zukunft zu begründen
So fest, daß sie kein Sturm berührt,
Von Volk zu Volk den Weg zu finden,
Der alle Welt zum Lichte führt.
Nie ließen wir das Band erschaffen,
Das uns vereinte stark und gleich;
So wurde Sieg und Lust das Schaffen
Und unser armes Leben reich.

Wie möchten friedlich wohl die Stunde
Und freudig diesen Tag begehn;
Nun aber müssen Tod und Wunde
Und tausendfache Qual wir sehn.
In Strömen fließt das Blut zum Sande,
Und wilder Jörn durchwühlt den Sinn;
Vernichtung schreitet durch die Lande,
Und unsre Brüder sinken hin...

O Menschheit, haß- und wahnverblindet:
Was mühevoll einst ward, es fällt!
Der Geist der Arbeit aber sendet
Sein schöpferisches Licht der Welt:
Für immer Haß und Wahn zu schlichten
Und aller Völker dunkles Sein
Zu hellem Leben aufzurichten! ...
O laßt uns ferner Helfer sein!

Freilich, so leicht wie sich das alles jetzt hier liest, ist es nicht entstanden. Mit unsäglicher Mühe ist alles aufgebaut. Während ich dies niederschreibe, durchlebe ich im Geiste wieder so manches Vorkommnis der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Die Anzahl der Zuhörer war, im Vergleich zu heute, gering; dergleichen die Mitgliederzahl. In Sachsen, Pommern, Schleswig-Holstein oder wohin sonst die Agitation mich trieb, galt es nicht nur die bestehenden Zuhörer zu stärken, sondern vor allem Dingen auch neue zu gründen. Und wie unendlich schwer war es da meistens, die ersten zehn Mitglieder zu gewinnen, die zur Gründung einer neuen Zuhörerschaft notwendig waren.

Die Macht und das Ansehen der Organisationen war dem heutigen nicht zu vergleichen, der Organisationsgedanke noch nicht so traditionell wie jetzt; die Arbeitszeit ungleich länger, die Löhne bedeutend niedriger und das Selbstbewußtsein der Arbeiter, und noch mehr der Arbeiterinnen, wenig geweckt und entwickelt. An manchen Orten war eine Gleichgültigkeit und Dumpfheit, ein Mangel an Selbstvertrauen, daß zunächst jede Mühe der Agitation vergeblich schien. Der Entschluß, der Organisation beizutreten, erforderte so viel Aufwand an Energie und Kraft von diesen Armeisten, daß es ihnen als mutige Tat angerechnet werden mußte, wenn sie ihn schließlich faßten. Kam man nach einem oder nach zwei Jahren wieder einmal in diese Orte, hatte die Zuhörerschaft sich entwickelt, vielleicht schon Lohnkämpfe geführt, die lange Arbeitszeit, die mitunter geradezu die Kraft der Frauen zertrug, verkürzt und die hohen Löhne, die bekanntlich immer in Begleitung langer Arbeitszeiten sich zeigen, erhöhen können, war die Wirkung auf die Menschen eine überraschende: eine Wiebergeburt!

Aussehen und Haltung kündeten die bessere Ernährung und die größere Ruhe, die sie genossen; und der durch eigene Kraft errungene Erfolg hatte ihre Selbstbewußtheit entwickelt, das Vertrauen in die eigene Kraft gestärkt. Aus den Gleichgültigen, in Dumpfheit Dahinlebenden waren aufgeweckte, wolkende, tatkräftige Kämpfer geworden.

Ich erinnere mich noch genau eines solchen Falles, in dem die Wirkung einer kaum zweijährigen Organisation mit ihren Kämpfen und Erfolgen eine außerordentliche war, oder vielmehr mir besonders auffiel, weil ich nach Gründung der Zuhörerschaft zwei Jahre nicht am Ort gewesen und den allmählichen Aufstieg nicht hatte beobachten können, sondern bei meiner Wiederkehr den

Zum Verbandsjubiläum.

Von Wilhelmine Kähler.



An unsre Brüder im Felde.

Brüder im Waffenrock!
Die ihr in Feindesland und an des Reiches Grenzen
Für Deutschland wachet, die ihr das Meer durchsucht,
Die Luft durchweht in schnellem Flug und aus der Erde
Noch Tod streut und Vernichtung, [Tiefen
Euch unsern Gruß!

Nicht weil ihr Tod streut und Verderben,
Nicht weil dem Senfmann ihr bei der Ernte helfst
Und willig ihm die Scheuern füllt,
Als wär' euch das ein altgewohnt und liebgeworden Tun,
Nicht deshalb unsern Gruß.
Denn nur ein wildes, blindes Schicksal,
Das stärker ist als ihr und wir,
Zwang euch des Todes blut'ge Sichel in die Hand,
Nicht eigne Wahl.

Nein, weil ihr Brüder uns und Fr. ande seid,
Weil ihr, mit uns in freiem Bund vereint,
Gebaut habt an dem stolzen Werk,
Zu dem vor 25 Jahren
Ein kleines aber tapfres Häuflein
Den Grundstein legte.
Euch Sau- und Weggenossen grüßen wir!

Es ward ein ragend stolzer Bau,
Der unsern Schirm und Schutz und unsre Hoffnung war.
Da kam der Krieg.

Es war, als stolt die Welt in Trümmer gehn,
Als mißt' der Völkerr Sturm wie einer Feder Flaum
Wegfegen, was in 25 langen Jahren
In Eintracht wir geschaffen mit Herz und Hirn und Hand.
Und doch hat dieser Sturm die Dohlen nur vertrieben,
Die krächzend unsern Turm umzogen,
Hat eine Schindel hier und dort vom Dach gelöst
Und ein paar Sparren, die schon morsch, gelockert,
Sonst nichts!
Fest steht das Fundament, und unerschütteret
Ragt unser Truhbau in die Zukunft.

Brüder im Waffenrock!
Wir geloben euch, am alten Werk im alten Geist
Zu schaffen wie feither und mehr zu tun,
Wo eure Kräfte fehlen.
Damit, wenn einst der Friedensglocken Klänge
Durch alle Lande tönen - mög's bald, recht bald geschehn -
Ihr freudig uns die Hände reichen könnt und sagen:
Auch ihr habt eure Pflicht getan!
Hört dies Gelöbnis, das fester als ein Schwur
Uns bindet, weil's frei und gern gegeben,
Und nehmt als Gruß das Wort, in dem sich Freud' und
So wunderbar vereinen, das Wort: [Schmerz
Auf Wiedersehn! 6. 6.



Wenn diese Arbeit in die Hand der Mitglieder gelangt, blüht der Verband auf eine 25jährige Tätigkeit zurück. Unschädllich dieses Jubiläums wollen wir ein wenig in der Vergangenheit, in der Kindheitsgeschichte des Verbandes herumtöbren. Die jetzigen Mitglieder des Verbandes dürfen nicht denken, daß es vor 25 Jahren im Leben des Verbandes, überhaupt in der Arbeiterbewegung, so aussah wie heute. Die Agitatoren, besonders die weiblichen, die sich damals der Agitationsarbeit widmeten, wurden gar oft von Männern und Frauen mit scheelen Augen angesehen.

Langsam, viel zu langsam verbreitete sich der Gedanke von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation im allgemeinen und noch langsamer unter den ungelerten Arbeiterinnen. Im Jahre 1890 tagte in Hannover die Konferenz der ungelerten Arbeiter, um über Mittel und Wege zu beraten, durch die die Lebenslage dieser Arbeiterfamilien zu heben, durch die auch ihnen ein wenig Lebensfreude zu sichern sei. Das Ergebnis dieser Beratung war die Gründung des Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Wohlgemut kehrten die Delegierten an ihren Wohnort zurück, um hier die Werbearbeit für den neugegründeten Verband, auf den große Hoffnungen gesetzt wurden, aufzunehmen. Sehr langsam wuchs die Zahl der Mitglieder trotz der niedrigen Beiträge. Der Organisationsgedanke mit der Pflicht, feste Beiträge zu zahlen, brach sich nur schwer Bahn. Die ungelerten Arbeiter mußten eben erst daran gewöhnt werden, daß sie zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen auch selbst finanzielle Opfer bringen mußten. Langsam wie die Zahl der Mitglieder wuchs auch die der Zahlstellen wie jener Orte, in denen aus gesellschaftlichen oder sonstigen Gründen keine Ortsgruppe ins Leben gerufen werden konnte, wo aber einzelne Mitglieder der Organisation beitraten. Unendlich viel Mühe und Arbeit mußte aufgewendet werden, um das Errungene auch zu erhalten.

Es gab viel Hoffnungslosigkeit und Unwissenheit unter den ungelerten Arbeitern zu bannen. Besonders unter den schlecht behandelten und überaus schlecht bezahlten Arbeiterinnen, die unter der schweren Last der eld- und zwölfwöchentlichen Erwerbsarbeit und der notwendigen Hausarbeit fast zusammenbrachen. In den Herzen dieser überarbeiteten, körperlich oft siechen und elenden Frauen lagte die Hoffnung, daß es ihnen jemals besser gehen könne, nur schwer Boden. Es schien ihnen unglücklich, daß sie selbst mit starker Energie, durch Zusammenschluß mit ihren Arbeitsgefährten, sich das Mittel schaffen könnten, sich bessere Verhältnisse zu erringen. Dazu kam, daß die Arbeiterinnen nicht nur unter dem täglichen Arbeitsjoch litten, sie litten auch unter den landläufigen Vorurteilen, Gebrauchen und Sitten, die ja für die Frauen auch heute noch mehr oder minder bestehen. So war es zum Beispiel damals verpönt, daß Frauen in die Versammlungen gingen, und wenn mal eine Genossin in einem Ort in einer Versammlung das Referat hatte, so schlichen die abgemüdeten Arbeiterinnen sich verhalten an die Fenster des Lokals oder sie suchten einen Platz hinter der Tür, um so etwas von dem zu hören, was drinnen verhandelt wurde, oder die Frau anzusehen, die in aller Öffentlichkeit vor den Männern sprach. Sahen sie aber die Helmzüge eines Gendarmen, der zur Ueberwachung der Versammlung herbeikam, so schlichen sie wie verängstete Mäuse auseinander. Wahrscheinlich, man hat es den Frauen schwer genug gemacht, sich im Organisationsleben zurecht zu finden und zu betätigen. Wie oft hat man nicht Frauen aus den Versammlungen ausgewiesen, indem man die Versammlung für politisch erklärte. Das damals geltende preussische Vereins- und Versammlungs-gesetz, das in seinem § 8 Frauen mit Kindern, unmündigen Personen und Schülern auf eine Stufe stellte und vom Besuch öffentlicher Versammlungen ausschloß, bot ja eine vortreffliche Grundlage zu allen möglichen Schikanierungen der Frauen.

Blumen am Wege.

Wer das Glück gehabt hat, einen beträchtlichen Teil der fünfjährigen Entwicklungsgeschichte unserer Organisation mitzuerleben, dem drängen sich aus Anlaß des Verbandsjubiläums mitunter allerlei Erinnerungen auf. Mühselig, bornig, aber doch lohnend und herzlich war der Weg, den unsere Organisation in Mitteldeutschland zurückgelegt hat. Ihr erster Stützpunkt in der Provinz Sachsen war Halberstadt. Von dort aus trugen tüchtige Kollegen den Organisationsgedanken weit ins Land. Es gründete sich als ein Nest der ersten Zöglinge, darunter Magdeburg und Halle. Diese Tätigkeit fand ihre Fortsetzung im Jahre 1898 bei der ersten Versammlung in Gumbinnen, die Grundlagen für die heutige Gesamtorganisation schuf. Der Sitz des Gesamtverbandes für die Provinz Sachsen wurde Halberstadt, das wurde beibehalten, bis nächsten Herbst dort abgehoben.

Mit den Gumbinnern hatte es folgende Bewandnis: In der Woche vom 12. bis 19. August besuchte eine komische Götze, die unter dem Namen des „Herrn Boas“ in Kostell ganz besonders berühmt geworden war. Sämtliche Delegierte entledigten sich des Kopfes. Nur von dem Gumb. den Vorposten bekamen wir ein kleineres Stück zu sehen. Er hatte Krone und Vorhang abgelegt, den Kopf aber aufbewahrt. Das tat er nicht etwa weil — sondern um die Würde des Propheten zu wahren. In Anlehnung an das Beispiel des Kaiserlichen Reichstages wurde in der Jugendlichen der Halberstädter Magdeburger Reichstag aus Gumb. - Gumbinnern bestimmt. Das ging aber nicht mit dem Diktator der Reichstages Kollegen als mit der Jahreszeit zusammen.

trotzdem einige Kollegen auf der Straße blieben, kamen sie meist sehr bald in der Substanz der benachbarten Großstadt unter.

Auch mit dem Platz, den die Behörden bereiteten, wußte sich Frau Heimlich abzufinden. Ihre Auseinandersetzungen mit dem Herrn Amtsverwalter waren diplomatisch. Es kam dabei weniger auf das an, was sie sagte, als auf das, was sie nicht sagte.

In den letzten 25 Jahren war überhaupt der behördliche Druck noch härter, als in den Städten. Die Halberstädter Partei a. d. Elbe wollte in Verden ein Vergnügen abhalten und meldete dasselbe vorläufig halber an. Der Vertrauensmann in Verden, Kollege Fritz Czerninski, erhielt darauf ein Strafmandat von 20 Mk., weil er Statut und Mitgliederverzeichnis beim Amtsverwalter in Verden nicht eingereicht hatte. Er erhob Einspruch und führte vor dem Amtsgericht in Genthin aus, daß der Verband kein politischer Verein sei und auch auf öffentliche Angelegenheiten nicht einwirkte. Dem hielt der Vorsitzende entgegen, daß trotz Statut eine Einwirkung auf öffentliche und politische Angelegenheiten möglich sei; es komme auf den vorliegenden Fall an. Der Amtsverwalter berief sich auf seine Befugnisse, daß er vom Herrn Landrat und vom Herrn Regierungspräsidenten ganz besonders auf „diesen Verband“ aufmerksam gemacht worden sei. Aus eigener Wahrnehmung konnte er nichts Belästigendes ansagen. Czerninski erklärte, die entsetzte Möglichkeit, daß er als Vertrauensmann später noch etwas tun könnte, was mit dem Statut oder dem Gesetz im Widerspruch stände, reichte nicht aus, ihn schon im voraus zu bestrafen. Die Logik war auf seiner Seite; das Gericht sprach ihn frei.

Verurteilungen, unsern Vertrauensmann wohnungs- und arbeitslos zu machen, veranlaßten ihn, sich Verden von dem gegenüberliegenden Ufer der Elbe anzusehen. So kam er nach der alten Kaiserstadt Tangermünde. Keine heute er sich angemeldet, begehrte die Polizei von ihm zu wissen, wer der Vorstand des Verbandes in Tangermünde sei. Unser Freund war anwesend, Auskunft zu geben. Aber er näherte die Zeit. Als etwa ein Jahr später derselbe Beamte ihn erneut bei Frage vorlegte, konnte er Bescheid geben. Er zeigte dem Herrn Bürgermeister auseinander, daß ein Verband nicht vorhanden sei, sondern daß ein Vertrauensmann die Verbindung zwischen den Einzelmitgliedern in Tangermünde und dem Hauptverband habe.

Ja, zum Schluß, was ist denn dieser Vertrauensmann? Freundschaftlich bekannte Czerninski: „Das bin ich! Ihre vorjährige Nachfolge veranlaßte mich, Umfragen zu halten, was da erzieher ist, daß der jetzige Vertrauensmann abgereist sei. Ich übernahm das verwaltete Amt und erwarb mir dadurch das Vertrauen meiner Kollegen und die Achtung der Behörden.“ Einziglich verlegen über den Erfolg seiner Tätigkeit verlangte der Beamte nunmehr die Einreichung der Mitgliederliste. Er erhielt keine, weil keine da war. Keine Kollegen hatten guten Grund, mitzumachen zu sein. Es lagen schon Beispiele vor, wo Polizeibehörden die Mitgliederlisten durch an die Unternehmern ausgeliefert hatten und sich damit noch bräuteten.

All diesem sowie der Eigenart und Sonderstellung der Frauen mußte Rechnung getragen werden, und so kam man zunächst zu der Ueberzeugung, daß die Arbeiterinnen durch Gründung einer besonderen Organisation für sie am leichtesten zu gewinnen seien. Als daher von Hannover aus an die gesamte ungelerte Arbeiterschaft der Organisationsruf erging, suchte man von Wandsbeck aus die Arbeiterinnen in einem Verband der Fabrik- und Landarbeiterinnen zusammenzuschließen. Unter tätiger Mithilfe etlicher Parteigenossen und -genossinnen gewandt die neue Gründung halb an Ausdehnung und wurden im Laufe ihres zweijährigen Bestehens in acht Orten, unter andern in Hamburg, Altona, Lübeck, Stettin, 957 Frauen und Mädchen als Mitglieder gewonnen; für die damalige Zeit ein hervorragender Erfolg. Diese Organisation war nicht als Kampfsorganisation zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gedacht, sondern diente dem Zweck, die ungelerten Arbeiterinnen zusammenzufassen und sie über die Ziele der modernen Arbeiterbewegung aufzuklären.

Nach der Tagung des Halberstädter Gewerkschaftskongresses (1892) erfolgte die Auflösung dieses Arbeiterinnenverbandes, und der Anschluß an den Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter wurde vollzogen. Die Zahl der übertretenden Mitglieder war groß genug, um anfeuernd auf die ungelerten Arbeiterinnen zu wirken. In die Gleichgültigkeit dieser Arbeiterinnen war Breiße geschlagen, und mit froher Hoffnung nahm unser Jubiläum seine Werbearbeit auf.

Auch bei dieser Agitation bestätigte es sich, daß am wirksamsten eine Frau zu den Frauen spricht, und so schickte der Vorstand damals zumeist Rednerinnen in die einzelnen Orte, um den Organisationsgedanken zu verkünden und neue Mitglieder zu werben. Dadurch, daß die Rednerinnen nach Beendigung des Referats unermüdetlich noch unter die Versammlungsbesucher gingen und Gespräche mit den Frauen über ihre Arbeits- und Lebensweise begannen, gelang es, Erfolg an Erfolg zu reihen. Die Genossinnen Kähler, Biez und später Genossin Wachsig waren in hervorragender Weise agitatorisch für den Verband tätig. Die Arbeiterinnen ließen sich immer mehr vom Wert und der Notwendigkeit der Organisation überzeugen und stellten bald selbst tüchtige Helferinnen. So hatte der Verband im Jahre 1893/94 eine Zahlstelle für Landarbeiterinnen in Odenstedt, die vollständig von Frauen verwaltet wurde und sehr gut funktionierte. Auch in andern Orten waren um diese Zeit Frauen in den Zahlstellen mit tätig. Bald kam es auch zu kleinen Gespinnkeln mit dem Arbeitgeberum. So konnten die Wäckerinnen von Hensdorf und etwas später die von Eppendorf und Winterhude erproben, daß der Verband ihnen bei Forderungen tatkräftig zur Seite stand.

Heute hat der Verband wohl in allen Verufen ungelerner Arbeiter auch weibliche Mitglieder. Ihre Zahl betrug bei Ausbruch des Krieges etwa 26 000. Das mag wenig erscheinen im Verhältnis zur großen Zahl der ungelerten Arbeiterinnen, die für den Verband in Betracht kommen. Wer aber all die Schwierigkeiten kennt, die sich der Organisation unter den Arbeiterinnen entgegenstellen, der muß unumwunden die Erfolge des Verbandes, auch die in der Arbeiterinnengewinnung, anerkennen.

Möge der Verband auch in seinem ferneren Lebensabschnitt sich kräftig weiterentwickeln zu einer noch mächtigeren Organisation, die viel Glend von der Arbeiterschaft abzuwehren vermag. Möge es ihm vor allem gelingen, noch erfolgreicher unter der großen Zahl der ungelerten Arbeiterinnen zu agitieren! Bei diesen Arbeiterinnen aber möge das Vertrauen zum Verbands wachsen und den festen Willen auslösen, durch immer zahlreicheren Anschluß seine Macht zu stärken, damit ihnen allen immer mehr an der Lebensfreude an Stelle ihrer vielen Kümmernisse und Bedrängnisse erbüßt!

Was der Verband zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geleistet hat, kann hier nur angedeutet werden. Es bedurfte zum Beispiel erst einer planmäßig eingeleiteten Lohnbewegung, um in einer großen Konfektionsfabrik in Dornumisch den Stundenlohn von 18 auf 25 Pf. zu erhöhen. Die Zuderfabrik in Mühlberg a. d. Elbe zahlte außerhalb der Kampagne 26 Pfennig Stundenlohn; davon wurde wöchentlich noch eine Skution abgezogen. Aber Not kennt kein Gebot. Trotz 26 Pf. einig eines Tages der Strid. Die Arbeiter verlangten 30 Pf. Stundenlohn. Nach dreiwöchigem Streik lag ein Angebot von 27 1/2 Pf. vor. Jedoch sollten drei besonders namhaft gemachte ältere Kollegen die Zulage nicht erhalten. Zu diesem Angebot nahm eine Versammlung der Streikenden Stellung. Der älteste der drei „Alten“ zahlte 49 Pf. Er protestierte ganz entschieden gegen den Vorwurf des Alters, und zur Bekräftigung seiner Worte trat er an die im Saale befindlichen Geräte des Arbeitervereins heran. Ein eleganter Aufzug am Neck mit ebenso elegantem Mitterabspinnung, ein kergengerader Handschuh am Warran bewiesen, daß er nicht zuviel behauptet hatte. Zu ähnlichen Leistungen verpflichteten sich die beiden andern Kollegen. Die Versammlung beschloß, die Arbeit aufzunehmen unter der Bedingung, daß die Lohnhöhe an alle gezahlt wurde. Die Direktion der Fabrik lenkte ein.

Noch ein Vorfall sei der Vergessenheit entziehen. In Braunschweig hatte der Uebertritt von einem Vergnügen zur Gründung eines Fahnenfonds geführt. Durch freiwillige Zuwendungen hatte sich der Fonds merklich erhöht. Eines Tages schritt die Kommission, die den Fonds verwaltete, zur Anschaffung einer Fahne, ohne die Zustimmung der Ortsverwaltung oder einer Mitgliederversammlung eingeholen. Das hatte heftige Auseinandersetzungen in der nächsten Versammlung zur Folge. Zwei beinahe gleich große Parteien kämpften für und gegen die Fahne, bis ein Vermittlungsvorschlag, der das vorzeitige Vorgehen der Fahnenkommission tadelte, aber die Fahne als Eigentum der Zahlstelle anerkannt wissen wollte, Annahme fand. Aber so rasch ging die Abklärung der Gemüter doch nicht vonstatten. Von rechts rief eine helle Stimme: „Holt je rinter, wie schöne Fahne, entfaltet muß je wer'n!“ „Dal mit den Loppappen!“ erscholl es von der andern Seite.

Die Fahne wurde zwar nicht mehr an diesem Abend, aber später entfaltet und wird den Braunschweiger Kollegen und Kolleginnen noch lange als ein Symbol der Einigkeit voranstrahlen.

War der Weg der Organisation auch ein beschwerlicher, unter den Dornen sprang auch manches Blümchen. Manche Widerwärtigkeiten, mancher Verdruß, den die Organisationsarbeit mit sich brachte, wurde durch die Erfolge, durch das Zusammenwirken und den Umgang mit prächtigen, sonnigen Menschen mehr als ausgeglichen. Und so wollen wir heute am Jubiläumstage des Verbandes die Blide schmeißen lassen über Dornen hinweg auf die Blumen, die am Wege blühen. Trotz der niederdrückenden Begleiterseignungen des Weltkrieges wollen wir hoffnungsvoll in die Zukunft schauen und der Kultur auch fernerhin die Bahn ebnen.

Die Organisation der ungelerten Arbeiter.

Von Anton Schrammel, Wien.

Unsere Bruderorganisation in Deutschland feiert in dieser schweren Zeit des Krieges ihren 25jährigen Bestand, und jeder ziel- und klassenbewußte Arbeiter aller Staaten wird diese Jubelfeier mit besonderer Freude begrüßen; handelt es sich doch um eine Organisation, die sich aus ungelerten Arbeitern zusammensetzt, das heißt aus Arbeitern, die von frühester Jugend in die Fabrik gehen müssen, um zur Ernährung der Familie einen Beitrag zu leisten. Diese jugendlichen Arbeiter erlernen keinen bestimmten Beruf und behalten den Titel Hilfsarbeiter, wenn sie auch durch Jahre in einem und demselben Betrieb arbeiten und sich Arbeiten angeeignet haben, die nicht jedermann verrichten kann. Es sind dies vor allem Arbeiter, die in den chemischen Fabriken, Gummi-, Papier- und Zuckerraffinerien geleistet werden müssen und die große Umsicht und Gewissenhaftigkeit erfordern.

Um diese nach Millionen zählenden ungelerten Arbeiter, die in den angeführten Industrien beschäftigt sind, hat sich vor 25 Jahren niemand von denen gekümmert, die sich damals die Aufgabe gestellt haben, eine gewerkschaftliche Organisation unter den ungelerten Arbeitern der Metall-, Holz-, graphischen Industrien u. a. m. zu schaffen. Man hat es vielfach sogar vermieden, die in diesen Industriezweigen beschäftigten Hilfsarbeiter in die Organisation mit einzubeziehen, denn die gelernten Arbeiter bildeten die sogenannte Elite der Arbeiterschaft und wollten mit den Ungelernten nicht auf eine Stufe gestellt werden.

Diese Absonderung der ungelerten Arbeiter von den ungelerten war auch den Unternehmern willkommen, denn sie bewerkstelligte die Arbeitsleistung der Hilfsarbeiter. Und wenn sie durch die Organisation gezwungen waren, die Arbeitslöhne zu erhöhen, dann erhöhten sie diese nur in jenen Betrieben, wo gelehrte Arbeiter in Betracht kamen. Für die Hilfsarbeiter blieb der ortsübliche Tagelohn, der oft nicht einmal ausreichte, um sich mit Brot satt essen zu können.

Unter diesen traurigen Arbeits- und Lohnverhältnissen hatten vor allem die Arbeiter in den Betrieben der chemischen, Papier-, Gummi- und Zuckerraffinerie zu leiden, wo mit Ausnahme einiger Maschinenisten, Heizer, Metall- und Holzarbeiter und Maurer durchwegs ungelernete Arbeiter beschäftigt wurden. In diesen Industriezweigen sind Hunderttausende von Arbeitern beschäftigt, die bei langer Arbeitszeit in Tag- und Nachtschichten schwere und äußerst gefährliche, aber auch sehr gesundheitschädliche Arbeit zu leisten haben. Diese Arbeiter in erster Linie zu organisieren und sie zu klassenbewußten Arbeitern heranzubilden, damit sie an der Befreiung des Proletariats teilnehmen und mithelfen, um kulturelle Zustände innerhalb der heutigen gesellschaftlichen Einrichtung zu erringen, war die Aufgabe der Gründer des Fabrikarbeiterverbandes in Deutschland. Und wie haben diese Genossen, denen auch wir organisierte Arbeiter der chemischen, Gummi- und Papierindustrie Oesterreichs zum Dank verpflichtet sind, ihre Aufgabe gelöst? Dieser vor 25 Jahren gegründete Fabrikarbeiterverband, der damals nur einige hundert Mitglieder zählte, ist heute eine der größten Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands.

Was diese Organisation zu leisten imstande ist, zeigt sich besonders auch an den Unterstützungen, die sie während des Krieges an ihre Mitglieder geleistet hat und die mehr als 1 1/2 Millionen Mark betragen. Es ist aber außer allem Zweifel, daß diese Kulturarbeit, die der Fabrikarbeiterverband betreffs der Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse und der Hebung des Klassenbewußtseins und des Solidaritätsgefühls unter den Hilfsarbeitern leistete, auch auf die gelernten Arbeiter einen tiefen Eindruck machte und diese zur energischen Betätigung innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation anspornte und zu der Ueberzeugung bringen mußte, daß es einen Unterschied zwischen gelehrten und ungelerten Arbeitern nicht geben darf, weil beide

nur dann ein menschenwürdiges Dasein erlangen können, wenn sie gemeinsam ihr Ziel ohne jede Voreingenommenheit zu erreichen suchen.

Mit dem Aufzwingen der Erkenntnis unter den gelehrten Arbeitern, nicht mehr zu sein als die ungelerten Arbeiter, ist der Arbeiterbewegung ein großer Dienst erwiesen worden, der nicht genug hervorgehoben werden kann. Es wäre nur noch zu wünschen, daß der Ueberrest vergangener Anschauungen, welche die Form der gewerkschaftlichen Organisation betreffen, baldigt beseitigt und an Stelle der heute noch bestehenden reinen Berufsorganisationen die Betriebsorganisation durchgeführt würde.

Aber nicht nur diese, nur im allgemeinen gestreift moralischen und materiellen Erfolge hat der Fabrikarbeiterverband Deutschlands seit seinem Bestehen aufzuweisen, sondern noch jenen Erfolg, für den ihm die Arbeiter der chemischen Industrie aller Staaten und Nationen dankbar sind, und der ist, daß er die Regierungen und parlamentarischen Körperschaften sowie die zuständigen Behörden auf die furchtbaren Verunsicherungen aufmerksam gemacht hat, unter denen die Arbeiter dieser Industrie zu leiden haben, und die Wege gezeigt hat, wie diese entsetzlichen Krankheiten hintangehalten werden können. Wer das vom Fabrikarbeiterverband herausgegebene und vom Genossen Schneider verfaßte Buch über die „Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie“ gelesen und die auf dem letzten Verbandstag in Mannheim-Stuttgart ausgestellten Bilder und plastisch dargestellten Körperleiden und Gliedmaßen der in den chemischen Fabriken an Verunsicherungen erkrankten Arbeiter gesehen hat, der wird sich einen Begriff davon machen können, welche Kulturarbeit dieser Fabrikarbeiterverband geleistet hat und noch zu leisten imstande ist.

Diese kolossalen Leistungen auf allen Gebieten der Vertretung der Arbeiterinteressen übten seit jeher einen großen moralischen Einfluß auf die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter dieser Industriezweige in den übrigen Staaten und insbesondere auf jene der skandinavischen Länder, Norwegen, Schweden und Dänemark, sowie auf uns Oesterreicher aus. Mit wahrer Bewunderung und Freude haben wir diese Fortschritte und Erfolge unserer deutschen Bruderorganisation begrüßt und uns bemüht, ihr nachzuahmen, um in brüderlicher Gemeinschaft die Forderung nach menschenwürdigen Arbeits- und Lohnverhältnissen international anzustreben. Jeder kulturelle Erfolg unserer deutschen Kollegen war für die organisierten Arbeiter der in Betracht kommenden Industrien bei uns eine ernste Mahnung, vorwärts zu streben und daselbe zu erreichen, was unsere Brüder im Deutschen Reich erlangt haben. Es war für uns eine Genugtuung, als wir so stark geworden, um mit ihnen ein Vertragsverhältnis eingehen zu können, das nicht nur für unsere Mitglieder vom großen Vorteil ist, sondern das auch das Band der internationalen Solidarität um die Organisationen geschlossen hat, ohne das eine gewerkschaftliche Organisation nicht erfolgreich kämpfen kann.

In Deutschland arbeiten viele oesterreichische Arbeiter unserer Industriezweige, welchen die Errungenschaften der Organisation große Vorteile bringen und die den Wert derselben hundertfach kennen gelernt haben. Diese Genossen sind es auch, die, wenn sie nach Oesterreich zurückkehren, die Kenntnisse, die sie sich in Deutschland erworben, hier verwerten und so den Samen der Erkenntnis in die Massen streuen. Andererseits sind die Genossen Deutschlands an den oesterreichischen Grenzgebieten bestrebt, uns in der Agitation zu unterstützen, indem sie auf Wunsch in unseren Ortsgruppen Vorträge über den Wert der Organisation halten und so den Geist der Zusammengehörigkeit fördern und es durch ihre Aufklärungsarbeit den Unternehmern Deutschlands unmöglich machen, billige Arbeitskräfte aus Oesterreich zu beziehen.

Dieses innige freundschaftliche Verhältnis zwischen diesen beiden Organisationen wird und muß auch in Zukunft bestehen. Die technischen Fortschritte, die Entwicklung der Industrie und des Gewerbes in Deutschland sowohl als in Oesterreich werden es mit sich bringen, daß sich die Zahl der ungelerten Arbeiter von Jahr zu Jahr vergrößert. Viele Unternehmer Deutschlands besitzen seit vielen Jahren Fabriken in Oesterreich oder sind Teilhaber großer Unternehmungen. Umgekehrt sind oesterreichische Unternehmer an deutschen Unternehmungen stark interessiert. Diese innige geschäftliche Verbindung des Handels und Verkehrs, die wir nur begrüßen können, wird immer fester werden, und insbesondere wird der gegenwärtige furchtbare Weltkrieg, der soviel an Gut und Blut der Völker kostet, diese Verbindung noch befestigen. Die Kapitalisten werden sich nach dem Krieg noch enger zusammenschließen und nicht nur gute Geschäfte zu machen trachten, sondern sich auch darüber einigen, daß die Arbeitslöhne und die Arbeitszeit den Geldsack nicht zu sehr belasten. Der heute vielgerühmte Burgfriede wird verschwinden, und die kapitalistische Profitgier wird die Arbeiter zur Ueberzeugung bringen, daß sich im Kapitalistenstaat gar nichts geändert hat, daß die Herrschaft der bestehenden Klasse weiterbesteht und die Arbeiterklasse ebenso wie vor dem Krieg den Klassenkampf führen muß, wenn sie für sich ein menschenwürdiges Dasein und jene Gleichberechtigung erlangen will, die ihr auf dem Schlachtfeld zuteil wurde.

Man braucht daher nicht lange über das nachdenken, was wir nach dem Krieg zu tun haben, um die Interessen des arbeitenden Volkes mit unseren Organisationen erfolgreich zu vertreten. Die organisierten Arbeiter werden sich noch mehr als bisher bemühen müssen, ihre so mühsam aufgebauten und mit so schweren Opfern gegründeten Organisationen auszubauen und ihnen durch eine andauernde und kräftige Agitation jene Zahl der Mitglieder zuzuführen, die sie haben müssen, um nicht nur dasjenige aufrechtzuerhalten, was durch die Jahrzehnte errungen wurde, sondern jenen Anteil des Errungenen zu bekommen, der ihnen für ihr tapferes und heldenmütiges Benehmen auf dem Schlachtfeld und zu Hause gebührt.

Aber diese Agitation für unsere Organisationen darf nicht auf einen Staat beschränkt bleiben, sondern sie muß überall und in allen Staaten mit doppelt so Eifer betrieben werden, damit die Stärke der Organisation dem Verhältnis der beschäftigten Arbeiter in den in Betracht kommenden Industrien entspricht. Und wir können überzeugt sein, daß auch nach dem Krieg die in unserer Bruderorganisation in Deutschland organisierten Genossen uns allen mit gutem Beispiel vorangehen werden, so wie es in den letzten 25 Jahren der Fall war. Unsere Brüder in Deutschland werden, wie bisher, die internationale Zusammengehörigkeit pflegen und den Beweis erbringen, daß der Weltkrieg an dem internationalen Charakter ihrer so mühsam und im Interesse des Proletariats aufgebauten Gewerkschaftsorganisationen nichts geändert hat, und wir alle werden ihrem Beispiel folgen und auch in Zukunft die internationale Gewerkschaftsbewegung hochhalten.

Deshalb begrüßen wir unsere Freunde im deutschen Fabrikarbeiterverband, der uns stets ein Vorbild gewesen, zu ihrem fünf- und zwanzigjährigen Jubelfest, das sie im Zeichen des Weltkrieges begehen, und hoffen, daß wir in dem nächsten Vierteljahrhundert unserm Ziel um ein großes Stück nähergerückt sind und daß jene Proletarier, die heute gegen ihren Willen sich feindselig gegenübersehen, endlich vereinigt sind, um den Klassenkampf geschlossen und siegreich im Interesse des Proletariats aller Länder zu führen.

Erinnerungen an das sächsische „Juwel“.

Zur Gegenfah zur politischen Organisation, die in Sachsen schon sehr zeitig in Fluß kam und trotz der vorhandenen Hindernisse erfolgreich vorwärts die Arbeitererschaft zusammenzuführen, fand die gewerkschaftliche Bewegung hier erst recht spät Eingang. Besonders spät der Verband der Fabrikarbeiter, dessen erste Zahlstellen im Jahre 1897 (in Dresden und Leipzig) gegründet wurden.

Vom Tage der Gründung an hatte der Verband mit der Gegnerschaft der Polizei zu rechnen. Deren Kampfmittel waren so mannigfaltig und oft so knifflig, daß die Gewerkschaften alle Mühe hatten, sich dagegen zu behaupten. Aber wie immer und überall paßten sich die mit solchen Mitteln bekämpften Arbeiter der Kampfart bald und erfolgreich an. Die Entwicklung zum Zusammenschluß in gewerkschaftlichen Verbänden, deren Nutzen heute von Freund und Feind anerkannt wird, ließ sich auch in Sachsen nicht aufhalten.

Die Anpassung erfolgte in verschiedenster Weise, hier mit List und da mit Troß, meist mit jenem Humor, der sich überall da einstellt, wo eine große Sache gegen einen kleinen Gegner vertreten wird und ohne den die vielen Schereien schwerer zu ertragen gewesen wären. Es ist heute, wo diese Dinge hoffentlich für immer hinter uns liegen, vielleicht nicht ohne Reiz, aus den damaligen Kämpfen mit der Polizei und den Behörden einiges in Erinnerung zu rufen.

Solange das Verbindungsverbot bestand, war die Gründung einer Zahlstelle in Sachsen überhaupt nicht möglich. Jede Zahlstelle wurde nämlich als selbständiger politischer Verein angesehen, und diese „Vereine“ durften bei Vermeidung von Strafe nicht untereinander in Verbindung treten, also auch nicht mit dem Vorstand geschäftlich verkehren. Festlag gab es keine Zahlstelle und keine Verwaltung, aber dafür „Eingeladene“, die sich drei oder noch mehr „Vertrauensmänner“ wählten, die dann in gleicher Weise die Geschäfte erledigten wie Zahlstellenleitungen.

Nach der 1899 erfolgten Aufhebung des Verbindungsverbots behielt man an vielen Orten vorzichtigerweise den ganz gut bewährten Vertrauensmännerapparat bei. Wie sich bald herausstellte, nicht ohne gute Gründe. Die Zahlstelle Weissen wurde z. B. bald geschlossen, wenn sie sich nicht endlosen Schereien und noch schlimmeren Aussehen wollte, sich aufzulösen und wieder eine Eingeladene-Gesellschaft mit Vertrauensmännern zu errichten. Schlechter gefahren ist Weissen damit allerdings auch nicht, es gehört im Gegenteil zu einem der am besten organisierten Verbände.

Kaum war eine Zahlstelle gegründet und die Verbandsarbeit in Angriff genommen, so begannen auch schon die polizeilichen Verbote, Auflösungen und Ueberwachungen. Nicht nur Versammlungen und Besprechungen, sondern auch viele gesellschaftliche Veranstaltungen wurden davon betroffen. Um Gründe war die Polizei nie verlegen, an Auswegen fehlte es aber auch den Verfolgten nie. Verbot man dem Verband die Ab-

haltung einer Festlichkeit, so genehmigte man sie schließlich dem Gesellschaftsverein „Zimmergrün“, „Rautenkranz“ oder „Saxonia“, auch wenn der Verein am Schluß des Festes seine Tätigkeit wieder einstellen und — seine Mitgliederliste mit der des Verbandes in auffälliger Weise übereinstimmte.

Unvergleichlich viel Eifer entwickelte die sächsische Polizei in dem Bestreben, alle Zusammenkünfte der organisierten Arbeiter sorgfältig zu überwachen, auch wenn sie geleglich einer Ueberwachung gar nicht unterworfen waren. Ueberwacht wurden deshalb nicht nur alle Festlichkeiten, Ausflüge, die öffentlichen Verbände- und Mitgliederversammlungen, sondern an vielen Orten auch Betriebsversammlungen und Besprechungen. Und manche Strafverfügung ist verhängt worden, weil solche Besprechungen nicht angemeldet wurden. Neben einigen erfolgreichen Verurteilungen sind dabei auch richterliche Befristungen dieser Strafen zu verzeichnen. Gar manche Versammlung, die abgehalten wurde, um eine Forderung an den Unternehmer vorzubereiten, wurde, oft sogar auf Veranlassung des Unternehmers, mit der Gegenwart mehrerer Staatsbeamter beglückt.

Oft war dieser Ueberwachungsdiens für die Beamten ein anstrengender Straßendienst. Bei vielen war die erste Frage: Hoffentlich dauerts nicht so lange! Die Erfüllung dieser Schutzaufgabe wurde gar bald ein Gegenmittel gegen Uebergriffe der Beamten. Wer uns schikanieren wollte, mußte eben auch warten, bis die Einberufer Lust zum Feierabend hatten. Und wer aus Ueberzeigung in unsre Besprechungen kam, in denen wirklich nichts Staatsgefährliches geschah, der mußte dann auch damit rechnen, recht lange dableiben zu müssen. Gar mancher hat dann viele Stunden sitzen und warten müssen, weil es der Veranlasser nun gar so gut in dieser Versammlung gefiel. Manche Zusammenkunft, die programmgemäß vielleicht in einer Stunde hätte beendet werden können, wurde — aus Höflichkeit gegen den Besuch — aus vier und mehr Stunden verlängert.

Mancher Kollege, der sonst ein Schmerzkind der Versammlung war, weil er immer noch etwas seiner Meinung nach Wichtiges und Neues vorzubringen hatte, erfüllte bei solchen Zusammenkünften seine Pflicht, den oder die Gendarmen zu unterhalten, glänzend. Und manch anderer hat das noch gelernt, als sich die Höflichkeit herausstellte. Mancher einer hat den Gesprächsstoff an den Paaren herbeiziehen müssen, der Zweck ist aber doch erreicht worden.

Recht erheitern die Episoden spielten sich zuweilen ab, wenn die Versammlung zu der Zeit, die als Beginn angemeldet war und zu der die Erschließung von den Beamten gefordert werden konnte, noch nicht genügend besucht oder der befestigte Referent noch nicht erschienen war. Mancher Beamte war dann entgegenkommend genug, in eine Verschiebung der Erschließung einzuwilligen, ging wohl auch noch einmal fort, mancher spielte sich aber auch recht gewichtig auf und verlangte unter Verweisung auf das Gesetz die pünktliche Erschließung. Nun, dann wurde sie eben eröffnet. Feiertlich und ernst geschah das. Kaum war jedoch der Einberufer mit seiner Erschließungsrede fertig — und mancher

hat diese länger gehalten als dem Ueberwachenden lieb war —, dann scholl es schon aus der bewußten Oppositionsdecke: Bitte ums Wort zur Geschäftsordnung! Na, selbstverständlich, Müller hat das Wort! Müller beantragt erstens Dureauwahl und begründet das mit einer seltenen Ausdauer und Zungenfertigkeit. Da das stehender Brauch war, ließ es auf keinen Widerspruch, jedoch wurde von andern, ebenfalls oppositionellen Kollegen schriftliche Abstimmung verlangt, ausgedrückt begründet und natürlich auch vorgenommen. Sie dauerte lange und brachte in die zuvor noch eilige Versammlung schon einige wichtige oder doch wenigstens wichtige Bemerkungen. Die erste Viertelstunde nicht bewilligter Beratung war dann verstrichen. War die Versammlung noch nicht erfüllt oder der Referent noch nicht erschienen, so begann nun der schwerer Akt für das so äußerst wichtige Amt des Vorsitzenden, den rechten Mann zu finden. Als zunächst Vorschläge. Kaum waren solche gemacht, so kam, diesmal vom Kollegen Meyer, der Antrag, über die Vorschläge schriftlich und geheim abzustimmen. Der Antrag wurde mit so viel Gewandtheit, Ausdauer und Ueberzeugungsstärke begründet, daß sich kein Teilnehmer der Versammlung dagegen wenden und wehren konnte. Aber man hörte! Die Woge werden immer hebrer und deutlicher. Endlich gelingt es dem zweifellohen Gesicht des Einberufers, die zehn Minuten dauernde Debatte zu beenden und die beschlossene geheime Abstimmung vorzunehmen. Da die Wahl, wenn die gewünschte Teilnehmerzahl bei der sprichwörtlichen Unpünktlichkeit der Versammlungsbesucher noch immer nicht den Anforderungen genügte, mindestens dreimal wiederholt werden konnte, verging die gewünschte und nicht „erlaubte“ Beratungszeit oft schneller, als dem Ueberwachenden lieb war. Und genügte die Zeit immer noch nicht, dann gab es auch schon einen Protest gegen die Wahl, die dann von vorn begonnen werden mußte.

In den meisten Fällen war der Erfolg denn auch der gewünschte. Referent oder unratliche Versammlungsteilnehmer waren dann endlich da. Also ging es nun ins Feuer. Und weil der Herr Gendarm nun doch so große Eile hatte, dauerte auch die unvermeidliche Ansprache, genannt „Diskussion“ oder „Debatte“, über den Vortrag oder aber die Punkte: Vergegenwärtigen, Gewerkschaftliches usw. um so länger, je über-eifriger der Beamte sich gezeigt hatte. In vielen Fällen hat dies Mittel erfolgreiches Entgegenkommen der Beamten für die Zukunft gezeigt, worauf dann beiden Seiten geachtet war.

Alles in allem haben die Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten der Tätigkeit der gewerkschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen, genossenschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter in Sachsen mehr gehindert als gehemmt. Sie waren ein Teil der Kraft, die dieses will und Gutes schafft. Die Entwicklung unseres Verbandes in Sachsen ist dafür ein sprechender Beweis. Allen Schikanen und Bemühungen zum Troß hatten wir im Königreich Sachsen noch zehnjähriger Tätigkeit (Ende 1907) in 53 Zahlstellen 18236 und wieder sechs Jahre später schon 30777 Mitglieder. Der Krieg wird ohne Frage unser Fortschreiten hemmen, aber dauernd aufhalten wird auch er uns nicht.

Der Anfang in Harburg.

Ein Vierteljahrhundert Organisationsarbeit ist zwar in der Geschichte nur eine kurze Zeit, aber für den Verband reich an Erfahrungen. Es ist ein erhebendes Moment, die Ereignisse seit Gründung des Verbandes sich noch einmal ins Gedächtnis zurückzurufen.

Die industrielle Entwicklung hatte Ende der siebziger Jahre auch in Harburg einen guten Aufschwung genommen. Neben der bedeutenden chemischen Industrie wurde in den letzten Jahren eine mächtige Delindustrialie geschaffen, so daß Harburg heute die größte Delindustrialie von allen Städten Europas in seinen Mauern birgt.

Die Anfänge der Arbeiterbewegung waren schon unter dem Sozialistengesetz vorhanden. Verschiedene Genossen, die aus Hamburg ausgewiesen waren, darunter auch Uner, kamen nach Harburg und entfalteten auf politischem Gebiete eine eifrige Agitation.

Man hatte bald erkannt, daß eine Organisation auf lokaler Grundlage dem Unternehmertum nicht machtlos genug gegenüberstehen konnte. Dann kam zur rechten Zeit der Aufruf zu einem Kongreß der nicht-gewerblichen Arbeiter in Hannover zur Gründung einer Zentralorganisation.

Zeit der Gründung des Zentralverbandes gehörten der Harburger Zahlstelle heute noch 32 Kollegen an. In Ehren dieser Kollegen fand am 12. November 1912 an dem 25jährigen Gründungstage des Zentralverbandes eine Feier statt, zu der sämtliche 32 Jubilare erschienen waren.

Nach der Gründung des Zentralverbandes wurde die Agitation überall eifrig fortgesetzt. Die Arbeit war anfangs sehr schwierig und daher auch nur ein ganz geringer Erfolg zu verzeichnen.

Der große Bedeutung für die Entwicklung unserer Organisation war der erste Verbandstag in Braunschweig. Hier wurden die wichtigsten Punkte der Tagesordnung festgelegt. Persönlich möchte ich wohl sagen, daß wir kein Verbandstag in so lebhafter Erinnerung gelassen haben.

könnten. Nach einer kurzen Pause machte Niedrich-Mainz uns den Vorwurf, daß wir eine Dummheit beschlossen hätten. Das Organ würde große Unkosten erfordern, und wir seien nicht in der Lage, diese zu tragen.

Der dritte Verbandstag fand 1896 in Harburg statt. Unse Zahlstelle war gerade aufgelöst, durfte also offiziell nicht existieren. Trotzdem herrschte unter der Mitgliedschaft helle Begeisterung.

In der Periode nach dem Harburger Verbandstag setzte ein mächtiger Aufschwung des Verbandes ein. Auf dem Kasseler Verbandstage konnten wir 156 Zahlstellen und 14 600 Mitglieder müßern. Auf diesem Verbandstage beschäftigten wir uns zum ersten Male mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Der Verband hat seine Feuerprobe bestanden und wird weiteren Stürmen standhalten. Unermeßlich sind die Vorteile, welche durch die Organisation erreicht worden sind, und wenn wir in demselben Geiste weiter wirken, wird der Verband auch nach die 1. furchtbaren Wälderzungen gerührt bestehen.

Es ist die Zeit ein großer Fluß, Wir sitzen an dem Strande, Und was uns Freude bringen muß, Liegt drüben auf dem Lande.

Heinrich Martens (Harburg).

Erinnerungen.

Eine der ersten Arbeiten, die ich als organisierter Arbeiter zu leisten hatte, war Postenstellen vor einem Lokal, in welchem Arbeiter ihre geheimen Zusammenkünfte hatten.

Die erste Versammlung, in welcher Frohne (Hamburg) sprechen sollte, wurde verboten, weil Frohne Sozialdemokrat war. Einige recht kräftige Kollegen waren der Ansicht, man müsse dem anwesenden Leiter der Polizei eigenhändig beibringen, daß er uns unrecht behandle.

Der Gründungskongreß hatte reichlich Arbeit angewiesen: er verlangte umbelegte Eintritt für Erringung eines Regionalarbeitstages. Die Arbeitszeit betrug 10-12, in den Konjunkturlagen gar 14 bis 18 Stunden.

Durch den Verband bewirkt, übertrugen die ungelerten Arbeiter ein Gefühl der Erhöhung der Löhne und Regelung der Arbeitszeit an den Vorsteher des großen Holzfabrikanten (nicht in München!). Es erfolgte keine Antwort. Das Ehrgefühl selbst kam später durch einen Freund in unsere Hände zurück, einige Namen waren mit Blauschwarz unterstrichen.

Man war ganz Ratlos. Wir wandten uns an die örtliche Generalkommission (jetzt Gewerkschaftsamt). Eine Volksversammlung beschloß den Boykott. Die Arbeit, den Boykott wirksam zu gestalten, überließ man uns, — aber er wirkte. Das Karzell erhielt folgenden Brief:

Ein kleines Jahr war vergangen, als eines Tages der Braumeister sehr angegriffen mit beschworenen Aug in tiefen Arbeitskeller erschien und mir erklärte, ich sei entlassen. Ich sollte Agitation im Betriebe betreiben haben. Ich wuschige Beweise und erwarf folgendes: Lieber dem Arbeiterstand bedarf es ein großer Vorstoß, durch diesen sollte vom Keller aus ein Aufbruch sein; an diesen hatte sich der Herr in höchstgeuer Person aus Harburg niedergelassen.

Der Portier wollte wissen, in welcher Sache wir den Direktor zu sprechen wünschten. Unse Antwort war: „Eine höchwichtige Angelegenheit, für die Fabrik von größtem Interesse, aber nur die Direktion könne die Sache vorgebracht werden, auch unsere Namen könnten wir nur dieser bekanntgeben.“

Der „Einbruch“ war geclückt. Nun aber hieß es, möglichst viel Werte zu machen. Nächste verschiedene Wünsche wurden begründet. Als wir sagten, bis auf einige seien alle in der Fabrik beschäftigten Arbeiter organisiert, war der Direktor recht misstrauisch, als ob er's nicht glaubte.

Sehr schwer war in den ersten Jahren die Schaffung eines stabilen Mitgliederbestandes. Gleichgültig, interesselos, mürrisch die Tagesfragen abgelenkt, waren die einzelnen Arbeiter nur schwer für den Verband zu gewinnen und noch schwerer in ihm zu halten.

Im 1. Januar 1897 hatten wir 82 Mitglieder, durch Haus- und Werkstattagitation holten wir 270 dazu. In dem Kartellbericht von 1899 wurde von uns gesagt, und der „Proletarier“ drückte es ab: „Eine musterhafte Mühseligkeit für die Ausbreitung der Organisation entfaltete im letzten Jahre der Verband obengenannter Arbeiter, der sich seine Mühe verbrieft hat, unter die gewaltige Zahl der ungelerten Arbeiter den Samen der Organisation auszustreuen.“

Der Verband kam mit dem Resultat zufrieden sein. In einer am 22. November abgehaltenen Versammlung, die von circa 1000 Personen besucht war, ließen sich allein 103 Arbeiter als Mitglieder des Verbandes einschreiben.

Die im hiesigen Konsumverein beschäftigten Kollegen haben bei dieser Agitation ein gutes Stück Arbeit geleistet. Wer von ihnen nicht im Gewerbe-Ordnungsamt war, war als Hilfsarbeiter tätig. Das Wort „Konsumbrüder“, das damals geprägt wurde, hatte seine Berechtigung.

Ein kurzes Wort noch über unsere Zukunft. Die Handhaben zur Organisierung der Gewerkschaften sind der Polizei eine noch der andern entwandten worden. Das Sozialistengesetz ist gefallen, die Verfassung, ähnliche Gesetze zu schaffen, sind verhindert. Die bunte Musterkarte der einzelnen Vereinsgesetze ist beseitigt. Wir haben ein Reichsbereinsgesetz, das uns zwar allen nicht gefällt, aber doch gegen früher einen Fortschritt bedeutet.

Die im hiesigen Konsumverein beschäftigten Kollegen haben bei dieser Agitation ein gutes Stück Arbeit geleistet. Wer von ihnen nicht im Gewerbe-Ordnungsamt war, war als Hilfsarbeiter tätig. Das Wort „Konsumbrüder“, das damals geprägt wurde, hatte seine Berechtigung.

Die im hiesigen Konsumverein beschäftigten Kollegen haben bei dieser Agitation ein gutes Stück Arbeit geleistet. Wer von ihnen nicht im Gewerbe-Ordnungsamt war, war als Hilfsarbeiter tätig. Das Wort „Konsumbrüder“, das damals geprägt wurde, hatte seine Berechtigung.

Verbandsnachrichten.

Am 15. Juni an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Frankfurt a. d. O. 69,73. Jena 7,—. Pommern 400,—. Müßberg a. d. O. 10,08. Plauen i. V. 8,—. Eintracht 15,—. Würzen 31,—. Dauben 19,80. Harburg 13,—. Baireuth 7,—. Neustadt (O.-Schl.) 7,56. Frankfurt a. M. 7,—.

Am Versammlungsbeiträgen gingen ein: Darnen 6,95. Müßberg 1,25. Bergedorf 49,45. Döbeln 2,05. Baireuth 6,65. Annaburg 3,—. Dorn 1,90. Dauben 1,—. Wüggow —,80. Frankfurt a. d. O. 4,20. Schlus: Freitag, den 18. Juni, mittags 12 Uhr.

Statistik - Gelbe Karten. Am Schluß des Monats Juni sind die gelben Berichtskarten einzusenden. Als Stichtag zur Feststellung der Anzahl der Arbeitslosen am Ort und auf der Reise (Spalte 3 und 4) gilt der 26. Juni.

Bei Angabe der Mitgliederzahl dürfen nur die wirklich vorhandenen Mitglieder gezählt werden, also nicht auch die zum Heere eingezogenen, die als abgemeldet gelten.

Von unsern Vorläufern.

Die hoffnungsvollen Ansätze einer selbständigen Arbeiterbewegung, die sich im Revolutionsjahr 1848 unter dem Banner der Arbeiterverbände bildeten, wurden durch den bald danach einsetzenden Sturm der Reaktion weggesegt. Am 13. Juli 1854 der Bundestag beschloß, in allen deutschen Staaten alle sozialistischen Vereinigungen, Arbeiterverbände usw. zu verbieten, waren nur noch einige kümmerliche Reste der einst so lebensvollen Bewegung vorhanden. Ein volles Jahrzehnt herrschte in der deutschen Arbeiterschaft die Ruhe des Friedhofs. Erst der wirtschaftliche Aufschwung, der Ende der fünfziger Jahre einsetzte, rüttelte die Arbeiter wieder auf. Der Bildung von Berufsverbänden mit wirtschaftlichen Zwecken standen jedoch die in fast allen deutschen Staaten bestehenden Koalitionsverbote entgegen. Im Wirbel des Revolutionsjahres hatte man sich darüber hinweggesetzt; das war zehn Jahre später nicht mehr durchführbar. So gründeten die Arbeiter zunächst Bildungsvereine und Unterstützungsvereine.

Sehr bald wurden die Ziele weiter gesteckt. Im Oktober 1862 wurden in Berlin und Leipzig Komitees eingesetzt zur Vorbereitung eines allgemeinen Arbeiterkongresses. Das Leipziger Komitee suchte und fand die Hilfe Ferdinand Lassalles. In seinem „Offenen Antwortschreiben“ formulierte dieser die Ziele und Aufgaben einer Arbeitervereinigung. Im Mai 1863 fand der geplante Kongreß statt. Er führte zur Gründung des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“, der ersten selbständigen politischen Organisation der Arbeiterklasse.

Die Gründung erfolgte keineswegs einmütig und ohne Widerspruch. Eine Minderheit der vertretenen Arbeitervereinigungen war gegen die Gründung einer selbständigen politischen Arbeiterpartei und gegen das von Lassalle entworfene Programm. Ein Teil dieser Minderheit trat zu einem „Verband deutscher Arbeitervereine“ zusammen, der politisch zunächst im Fahrwasser der bürgerlichen Opposition, der sogenannten Fortschrittspartei, blieb.

Die erste Voraussetzung für eine fruchtbringende Tätigkeit auch auf wirtschaftlichem Gebiete war die Aufhebung der bestehenden Koalitionsverbote. Diese erfolgte für den größten Teil Deutschlands im Jahre 1869 durch Einführung der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund. Schon im August des Jahres 1868, also bevor noch die Koalitionsverbote formell gefallen waren, beschäftigte sich die Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins mit einem von Braunschweiger Mitgliedern gestellten Antrage, der den Verein beauftragte, „die Arbeitseinstellungen in Deutschland zu organisieren“. Dieser in der Form unbescholtene Antrag wurde auf dem Kongreß dahin geändert, daß der Vereinspräsident beauftragt werden solle, „einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß zur Begründung von allgemeinen Gewerkschaften zu berufen“. Eine Mehrheit fand auch dieser Antrag nicht. Jedoch gaben nach der Ablehnung der Präsident v. Schweiger und der Delegierte Frischi die Erklärung ab, daß sie einen solchen Kongreß nunmehr in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete (beide waren 1867 in den Norddeutschen Bundestag gewählt worden) einberufen würden.

Der angekündigte Kongreß fand am 27. September 1868 in Berlin statt. Er war von 206 Delegierten aus 110 Orten besucht, die 142 000 Arbeiter vertraten. Unter den Vertretern befanden sich viele Gruppen ungelerner Arbeiter. Zahlreiche Delegierte führten „Fabrikarbeiter“, „Handarbeiter“ oder auch einfach „Arbeiter“ als Berufszweige, die sie vertraten oder mitvertraten, an. Nähere Angaben über die vertretenen Gruppen ungelerner Arbeiter macht nur York (Hamburg), der 46 Fabrikarbeiter, 550 Del- und sonstige Arbeiter, darunter 50 Summiarbeiter, gefordert anführte. Wie über die berufliche Gliederung, stehen auch Angaben darüber, wieviel von den vertretenen ungelerten Arbeitern schon bestehenden lokalen Fachvereinen angehörten. Die Delegationen erfolgten in der Regel in öffentlichen Versammlungen der einzelnen Gewerkschaften, und die Versammlungsbesucher galten als Auftragsgeber. Die angegebenen Zahlen bilden also nur einen Gradmesser für das Interesse der Arbeiter, sagen jedoch wenig darüber, ob und wo schon Ansätze zu einer Organisation vorhanden waren.

Über den Gang der Verhandlungen des Kongresses kann in diesem Zusammenhange nicht berichtet werden. Hier genügt die Feststellung, daß der Kongreß sich mit der Gründung von Gewerkschaften einverstanden erklärte. Die Einberufer unterbreiteten dem Kongreß sofort einen Vorschlag über die Bildung und Abgrenzung der einzelnen Gewerkschaftsgruppen. Es sollten zunächst 33 Berufsgruppen gebildet werden. Die fünfte Gruppe sollte die „Arbeiter aus Farben-, Drogen-, Soda-, Säure- und Düngemittel-, Salinen-, Gaswerten, Petroleum- und Paraffin-, Lichtzereien, Zuderfabriken und Papierfabriken“ umfassen. Die Handarbeiter und ländlichen Dienstboten sollten eine Gruppe für sich bilden. Der Vorschlag der Kongreßleitung erwies sich als nicht ohne weiters durchführbar; die Spezialisierung war zu weitgehend, die einzelnen Gruppen wären allzu klein geworden. Es wurden zunächst zehn Vereinigungen gebildet, darunter auch die „Allgemeine deutsche Gewerkschaft der Hand- und Fabrikarbeiter“, in welcher die oben einzeln angeführten Arbeitergruppen zusammengefaßt werden sollten. Der Sitz dieser Organisation war in Elberfeld; Leiter oder Präsident, wie es damals hieß, war ein gewisser Karl Klein. Auf der zweiten Generalversammlung des Arbeitervereins, die im Mai 1869 in Pöffel tagte, waren 100 Delegierte anwesend, die 13 Organisationen mit 35 232 zahlenden Mitgliedern, die sich auf 220 Orte verteilten, vertraten. Die Gewerkschaft der Hand- und Fabrikarbeiter vertraten Klein auf dem Kongreß und Knoche in dem

neugebildeten Ausschuss des Arbeitervereins. Näheres über die Tätigkeit und das Ende dieser Organisation haben wir noch nicht ermittelt.

Der „Verband deutscher Arbeitervereine“, der 1863 nicht zu Lassalle eingetreten war, hatte sich inzwischen mehr und mehr von der bürgerlichen Opposition losgelöst und der sozialistischen Auffassung genähert. Der fünfte Vereinskongreß des Verbandes, der 1868 in Nürnberg stattfand, führte zu einer Spaltung; eine Minderheit blieb bei der Fortschrittspartei, die Mehrheit, unter Führung von August Bebel, bekannte sich zu dem Programm und den Statuten der „Internationalen Arbeiterassoziation“. Der Gegensatz zu dem von Lassalle gegründeten und auf Lassalles Lehren fußenden Allgemeinen deutschen Arbeiterverein war durch diese Schenkung nicht behoben, sondern eher noch verschärft. Dem zwischen der Internationalen Arbeiterassoziation und dem Allgemeinen Arbeiterverein bestanden trotz der beiden gemeinsamen sozialistischen Grundrichtung schwerwiegende sachliche und daneben recht starke persönliche Gegensätze aller Art. Infolgedessen verbrauchte die aufstrebende politische Arbeiterbewegung einen großen Teil ihrer jungen Kraft in inneren Kämpfen.

Bei den Gewerkschaften war es nicht anders. Kaum hatte der von Schweiger und Frischi einberufene Kongreß die Bildung von Gewerkschaften beschlossen und begonnen, da gründeten die Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation sogenannte „Internationale Gewerkschaften“. Der Erfolg war zunächst

Nach dem Friedensschluß fehlte bekanntlich eine Periode harter Bedrückung der Arbeiterbewegung ein. Die „Mera Lessendorf“ ist ja als ein wenig erfreulicher Abschnitt aus der Vergangenheit bekannt. Die Verfolgungen erwiesen sich jedoch schließlich auch als „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft“. Sie förderten nämlich die Bestrebungen zum Zusammenschluß der beiden Zweige der politischen Arbeiterbewegung und ebneten damit auch den Boden für eine Einigung der beiden Gewerkschaftsrichtungen. Im Jahre 1875 fand in Gotha der sogenannte Einigungskongreß statt, auf dem sich die Lassalleaner und die Eisenacher Richtung zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ zusammenschlossen. Im Anschluß an den Kongreß fand eine Tagung der Gewerkschaften beider Richtungen statt, zu der dreizehn Berufsvertreter entsandt hatten. Diese Konferenz kam zwar noch nicht zu einer allgemeinen Einigung, wohl aber zu vorbereitenden Maßnahmen. In einer vier Punkte umfassenden Erklärung wurde gesagt, daß zwar „die gewerkschaftlichen Organisationen nicht vermindert sind, die Lage der Arbeiter dauernd zu verbessern“, aber doch immerhin geeignet, „die materielle Lage derselben zeitweise zu heben, die Bildung zu fördern und sie (die Arbeiter) zum Bewußtsein ihrer Klassenlage zu bringen“. Bebel erklärte die Konferenz, es sei die Pflicht aller Arbeiter, „sich ... Arbeitergewerkschaft ihres Gewerkschaftszweiges anzuschließen“. Im zweiten Punkt wurden die Lokalvereine gleicher Berufe an einem Orte verpflichtet, sich zu einigen. Den zentralen Gewerkschaften derjenigen Berufe, in denen mehrere Organisationen nebeneinander bestanden, wurde empfohlen, „halbmögligst einen gemeinsamen Kongreß behufs der Vereinigung einzuberufen“. Im dritten Punkt wurden vorbereitende Maßnahmen zur Einberufung eines allgemeinen Gewerkschaftskongresses festgelegt und im vierten die Festhaltung der Politik aus den Gewerkschaften, gleichzeitig aber der Anschluß an die Sozialistische Arbeiterpartei empfohlen.

Für einige Gewerkschaftszweige erfolgte schon auf dem Kongreß eine provisorische Verständigung. So auch bei den Bau- und Erdarbeitern, die einen Verband der Hand-, Land- und Fabrikarbeiter begründen wollten. Die Gründung erfolgte denn auch bald nach der Konferenz als „Verband der Bau-, Fabrik-, Land- und Handarbeiter“. Der Sitz des Verbandes war Hamburg. Dr. Laufenberg, der Verfasser der Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung, hat auf unsere Bitte nach diesem Verband in Hamburg Nachforschungen angestellt und das Ergebnis derselben in einem in dieser Nummer veröffentlichten Artikel niedergelegt. Hier sei nur noch mitgeteilt, daß der Verband 1876 seinen Titel in „Bund der deutschen Arbeitsleute“ umänderte, kurze Zeit auch ein eigenes Organ unter dem Titel „Der Arbeiter“ herausgab, vorher und nachher aber den „Pionier“ als Publikationsorgan benutzte.

Über die Entwicklung und die Stärke der Gewerkschaften in der vorsozialistengefährlichen Zeit liegen nur wenig sichere und zuverlässige Angaben vor. Die umfassendsten und sorgfältigsten darüber enthält der Bericht über eine von Aug. Geib (Hamburg) im Jahre 1877 vorgenommene statistische Erhebung. Von dieser wurden 30 Gewerkschaften mit zusammen 49 055 Mitgliedern erfasst. Geib teilt selbst mit, daß nur ganz wenige Gewerkschaften in der Erhebung fehlten. Von Organisationen ungelerner Arbeiter ist neben dem schon erwähnten Verband der Manufaktur- und Handarbeiter und einem lokalen Hamburger Sandhaggerverein der schon erwähnte „Bund der deutschen Arbeitsleute“ angeführt. Die Zusammenfassung und Entwicklung dieser Organisation scheint bei Geib wenig Befriedigung ausgelöst zu haben. Das kann man nicht nur aus der Bemerkung schließen, daß für die „Papierfabrikation, Talg- und Seifenfabriken“ Gewerkschaften noch völlig fehlten, sondern auch aus den folgenden Sätzen: „Was aber überhaupt fehlt, d. h. am meisten vermisst wird, ist eine starke Organisation unter den Fabrikarbeitern einer- und den Handarbeitern andererseits. Das, was wir hierin aufzuweisen haben, ist nur ein schwaches Keis von Organisation, ist aus zu vielerlei Elementen zusammengesetzt, um kräftig gehen zu können.“ Mit dem aus zu vielerlei Elementen zusammengesetzten schwachen Keis war zweifelsohne der „Bund der Arbeitsleute“ gemeint, der mit seinen auf 38 Orte verteilten 1800 Mitgliedern allerdings kaum mehr als ein eben spritzendes Keis war. Geib macht dann Vorschläge zu einer strafferen Zentralisation der bestehenden Gewerkschaften bei gleichzeitiger Verminderung der Verwaltungskosten. Er befürwortet die Zusammenlegung der bestehenden 15 Gewerkschaftsblätter in zwei: „eins für die Gruppe der Bau-, Holz- und Metallarbeiter, eins für die Gruppe Schaffer, Schneider, Glaser, Buchbinder, Sattler, Tapezierer, Manufaktur-, Fabrik-, Land- und Handarbeiter“. Die dadurch ersparten Summen sollten zur Erhöhung der Reiseunterstützung, zur Vermehrung der Agitation und zur Stärkung der Klassenkämpfe verwendet werden. Es ist heute müßig, zu unteruchen, ob die Vorschläge durchführbar gewesen wären. Sie konnten damals nicht einmal näher erörtern, geschweige denn in die Praxis umgesetzt werden, weil wenige Monate nach der Veröffentlichung der Statistik und der daran geknüpften Erörterungen und Pläne im Reichstag das Sozialistengesetz angenommen wurde, das auf alle die blühenden Ansätze einer selbständigen, aufrechten Arbeiterbewegung fiel wie ein Keil in der Keimlingskeim. Sechs Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes war von den Organisationen und der Presse der Arbeiter fast nichts mehr übrig. Der „Bund der Arbeitsleute“ gehörte zu den ersten Opfern. Zwölf Jahre später feierte er im Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter seine Auferstehung. S. 6.

Pionier. Central-Organ der Gewerkschaften Deutschlands und der eingeschriebenen Hilfs-, (Kranken- und Sterbe-) Casse. Hamburg, 24. August 1878. II. Jahrgang. Nr. 34. Zum Annahmegericht. Die Zeitung enthält ...

Ende 1869 bestanden erst drei solcher Genossenschaften, darunter eine für Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter. Diese nahm zwar ungelernete Arbeiter aller Berufe auf, jedoch bildeten die Arbeiter der Textilindustrie das Rückgrat derselben. Der Sitz dieser Genossenschaft war Krimmichau in Sachsen; ihr Leiter war lange Zeit der in der sozialistischen Bewegung als der rote Postmeister bekannte Julius Mostler. Der Kriegsausbruch im Jahre 1870 brachte die junge, der Einigkeit so sehr bedürftige Arbeiterbewegung zunächst in neue Schwierigkeiten. Im Reichstag enthielten sich Bebel und Liebknecht, die Vertreter der Eisenacher Partei, der Abstimmung über die Kriegskredite, und der „Sozialdemokrat“ trat warm für die deutsche Regierung ein. Er vertrat die Auffassung, daß Napoleon den Krieg angezettelt habe, um „der Idee des Sozialismus in Frankreich den Garaus zu machen“, und folgerte weiter: „Der Krieg von 1870, er ist ein Krieg gegen das deutsche Volk, er ist ein Krieg gegen den Sozialismus, und jeder Deutsche, der sich dem Friedensbrecher entgegenwirft, der kämpft nicht nur fürs Vaterland, der kämpft gegen den Hauptfeind der Ideen der Zukunft, für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.“ Von dieser Auffassung ausgehend, forderte er Einigkeit aller Volksgenossen im Kampfe gegen den äußeren Feind. Die Gewerkschaften schlossen sich dieser Forderung teilweise an. Es ist gerade in der jetzigen Zeit von ganz besonderem Reiz, zu erfahren, daß die in einer Bewegung zur Beseitigung der Nacharbeit stehenden Berliner Bädereigellen am 28. Juli 1870 beschlossen: „Angesichts des ausgebrochenen Krieges zwischen Frankreich und Deutschland und der dadurch hervorgerufenen allgemeinen großen Not und auch deshalb, um keinerlei Risiken zu bringen in die Einmütigkeit aller Parteien, Klassen und Stände in Deutschland gegenüber dem auswärtigen Feinde — beschließen die Bädereigellen Berlin — von ihren berechtigtesten Forderungen vorläufig abzusehen.“ Dieses Bekenntnis zum Burgfrieden wurde im „Sozialdemokrat“ als vorbildlich gepriesen. Als kurze Zeit darauf im Berliner Sattlergewerbe trotz des Krieges ein Streik ausbrach, verwies das Blatt auf die so ganz andere Haltung der Bädereigellen und hob dann, gewissermaßen als Erklärung für die unburgfriedliche Haltung der Sattler hervor, daß „die Bädereigellen meistens unparteiische Genossen sind, während die Sattler in geringer Zahl dem fortschrittlichen Drösel ein, die meisten aber keiner Partei angehören“. Der rücksichtslose Verzicht auf politische und wirtschaftliche Opposition hatte zur Folge, daß die Arbeiterbewegung nur ab und zu einmal von der „Post“ angebellt wurde, sonst aber unbehelligt blieb. Das änderte sich erst, als nach dem Siege von Sedan beide Richtungen der sozialistischen Arbeiterbewegung zum Frieden drängten.

Organisationsbestrebungen der ungelerten Arbeiter in Hamburg bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes.

Von Dr. H. Laufenberg.

Der erste Versuch, die ungelerten Arbeiter zu organisieren, ging in Hamburg von sozialistischer Seite aus. In ihrer ersten Versammlung beschloß die Hamburger Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins die Errichtung einer Kasse, die den Mitgliedern des Vereins, falls Arbeitgeber oder Behörden sie bedrückten, materielle Entschädigung und gerichtlichen Schutz zusagte. Man ging von der Voraussetzung aus, daß den Arbeitern, da sie für Verbesserung der Lage ihres Standes kämpfen, gegenseitiges festes Zusammenhalten und namentlich gegenseitige Hilfe durchaus notwendig sei. Als bald darauf die Arbeiter der Lauenfleinschen Wagenfabrik in eine Lohnbewegung eintraten, wurde die Kasse zu einer Allgemeinen Arbeiter-Unterstützungskasse erweitert und nach Sektionen von 25 Personen unter der Leitung von Sektionsführern gegliedert. Damit war eine Einrichtung geschaffen, in die jeder Arbeiter schlechthin eintreten konnte, die frei von allem Junktum war. Die Kasse entwickelte sich denn auch trefflich. Sie zählte zu Beginn des Jahres 1865 — einer damals gelegten Rechnung zufolge — 2500 Mitglieder; die wöchentlich zu gewöhnlicher Unterstützung war auf 8 Mk. festgesetzt. Die Kasse wirkte unmittelbar auf die Bildung von Vereinen ungelerten Arbeiter ein. Das gilt beispielsweise von dem Verein Hamburger Arbeiter und Hausnechte, der sich die Unterstützung verunglückter und invalider Berufsgenossen zum Ziel setzte.

Im Jahre 1865 kam es in Hamburg zu zahlreichen Streiks. Auch die ungelerten Arbeiter machten in der Streikbewegung die ersten energischen Versuche, lokale Organisationen zu schaffen. So wurden namhaft gemacht die Vereine der Vereinigten Arbeiterleute, der Arbeiter der Wollgarnfabriken, der Verein der Hilfsleute. Den Mittelpunkt der ungelerten Arbeiter aber bildet nach wie vor die Allgemeine Arbeiter-Unterstützungskasse, die gekräftigt aus den Bewegungen hervorging. Auf der Generalversammlung vom 19. August musterte sie rund 5000 Mitglieder.

Das treibende Element der Streikbewegung bildete der Allgemeine deutsche Arbeiterverein. Um den Ideen des Sozialismus auch in den Schichten der ungelerten Arbeiter Bahn zu brechen, gründeten Mitglieder des Vereins ein Blatt, „Der Arbeiter“, das als Motto die Worte trug: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Die allgemeine Bewegung, die sich unter den Arbeitern kundgab, berechnete sich auf die Hoffnung, daß die Arbeiterklasse in eine freiere, vom Kapital minder abhängige Stellung geraten werde. Das Blatt erschien wöchentlich und wollte, ohne „idealistischen Truggebilden“ nachzugeben, um so eifriger berichten, was zur Verbesserung der materiellen Verhältnisse der Arbeiter als notwendig erachtet. Merkwürdig bleibt freilich angeht dieses Programms, daß es, soweit die wenigen erhaltenen Nummern einen Rückschluß gestatten, auf die Streikbewegungen fast keinen Bezug nahm.

Der kapitalistische Aufschwung der Jahre 1868/69 machte sich naturgemäß auch im Städtegebiet der Niederelbe stark bemerkbar. Er weckte in der Arbeiterschaft aufs neue das Bestreben nach Gründung wirtschaftlicher Organisationen. Auch die Berufe der ungelerten Arbeiter beteiligten sich energisch an den Vorbereitungen des Allgemeinen deutschen Arbeitertongresses, den Friedrich und von Schweizer im Einverständnis mit der Hamburger Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins nach Berlin ausschrieben, um nationale Berufsverbände ins Leben zu rufen. Auf dem Berliner Kongress vertrat G. Hoedemeyer 4500 Hamburger Haus- und Handarbeiter, Seidel 75 nicht näher bezeichnete Arbeiter (wahrscheinlich die Arbeiter eines größeren Betriebes), Hammerich aus Altona 200, Fierhold aus Dittensen 196 Arbeiter, Hort aus Harburg 46 Arbeiter der Delffabriken und 550 freie Handarbeiter. Dem Kongress folgte auch an der Niederelbe eine rege Bewegung, um Arbeiterkassen zu errichten, wie die Lappalaer die Gewerkschaften nannten. Eine Generalversammlung der Arbeiterkassen, die am 20. Mai 1869 in Hamburg stattfand, gewährt einen Einblick in die Organisationsbestrebungen der ungelerten Arbeiter. Samhoff vertrat 175 Hand- und Fabrikarbeiter von Harburg, Hoffe 50 Kaufmannsarbeiter von Altona, Hedemeyer 86 Hand- und Fabrikarbeiter von Hamburg. Aus dem Jahre 1869 wird in Hamburg ein Streik von Arbeitern in der hochmännlichen Großschiffahrt gemeldet, die zum Allgemeinen deutschen Hand- und Fabrikarbeiterverein gehörten.

Die wirtschaftliche Krise, die der Deutsch-Französische Krieg über die Arbeiterschaft heraufbeschwang, Fragen der politischen Zukunft, die auf die Gewerkschaftsbewegung übergriffen, nicht minder aber leidenschaftliche Auseinandersetzungen über die Form der gewerkschaftlichen Organisation selbst warfen die unschuldig vorwärtsdringende Bewegung, sich zurück.

Nach langer Pause (am 12. Juli 1872) trugen die ehemaligen Mitglieder des Hamburger Vereins der Fabrik- und Handarbeiter, um einmütig zu beschließen, den Verein aufzugeben und mit dem noch vorhandenen Kassenbestand in den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein überzutreten. Zwanzig Mitglieder kamen, wie es heißt, diesem Beschluß sofort nach. Gleichwohl wurden die Versuche, die ungelerten Arbeiter zu organisieren, bald wieder aufgenommen. In Hamburg erstand der Verein der Fabrik- und Handarbeiter aufs neue, dem in Altona und Wandsbek bald ähnliche Vereine folgten. Der Versuch des Hamburger Vereins, diese Vereine zusammenzufassen, scheiterte zunächst am Widerstand der Altonaer. Die treibende Kraft in der Organisationsbewegung der ungelerten Arbeiter während der siebziger Jahre war im Norden Wilhelm Wismann. Von ihm ging auch die Initiative zur Gründung eines Zentralverbandes aus. Sie erfolgte im Jahre 1875. Die Organisation führte den Titel „Verband der Fabrik-, Fabrik-, Land- und Handarbeiter“ und hatte ihren Sitz in Hamburg. Verbandsvorsitzender war Heinz, der gleichzeitig mit 21 Mk. aus der Verbandskasse bezolgt wurde,

während auf den Verbandskassierer Ed. Trube 5 vom Hundert der Einnahme entfielen. Der Verband hatte im ersten Vierteljahr des Jahres 1876 1075 Mk. Einnahme, von denen 688 Mk. Kassenbestand waren. Eine Agitationstour Wismanns, die er durch das nördliche Deutschland unternahm, kostete 236 Mk. Unmittelbar nach Wismanns Rückkehr begann die Vorbereitung einer Lohnbewegung in Hamburg. Es gelang nicht nur, weitere Lohnherabdrückungen abzuwehren, sondern trotz der starken damals herrschenden Krise eine Erhöhung der Löhne durchzusetzen. Die größten Mitgliedschaften waren die von Hamburg und Berlin.

Im gleichen Jahre änderte der Verband seinen Namen und nannte sich „Bund der deutschen Arbeitsleute“. Den Grund bildeten behördliche Verfolgungen. Bald nach dem Tessenlof, der sich in Magdeburg durch die Verfolgung von Arbeitervereinen bemerkbar gemacht hatte, Staatsanwalt in Berlin geworden war, wurden auf Beschluß des Berliner Stadgerichtes der Allgemeine deutsche Arbeiterverein und der Allgemeine deutsche Maurer- und Steinhauerverein für Berlin vorläufig geschlossen. Das gleiche

No. 13. Hamburg, Donnerstag den 31. August. 1863

Der Arbeiter

Ein Organ für Arbeiter und deren Interessen.

Verleger: H. Laufenberg, Hamburg, Neustadt, No. 13.

Redaktion: H. Laufenberg, Hamburg, Neustadt, No. 13.

Preis: 30 Pf. pro Quartal, 1 Mk. pro Semester, 3 Mk. pro Jahr.

Abonnentenliste:

- Herrn Laufenberg, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn Schmidt, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn Müller, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn Weber, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn Meyer, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn Schmitt, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn Fischer, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn Koch, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn Bauer, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn Hoff, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn König, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn Wolf, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn Müller, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn Weber, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn Meyer, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn Schmitt, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn Fischer, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn Koch, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn Bauer, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn Hoff, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn König, Hamburg, 10 Pf.
- Herrn Wolf, Hamburg, 10 Pf.

Verantwortlich: H. Laufenberg.

Druck: H. Laufenberg, Hamburg, Neustadt, No. 13.

An die Herren Fassalle's.

Die Herren Fassalle's sind die Herren, die die Arbeiterschaft in Hamburg durch ihre Verleumdungen und Verleumdungen in den letzten Jahren sehr geschädigt haben. Sie haben die Arbeiterschaft durch ihre Verleumdungen und Verleumdungen in den letzten Jahren sehr geschädigt. Sie haben die Arbeiterschaft durch ihre Verleumdungen und Verleumdungen in den letzten Jahren sehr geschädigt.



Schicksal traf den Bund der Zimmerer und den Berliner Pufferklub. Die erhobene Anklage bezweckte nicht nur die Schließung der Ortsvereine, sondern auch der Gesamtvereine der Maurer und Zimmerer. Die einzelnen Ortsvereine, erklärte die Anklageschrift, seien hochpolitische Vereine, weil sie sich mit sozialpolitischen Dingen — wie der Frage des Normalarbeitstages — beschäftigten; als politische Vereine seien sie entgegen dem Vereinsgesetz miteinander in Verbindung getreten. Nun erzielte der Staatsanwalt zwar nicht die beantragte Schließung der Gesamtvereine, wohl aber wurde die Schließung der Ortsvereine ausgesprochen, und zwar beim Maurer- und Steinhauerverein wegen staatsgefährlicher Tendenz und beim Zimmererklub wegen seiner engen Verbindung mit dem Maurer- und Steinhauerverein. Da es in der Begründung des Urteils hieß, der Ortsverein der Maurer habe sich dadurch gegen das Vereinsgesetz vergangen, daß er sich mit anderen Lokalvereinen desselben Statuts verbunden habe, war das Signal für die Staatsanwälte allerorts gegeben, gegen die lokalen Vereine und gegen die Hauptstellen der Gewerkschaften vorzugehen. In der Tat ließ denn auch die Staatsanwaltschaft von Altona nicht lange auf sich warten. Nicht nur der Tischlerverein zu Wandsbek, sondern auch die Korporationen der Zimmerer, Maurer, Steinhauer und Metallarbeiter wurden geschlossen. Das gleiche Schicksal traf den Verein der Bau-, Fabrik-, Land- und Handarbeiter, der nicht nur mit anderen Ortsvereinen desselben Statuts, sondern auch, wie der Zimmererklub, mit dem Maurer- und Steinhauerverein in Verbindung getreten sein sollte. Daher die Aenderung des Namens der Organisation. Wie der Verband wies auch der Bund der Arbeitsleute angeht der schweren Krise keine großen Mitgliederzahlen auf; 1877 bejaß er ihrer 1800 in 38 Orten. Seit dem 1. Mai 1877 erschien unter der Redaktion und im Verlage von Wismann „Der Arbeiter“, Organ des Bundes der deutschen Arbeitsleute. Als ein wirksames Mittel, den Gedanken der Organisation auszubreiten, wurde in den siebziger Jahren die Errichtung von Kranken- und Unterstützungs-kassen angesehen, in die nur Mitglieder der Gewerkschaft aufgenommen werden konnten. Auch der Bund der Arbeitsleute beschloß eine solche Hilfskasse. Aber das Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen von 1876 und die auf Grund desselben sich einbürgernde Rechtsprechung drängten mehr und mehr dahin, Gewerkschaft und Hilfskasse voneinander zu trennen und ihre Verwaltung und ihre Statuten durchaus gesondert zu halten.

Noch war das Sozialistengesetz nicht erlassen, als die preussische Polizei gegen die Mitgliedschaften des Bundes in Altona und Wandsbek einschritt. Am 8. Juli 1878 verfügte sie die vorläufige Schließung der Hauptstelle Wandsbek, wenige Tage später die Schließung der Hauptstelle zu Altona, Maßnahmen, die die Gerichte bestätigten. Die Leiter der Altonaer Hauptstelle, Siebers und Garten, wurden angeklagt: der Bund habe eine Fortsetzung des gerichtlich geschlossenen Verbandes der Bau-, Fabrik-, Land- und Handarbeiter gebildet, da die Mitgliedschaft des Bundes die Restanten des verbotenen Verbandes übernommen habe. Die Angeklagten machten geltend, sie seien, als die Übernahme der Restanten vor sich ging, gar nicht Mitglieder des Vorstandes gewesen und könnten für die Handlungen anderer füglich nicht verantwortlich gemacht werden. Das Gericht verurteilte sie gleichwohl zu einer Geldstrafe von 3 Mk., gegebenenfalls zu einem Tag Haft, weil sie sich beim Antritt ihres Vorsteheramtes über die Tätigkeit ihres Vereins sowie über dessen Kassenverhältnisse hätten unterrichten müssen. Da der Polizeianwalt Berufung einlegte, erhöhte die zweite Instanz die Strafe auf 15 Mk. bzw. drei Tage Gefängnis.

Nun unternahm Wismann den Versuch, durch das Verbandsorgan wenigstens einen Stamm von Mitgliedern zusammenzuhalten. Anfang August erließ er im Hamburg-Altonaer „Vollblatt“ eine Ankündigung, daß er sich an einem näher bezeichneten Tage in einem bestimmten Lokale einfinden werde, um Bestellungen auf den „Arbeiter“ und Abonnementsbeiträge entgegenzunehmen. Aber sofort griffen wieder Polizei und Gericht ein. Wismann wurde angeklagt, eine Mitgliederversammlung abgehalten zu haben unter dem Vorwande, Abonnenten auf das Verbandsorgan sammeln zu wollen. Daß er den Freitag, so erklärte Wismann in der Verhandlung, denselben Wochentag, an dem sonst vierzehntägig die Vereinsversammlung abgehalten wurde, sowie das frühere Vereinslokal gewählt habe, sei rein zufällig. Der Mitgliedsbeitrag habe zwar früher 30 Pf. den Monat betragen, wofür „Der Arbeiter“ gratis geliefert wurde, und es sei nach Schließung der Mitgliedschaft allerdings der Abonnementspreis auf 30 Pf. heraufgesetzt worden. Wenn die Anklage diesen Betrag für zu hoch halte, so müsse er bemerken, daß der Preis eines Blattes in das Ermessen des Verlegers gestellt sei. Nachdem das erste Gericht auf kostenlose Freisprechung erkannt hatte, kam die Berufungsinstanz zur Verurteilung. Wismann erhielt 6 Wochen Gefängnis. Die Fortsetzung der Vereinsaktivität wurde geschlossen aus der Form der Anzeige, aus der Wahl des gleichen Lokals, in dem früher die Mitgliederversammlungen abgehalten wurden, und aus der Uebereinstimmung des Mitgliedsbeitrages mit dem Abonnementspreis. Die Abonnentenversammlung sei „in einer von der gewöhnlichen Art vollständig abweichenden Weise“ gehalten.

Auch in Altona wurde Wismann angeklagt, und zwar doppelt. Als er bei dem Kommissar Engel, einem verächtlichen Polizeipolizisten, eine Versammlung der Krankenkasse des Bundes anmeldete, warf Engel ihn, da sie in Wortwechsel gerieten, eigenhändig zur Tür hinaus. Die Schilderung des Vorganges im Hamburg-Altonaer „Vollblatt“ führte zur ersten Anklage, wiewohl Wismann sich auf die Angabe von Tatsachen beschränkt hatte. Sie trug ihm vier Wochen Gefängnis ein; es sei nicht erwiesen, daß er wider besseres Wissen gehandelt habe, aber es sei auch nicht erwiesen, daß der Inhalt der Veröffentlichung auf Wahrheit beruhe. Den Grund der zweiten Anklage bildete der Umstand, daß Wismann mit einer Reihe von Mitgliedern der Krankenkasse zusammengetroffen war. Außer auf Wismann erstreckte sich die Anklage auf die Arbeiter Koch, Weise, Warnde, Boldt, Corbis und Corbes. Sie sollten eine Versammlung der Zentralkranken- und Sterbekasse des Bundes abgehalten und damit die geschlossene Vereinsaktivität des Bundes fortgesetzt haben. Die erste Instanz sprach Wismann frei und verurteilte seine Mitangeklagten zu je 10 Mk. Geldstrafe; die zweite Instanz belieh es bei den Mitangeklagten bei der verhängten Strafe, bedachte jedoch Wismann mit vier Wochen Gefängnis. Der Staatsanwalt meinte, der politische Verein verstecke sich hier hinter einer Hilfskasse; wenn der Hauptverein geschlossen sei, blieben die Mitglieder der zu ihm gehörigen Hilfskasse, solange sie in dieser Eigenschaft beharrten, auch Mitglieder des geschlossenen Vereins und machten sich durch solche Beteiligung strafbar.

Raum war das Sozialistengesetz in Kraft getreten, so wurde auch der Zentralverein in Hamburg unterdrückt, nachdem die Hamburger Mitgliedschaft viele Monate vorher bereits keine Versammlungen mehr hatte abhalten dürfen.

Wismann gehörte zu denen, die das Sozialistengesetz mit am schwersten traf. Ein echter Proletarier und von ungebeugtem Trotz erfüllt, hat er bis zum letzten Tage um die Erhaltung der Organisation gekämpft. Nach Verhängung des kleinen Belagerungszustandes im November 1880 wurde er aus Hamburg ausgewiesen. Er begab sich nach Elberfeld, wo es ihm gelang, Geschäftsführer in einer Gastwirtschaft zu werden. Aber allabendlich erschienen im Lokal drei bis vier Polizisten, um die anwesenden Gäste zu notieren. Waren Arbeiter darunter, so wurden sie am folgenden Tage von der Polizei den Arbeitgeber als Sozialdemokraten denunziert und daran die Aufforderung geknüpft, sie zu entlassen. Von Elberfeld wandte Wismann sich nach Berlin, um hier im Mai 1881 wieder ausgewiesen zu werden, weil er die von der Polizei verlangte Erklärung über zukünftiges Wohlverhalten nicht geben wollte. Er ging nach Stettin und fand Arbeit auf einer Schiffswerft. Um ihn auch hier zu vertreiben, wurde er an einem Tage dreimal von je drei Polizisten in Uniform auf seinem Arbeitsplatz untersucht. Von den Polizeischergen auf Schritt und Tritt verfolgt und von Ort zu Ort gehetzt, schüttelte er den Staub des Vaterlandes von den Füßen. Amerika bot ihm eine neue Heimat.

25 Jahre Lohnkampf.

Seit dem Tage der Gründung hat der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder sowohl als auch die Abwehr von Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis als seine Hauptaufgabe angesehen und der Erfüllung derselben seine ernsteste Aufmerksamkeit gewidmet. In den ersten Jahren unserer Organisationsstätigkeit waren bängliche Gemüter innerhalb und fast noch mehr außerhalb unserer Reihen der Meinung, daß unser Verband auf dem Gebiete der Lohnbewegungen und Lohnkämpfe elend versagen würde. Es wurde die Ansicht vertreten, daß die Fabrikarbeiter ohne Lehrbrief mit Siegel wohl Forderungen stellen, infolge der leichteren Möglichkeit einer Ersatzbeschaffung seitens der Unternehmer aber außerstande seien, den Forderungen durch einen Lohnkampf mit Aussicht auf Erfolg Nachdruck geben zu können. In einem Eingelände im Verbandsorgan im Jahre 1893 formulierten einige Kollegen, die als Delegierte an einer Bezirkskonferenz zwecks Agitation in Frankfurt a. M. teilnahmen, ihre Auffassung hierüber wie folgt:

„Weiter ist unsere Ansicht, daß man die Gelder mehr verwendet, um die indifferente Masse aufzuklären, anstatt Fonds anzusammeln, da Streiks in unserm Beruf wenig oder gar nicht in Betracht kommen.“

Von der Redaktion wird dieser Meinungsäußerung in Klammern der Satz hinzugefügt: „Wird die Zukunft lehren.“ Diese hat nun gelehrt, daß der Verband in den Betrieben der zuständigen Industriezweige sowohl Lohnbewegungen führen als auch, als letztes Mittel, den offenen Lohnkampf erfolgreich anwenden kann, wenn die allgemein notwendigen Vorbedingungen dazu vorhanden sind.

Weiläufig sei bemerkt, daß nach außen hin ein Beschluß des Harburger Verbandstages, die Worte „Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“ aus dem Statut zu streichen, als eine Bestätigung der Auffassung angesehen werden konnte, der Verband könne für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage seiner Mitglieder nicht erfolgreich wirken und müsse als Kampforganisation abdanken. Es wurde aus Anlaß dieses Beschlusses auch von Richtungsänderung, Selbstverstümmelung und dergleichen geredet und geschrieben. Bessimisten und Bionswächter witterten in dem einen oder andern Sinne Gefahr. In Wirklichkeit bezweckte die Streichung der fünf Worte aus dem Statut eine Abschwächung der damals sehr stark hervortretenden Bekämpfung unserer Organisation durch die Behörden. Inwiefern und ob diese Maßnahme ihren Zweck erfüllt hätte, kann dahingestellt bleiben, da sie nie in Wirksamkeit getreten ist, indem Vorstand und Ausschuß auf die entstandene Aufregung hin diesen Beschluß des Verbandstages nicht in Kraft setzten.

Die Tätigkeit zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Verbandsmitglieder konnte sich in den ersten Jahren nach der Gründung schon deshalb nicht fruchtbar gestalten, weil so gut wie alle Voraussetzungen fehlten. Zunächst fielen die ersten Verbandsjahre in eine Zeit des wirtschaftlichen Niederganges mit den Begleiterscheinungen Arbeitslosigkeit, Betriebseinschränkungen, Druck auf die Löhne, Maßregelungen usw., die jegliche Organisationsarbeit schon stark erschwerten, eine Tätigkeit zur Herbeiführung von Lohnverbesserungen und Verkürzung der Arbeitszeit der jungen Organisation aber nahezu unmöglich machten.

Dazu stellte sich bald heraus, daß die Arbeiterchaft in den das Alltagsleben des Verbandes bildenden Industrien keineswegs so einflussreich, leichtbeweglich und organisationsfreundlich war, wie man anfänglich erwartet hatte. Die erste Tätigkeit der Verbandsmitglieder mußte sich demgemäß auf die Bekämpfung des tiefgehenden Feindes Indifferenzismus und die Abwehr von Vergewaltigungen durch Unternehmer und Behörden richten. Unendlich viel Aufklärungsarbeit ist in den Kinderjahren des Verbandes zur Schaffung der Grundlage für spätere Erfolge geleistet und mancher Angriff auf die Existenz des Verbandes ist abgewehrt worden.

Dann gehört nach Montecucchi zum Kriegsführen Geld, Geld und nochmals Geld. Das gilt in ebenso hohem Maße vom wirtschaftlichen Kampf wie vom Völkerring. Nun war aber anfänglich Geld im Verbandsorgan ein rarere Artikel. Das Vermögen der Verbandskasse betrug Ende 1890 ganze 767 M., am Schlusse des nächsten Jahres 2359 M. und des folgenden 2392 M. Mit diesen Mitteln konnten auch in Berücksichtigung der damaligen beschwerdeneren Verhältnisse erfolgreiche Lohnkämpfe nicht durchgeführt werden.

Aber ungeachtet dieser Verhältnisse und Schwierigkeiten ist der Verband vom ersten Tage seines Bestehens an tapfer an die Lösung seiner Hauptaufgabe, die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, herangetreten. Manche Verbesserung ist schon in der ersten Zeit erreicht, manche Verschlechterung abgewehrt worden, ohne daß sich diese Erfolge ziffernmäßig anführen lassen, weil Aufzeichnungen darüber fehlen. Manche beschäftigte Verschlechterungen sind schon durch die Tatsache des Bestehens des Verbandes aus Besorgnis vor seinem eventuellen Eingreifen unterblieben.

Nachdem aber die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse günstiger und die organisatorischen Vorbedingungen besser geworden waren, zeigte sich mit unwiderstehlichem Drang das Bestreben, auf Löhne, Arbeitszeit und sonstige Einrichtungen der Betriebe durch Stellung von Forderungen mitbestimmend einzuwirken. Die Arbeitsbedingungen, unter denen die Mitglieder damals fronden mußten, waren nichts weniger als glänzend. Wir entnehmen zum Beispiel aus den vergilbten Blättern unseres Verbandsorgans, daß im Jahre 1893 die Wärmeschuhmaschinenfabrik Gade u. Co. in Welle bei selbständiger täglicher Arbeitszeit 2 M. Lohngeld zahlen wollte. Dieser horrenden Lohn sollte nach vierzehntägiger Beschäftigung auf 2,20 M. täglich steigen. In einer gemischten Gießhütte in Pechersheim gehörte in demselben Jahr ein Arbeiter mit 2,45 M. Lohn bei zehnstündiger Arbeitszeit schon zu den Besseren. Die Hannoverischen Rautschut-, Guttapercha- und Telegraphenwerke hatten 1893 einen Lohn von 2,25 bis 2,40 M. Nach der Geschichte der Hamburger Gewerkschaften war der Lohn in der Gießfeldschen Gießerei 1887 in Abständen von 3,60, 3,30, 3 auf 2,50 M. gesunken. Es wird ausdrücklich in der Schrift konstatiert, daß das Sinken der Löhne der Fabrikarbeiter keine vereinzelte Erscheinung war. Aus dem „Berliner Volksblatt“ ist ersichtlich, daß

im Jahre 1890 in der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation Löhne von 2,50 bis 2,80 M. gezahlt wurden. Daß diese Löhne, auch gemessen an den damaligen Verhältnissen, dringend der Verbesserung bedürftig, liegt auf der Hand.

Das Empfinden, daß etwas getan werden müsse, um einem weiteren Druck auf die Löhne zu begegnen und darüber hinaus die elende Lage ein wenig zu verbessern, war schon vor der Gründung unseres Verbandes weit verbreitet. Eine Organisation, die Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses gewinnen konnte, war nicht vorhanden, höchstens waren einzelne Arbeiter in den Lokalsorganisationen Mitglied. Trotzdem bejagten die Arbeiter, wenn der Druck der Verhältnisse gar zu arg wurde, verschiedentlich, durch Vorkäuflichkeit beim Arbeitgeber und hier und da auch durch eine mehr oder minder geschlossene, meist plötzlich einsetzende Arbeitseinstellung Verbesserung zu schaffen. Beispielsweise sei angeführt, daß in dem Betriebe der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Berlin-Treptow bereits im Jahre 1885 aus Anlaß von Lohnforderungen ein Streik ausbrach, an dem sich aber nur etwa zwei Drittel der Beschäftigten beteiligten. Gewerkschaftlich organisiert war keiner der Streikenden. Da angeblich schwere Ausschreitungen gegen die Streikbrecher vorgekommen sein sollten, ging die Behörde äußerst scharf gegen die Streikenden vor. Zwei Arbeiter wurden zu sechs bzw. neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der Streik ging nach achttägiger Dauer verloren. Im April 1890 kam es in derselben Fabrik abermals zu einer Lohnbewegung. Von den damals etwa

800 Arbeitern waren zirka 30 bis 40 in dem Allgemeinen Arbeiter- und Arbeiterinnenverein von Berlin und Umgegend organisiert. Es wurden Forderungen aufgestellt, die man der Fabrikleitung unterbreitete, und es fanden daraufhin auch Verhandlungen zwischen Arbeiterchaft und Direktion statt; aber diese befriedigende Zugeständnisse ab und schloß die Fabrik. Ueber die dann abgehaltene Versammlung der Arbeiter gibt das „Berliner Volksblatt“ vom 23. April 1890 einen Bericht, aus dem wir folgendes anführen:

„Der Herr Meyer berichtete über die mit der Direktion gepflogenen Verhandlungen und konstatierte, daß die diesbezüglichen Artikel in der Presse vollständig entstellt seien. Die Direktion habe positive Zugeständnisse eigentlich gar nicht gemacht. Die Forderungen waren: Neunstündige Arbeitszeit inklusive einer halben Stunde Wartezeit; für jeden Arbeiter ein Mindestlohn von 2,75 M., nach halbjähriger Tätigkeit 3 M., nach einjähriger 3,25 M., zweijähriger 3,50 M. und dreijähriger 3,75 M. Außerdem wurde der 1. Mai als Feiertag verlangt. Man habe ihm nun gesagt, daß die neunstündige Arbeitszeit und eine zehnstündige Lohnverhöhung vielfach bewilligt werden könnten. Bezüglich des 1. Mai habe man erwidert, daß man, falls dieser Tag gefeiert werden sollte, auch für die beiden folgenden Tage die Fabrik schließen werde. Als die Arbeiter nach einer zweiten Unterredung auf den Forderungen beharrten, sei die Schließung der Fabrik erfolgt. Weder hob hervor, daß ein Vergleich wohl hätte stattfinden können, wenn man den Arbeitern entgegengekommen wäre. Herr Zubeil bezeichnete ebenfalls die Forderungen als durchaus berechtigt, sprach sich aber, da die Organisation fehle, dafür aus, bezüglich des 1. Mai das Anerbieten der Direktion, bis 4 Uhr zu arbeiten, zu akzeptieren. Er würde diesen Vorschlag nicht machen, wenn er sich einer organisierten Gewerkschaft gegenüber befände. An den übrigen Forderungen möge man festhalten. (Beifall.) Das Resultat der nahezu fünfständigen Verhandlungen war die Annahme folgender Resolution: Die ausgesperrten Arbeiter der Anilinfabrik verpflichten sich, an der Forderung eines neunstündigen Arbeitstages sowie einer Lohnverhöhung auf 2,75 bis 3,50 M. und der Feier des 1. Mai festzuhalten. Gegen diese Resolution erhoben sich drei Stimmen. Hierauf wurden neun Personen gewählt, die den Beschluß der Fabrikleitung vorlegen sollten.“

Die Aussperrung dauerte eine Woche. Bis auf einige wenige wurden alle Arbeiter wieder eingestellt. Es wurden teilweise auch Lohnverhöhungen vorgenommen. Charakteristisch bei dieser Bewegung ist das brutale Schließen des Betriebes, nachdem die zweite Verhandlung ergebnislos verlaufen war. Diese Maßnahme ist würdig denjenigen anderer gemischter Industriezweige bei späteren ähnlichen Anlässen. Weiter ist bezeichnend die Beharrlichkeit, mit der die gewerkschaftlich unorganisierten Arbeiter an der Feier des 1. Mai festhalten, trotzdem Zubeil für eine teilweise Preisgabe dieser Forderung im Sinne der Zugeständnisse der Fabrikleitung gesprochen hatte. Auch die Forderung der neunstündigen Arbeitszeit in der damaligen Zeit ist bemerkenswert.

Zahllos sind die Blätterlein, die in den ersten Jahren der Organisation mit den Unternehmern zu bestehen hatte. Die norddeutschen, und namentlich die rührigen Kollegen von der nordischen Wasserlante, hatten wegen der fortwährenden Lohn- und Akkordabzüge, Maßregelungen und sonstigen Schikanen manchen Strauß mit den Unternehmern auszufechten, wobei ein offener Konflikt mit dem betreffenden Unternehmer außer andern Gründen schon deshalb vermieden werden mußte, weil die Organisation dazu noch zu schwach war. Diese Differenzen führten in vereinzelt Fällen auch zu Auseinandersetzungen innerhalb des Verbandes. So verlangte die Zahlstelle Hamburg im Jahre 1892 eine U r a b s t i m m u n g, um festzustellen, ob die Entlassung einer Anzahl an der Presse und den Kollergängen beim Verein deutscher Oelfabriken in Hamburg beschäftigter Mitglieder aus Anlaß der Abwehr eines Akkordabzuges als Maßregelung anzusehen sei. Vorstand und Ausschuß erachteten eine Maßregelung nicht für vorliegend, und der Verbandstag in Braunschweig schloß sich dieser Auffassung an.

Einem Blick wollen wir noch auf die Finanzierung dieses Streiks richten, die gleichzeitig typisch ist für alle in dieser Zeit geführten Lohnkämpfe. Es wurde eine Streikunterstützung von wöchentlich 7 M. gezahlt. Die Gesamtausgaben für den Streik betragen 2030 M. Davon steuerte die Verbandskasse 500 M. bei, durch Sammellisten des Harburger Gewerkschaftsartells wurden 1400 M. aufgebracht, von verschiedenen Zahlstellen ging ein Betrag von 110 M. ein, und von Einzelpersonen wurden 20 M. vereinnahmt. Größere Aufwendungen für Streiks aus der Verbandskasse ließen die vorhandenen Mittel nicht zu. Das Verbandsvermögen betrug am Schlusse des 1. Quartals 1895 nicht mehr als 9325 M. und am 31. März des folgenden Jahres 14 105 M.

Trotz der geübten Beschränkung in der Veranschlagung der Verbandsmittel war die Verbandskasse im Frühjahr 1896 durch die ausgebrochenen Streiks völlig erschöpft. Es streikten damals in der Margarinefabrik von A. L. Mohr in Bahrenfeld, Zahlstelle Altona-Oldenjen, 285 Arbeiter, in der Zahlstelle Hamburg 465 Kaffeebocklerinnen, in der Gaiserschen Oelfabrik in Harburg 101 Arbeiter, und außerdem waren 77 Verbandsmitglieder an einem Streik in der Vielsefelder Maschinenfabrik vorm. Dürkopp u. Co. beteiligt. Zur Unterstützung auch nur eines Teiles dieser Kämpfe reichte der Bestand der Verbandskasse bei weitem nicht aus, und es mußte mit Zustimmung des Gewerkschaftskongresses in Berlin im Jahre 1896 ein Darlehen von 5000 M. von der Generalkommission aufgenommen werden.

Zahlreich und schwer sind die Geld- und Gefängnisstrafen, die gelegentlich der Lohnkämpfe gegen Verbandsmitglieder verhängt wurden. Von der ersten bis zur letzten Arbeitseinstellung im Verbandsorgan sind sie eine fast ständige Begleiterscheinung. Wohl sind Streik und Boykott gesetzlich erlaubte Kampfmittel, aber die praktische Anwendung birgt von jeher die Gefahr eines Verfangens in die Maschen der Gesehe und der Uebertretung behördlicher Anordnungen. Näher auf dieses Kapitel einzugehen, überschreitet den Rahmen dieser Zeilen.

Seit der Zeit der ersten Lohnkämpfe im Verbandsorgan sind nunmehr viele Jahre verfloßen. Der Verband hat jetzt das Jünglingsalter überschritten. In den verfloßenen 25 Jahren ist auf dem wichtigen, vielseitigen und schwierigen Gebiet der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder das Menschlichste geleistet worden. Es ist, wo es angebracht war und absolut nicht anders ging, gekämpft, und es ist auch dort, wo die notwendige Einsicht vorhanden war, zur rechten Zeit gepakt worden. Die finanziellen Mittel zur Führung von Lohnkämpfen sind heute in reichlicherem Maße vorhanden als in den ersten Verbandsjahren, wenn auch keineswegs so überreichlich, wie sich manche Kollegen einbilden.

Die Fortschritte und Erfolge auf dem Gebiete der Lohnbewegungen und Lohnkämpfe seit der Verbandsgründung sind ganz erheblich. Am Schlusse des Jahres 1914 konnten wir 437 Tarifverträge für 39 991 in tariflich geregelten Betrieben Beschäftigte müßern. In den letzten fünf Jahren wurden 2603 Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen in 4841 Betrieben mit 260 997 Beschäftigten geführt. In derselben Zeit wurden an Verkürzung der Arbeitszeit für 61 667 Beschäftigte pro Woche 2 1/2 Stunden für den einzelnen im Durchschnitt, zusammen 146 047 Stunden pro Woche, und an Lohnverhöhung für 179 813 Beschäftigte pro Woche 1,62 M. für den einzelnen im Durchschnitt, zusammen 290 784 M. pro Woche, erreicht. Das sind für ein Jahr rund 3 Millionen Stunden Arbeitszeitverkürzung und rund 15 Millionen Mark Lohnverhöhung. Fast drei Viertel aller Bewegungen wurden ohne Kampf erledigt.

Das sind gewiß Erfolge, die sich sehen lassen können. Wir wollen uns aber nicht verhehlen, daß auf diesem Gebiete noch große Aufgaben zu erfüllen sind. Es ragen die chemischen, Papier- und andre Großbetriebe gleich trügigen Zwingburgen ins Land, und die in ihren Mauern hausenden Industriegeualigen vertweigern den Arbeitern und ihrer Organisation größtenteils jedes Mitbestimmungsrecht bei Gestaltung des Arbeitsvertrags.

Die Tätigkeit des Verbandes in den verfloßenen 25 Jahren zeigt, daß die Möglichkeit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch die Organisation vorhanden ist. An der Arbeiterchaft liegt es, die Möglichkeit auszunutzen. Ohne Gauen allerdings kein Ernten. Nur ernsther, ausdauernder Wille kann Erfolge bringen. Wenn erst die Organisation die Gesamtarbeiterschaft der Betriebe umfaßt, kein Fernstehender, Abtrünniger oder Schwachmütiger mehr vorhanden ist, wird sie noch mehr als bisher für ihre Hauptaufgabe, die möglichste Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Mitglieder, erfolgreich wirken können. Mögen die Mitglieder mit allen Kräften dafür Sorge tragen, daß wir auch nach einem weiteren Zeitabschnitt künftig wieder berichten können, es geht auf diesem Gebiete, soweit die Verhältnisse es irgend gestatten, vorwärts!

Vorwärts!

**Vorwärts, vorwärts unverzagt,
Ob sich Wolken vor dir türmen,
Ob der Fels zum Himmel ragt,
Dennoch, dennoch mußt du stürmen!
Tief hinein in dunkle Nacht,
Trosend Mühen und Beschwerden,
Endlich doch der Sieg dir lacht -
Es muß durchgebrochen werden!
Jeden Schritt vom Felsgestein
Mußt du mühsam los dir ringen,
Schwingst du fest die Waffe dein,
Wirst den Felsen du bezwingen.
Nimmer rasten, nimmer ruhn,
Schritt für Schritt mit den Gefährten,
Stark durch einig-gleiches Tun!
Es muß durchgebrochen werden!**

800 Arbeitern waren zirka 30 bis 40 in dem Allgemeinen Arbeiter- und Arbeiterinnenverein von Berlin und Umgegend organisiert. Es wurden Forderungen aufgestellt, die man der Fabrikleitung unterbreitete, und es fanden daraufhin auch Verhandlungen zwischen Arbeiterchaft und Direktion statt; aber diese befriedigende Zugeständnisse ab und schloß die Fabrik. Ueber die dann abgehaltene Versammlung der Arbeiter gibt das „Berliner Volksblatt“ vom 23. April 1890 einen Bericht, aus dem wir folgendes anführen:

„Der Herr Meyer berichtete über die mit der Direktion gepflogenen Verhandlungen und konstatierte, daß die diesbezüglichen Artikel in der Presse vollständig entstellt seien. Die Direktion habe positive Zugeständnisse eigentlich gar nicht gemacht. Die Forderungen waren: Neunstündige Arbeitszeit inklusive einer halben Stunde Wartezeit; für jeden Arbeiter ein Mindestlohn von 2,75 M., nach halbjähriger Tätigkeit 3 M., nach einjähriger 3,25 M., zweijähriger 3,50 M. und dreijähriger 3,75 M. Außerdem wurde der 1. Mai als Feiertag verlangt. Man habe ihm nun gesagt, daß die neunstündige Arbeitszeit und eine zehnstündige Lohnverhöhung vielfach bewilligt werden könnten. Bezüglich des 1. Mai habe man erwidert, daß man, falls dieser Tag gefeiert werden sollte, auch für die beiden folgenden Tage die Fabrik schließen werde. Als die Arbeiter nach einer zweiten Unterredung auf den Forderungen beharrten, sei die Schließung der Fabrik erfolgt. Weder hob hervor, daß ein Vergleich wohl hätte stattfinden können, wenn man den Arbeitern entgegengekommen wäre. Herr Zubeil bezeichnete ebenfalls die Forderungen als durchaus berechtigt, sprach sich aber, da die Organisation fehle, dafür aus, bezüglich des 1. Mai das Anerbieten der Direktion, bis 4 Uhr zu arbeiten, zu akzeptieren. Er würde diesen Vorschlag nicht machen, wenn er sich einer organisierten Gewerkschaft gegenüber befände. An den übrigen Forderungen möge man festhalten. (Beifall.) Das Resultat der nahezu fünfständigen Verhandlungen war die Annahme folgender Resolution: Die ausgesperrten Arbeiter der Anilinfabrik verpflichten sich, an der Forderung eines neunstündigen Arbeitstages sowie einer Lohnverhöhung auf 2,75 bis 3,50 M. und der Feier des 1. Mai festzuhalten. Gegen diese Resolution erhoben sich drei Stimmen. Hierauf wurden neun Personen gewählt, die den Beschluß der Fabrikleitung vorlegen sollten.“

Die Aussperrung dauerte eine Woche. Bis auf einige wenige wurden alle Arbeiter wieder eingestellt. Es wurden teilweise auch Lohnverhöhungen vorgenommen. Charakteristisch bei dieser Bewegung ist das brutale Schließen des Betriebes, nachdem die zweite Verhandlung ergebnislos verlaufen war. Diese Maßnahme ist würdig denjenigen anderer gemischter Industriezweige bei späteren ähnlichen Anlässen. Weiter ist bezeichnend die Beharrlichkeit, mit der die gewerkschaftlich unorganisierten Arbeiter an der Feier des 1. Mai festhalten, trotzdem Zubeil für eine teilweise Preisgabe dieser Forderung im Sinne der Zugeständnisse der Fabrikleitung gesprochen hatte. Auch die Forderung der neunstündigen Arbeitszeit in der damaligen Zeit ist bemerkenswert.

Unsre finanziellen Leistungen seit 1890.

Die Unterstützungseinrichtungen, speziell Kranken- und Arbeitslosenunterstützung, konnten sich in den freien Gewerkschaften verhältnismäßig spät und erst nach Ueberwindung vieler Vorurteile durchsetzen. Ein Hauptargument gegen das Unterstützungsweesen — außer Streik- und eventuell Gemäßigtenunterstützung — war, die Gewerkschaften würden ihren Kampfescharakter verlieren und würden lediglich Unterstützungsvereine werden. Und heute? Die meisten Verbände, selbst solche, deren Mitgliedschaft sich vorwiegend aus Saisonarbeitern zusammensetzt, haben gut ausgebaute Unterstützungssysteme aller Art, als Arbeitslosen-, Reise-, Kranken- und Notlageunterstützung, finanzielle Beihilfe bei Umzügen, Sterbefällen, Genährung von Rechtschutz usw., und sie haben deren Einführung noch nicht zu bereuen gehabt. Nicht nur ist der Kampfescharakter der Gewerkschaften nicht verloren gegangen, im Gegenteil, die Kämpfe haben an Schärfe und Umfang zugenommen, und die Organisationen haben an Widerstandskraft auch insofern gewonnen, als durch die Arbeitslosenunterstützung die Gefahren der Lohnbrüdererei bedeutend herabgemindert worden sind, weil ja die organisierten Arbeitslosen nicht sofort und um jeden Preis Arbeit zu nehmen gezwungen sind. Auch bei Streiks selbst ist die zuletzt genannte Unterstützung von großer Bedeutung, weil für die arbeitslosen Mitglieder der Anreiz zur Arbeitsaufnahme nicht gegeben ist, wobei allerdings auch das ideelle Moment eine hervorragende Rolle spielt. Aber hier handelt es sich ja zunächst um den Einfluß des Unterstützungsweesens, den es festzustellen und hervorzuheben gilt. Es würde zu weit führen, die Tendenz jeder einzelnen Unterstützungsart besonders darzustellen. Lassen wir es genügen mit der Bemerkung, daß sich die geschaffenen Einrichtungen vortrefflich bewährt haben.

Im folgenden soll zahlenmäßig der Nachweis erbracht werden, daß unser Verband seit seinem Bestehen für die Mitgliedschaft Bedeutendes geleistet hat. Allerdings wurde die Möglichkeit, den Mitgliedern nicht nur moralisch, sondern auch materiell in den verschiedensten Lebenslagen einen Halt zu bieten, nur schrittweise mit dem Anwachsen der Mitgliederzahl, am augenscheinlichsten aber mit der Erhebung höherer Beiträge erreicht. Darüber bestand für den Einsichtigen freilich noch nie ein Zweifel, daß hohe Leistungen der Organisation bedingt sind durch entsprechende Beiträge. Aber „Zahlen beweisen“, und so wollen wir den Zeitraum der Jahre mit bestimmter Beitragshöhe und mit Angabe der Unterstützungsausgaben für dieselbe Periode immer besonders darstellen. Die eindringlichste Sprache reden wohl die Zahlen über die Ausgaben für Unterstützungszwecke im Durchschnitt pro Jahr während der einzelnen Beitragsperioden.

Tabelle I.

| Jahr (inkl.) | Beitrag pro Woche für Mitglieder | | Ausgaben der Hauptkasse für Unterstützungszwecke | |
|---------------|----------------------------------|-------------------|--|--------------------------|
| | Pfennig | Mark | insgesamt | im Durchschnitt pro Jahr |
| 1890 bis 1892 | männl. 1 weibl. 5 | 5,77 ² | 1 710 | 684 |
| 1893 bis 1898 | männl. 10 weibl. 5 | 10 | 78 089 | 13 015 |
| 1899 bis 1902 | männl. 15 weibl. 7,5 | 15 | 351 700 | 87 925 |
| 1903 bis 1904 | männl. 20 weibl. 10 | 20 | 358 223 | 179 111 |
| 1905 bis 1906 | männl. 30 weibl. 20 | 30 | 1 611 954 | 805 977 |
| 1907 bis 1910 | männl. 40 weibl. 20 | 40 | 6 003 130 | 1 500 782 |
| 1911 bis 1914 | männl. 45 weibl. 25 | 45 | 10 036 116 | 2 509 029 |

Insgesamt sind seit Bestehen unserer Organisation den Mitgliedern 18 1/2 Millionen Mark in Form von Unterstützungszwecken aus der Hauptkasse zugeflossen worden.

Das nachstehende Diagramm zeigt uns die gesamten Finanzgebahrung unseres Verbandes von Jahr zu Jahr seit 1890. Dar gestellt sind Einnahmen (ohne Kassenbestand des Vorjahres), Ausgaben, Kassenbestand und Ausgaben für Unterstützungszwecke.

Ueber die genauen Ergebnisse der im Diagramm gegebenen Darstellung orientieren die Tabellen II und III. Sehen wir uns zunächst Tabelle II an. Sie zeigt uns, in reinen Zahlen ausgedrückt, Einnahmen, Ausgaben und Kassenbestand in den einzelnen Jahren. Ein Vergleich der Summen von 1890 mit 1914 muß den Organisationsfreund mit Freude und Genugtuung erfüllen. Die Zahlen repräsentieren aber auch eine Riesensumme sowohl von agitatorischer Kleinarbeit als auch intellektueller Schulung der Gewonnenen, die sich ebenfalls wieder in Mitgliederzuwachs umsetzt. Kostlose solidarische Werbearbeit also hat unsere Organisation in den

Stand gesetzt, den Mitgliedern so erhebliche Summen in Form von Unterstützungszwecken zu können, wie es heute der Fall ist, oder auch einmal mehr für Ausgaben als für Einnahmen buchen zu können, wie im Jahre 1914.

Tabelle III enthält detailliert die Ausgaben für Unterstützungszwecke. Die Aufstellung eignet sich vortrefflich zur Kleinagitation.

— Einnahmen (ohne Kassenbestand)
— Ausgaben
— Kassenbestand
— Ausgaben für Unterstützungszwecke

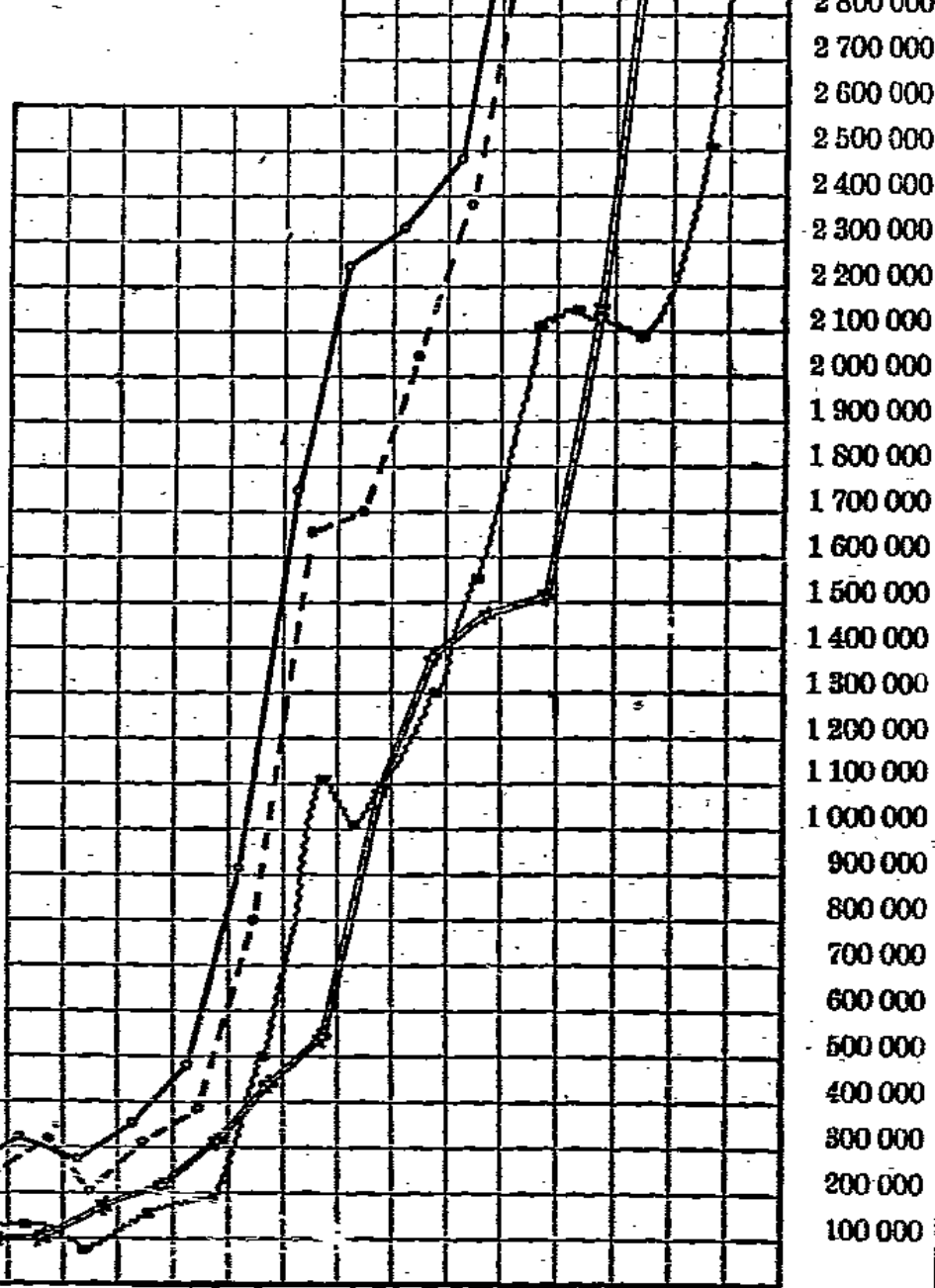


Tabelle II.

| Jahr | Einnahmen der Hauptkasse | | Ausgaben der Hauptkasse | | Kassenbestand |
|------|-----------------------------------|-------------------------------|--------------------------|--------------------------|---------------|
| | einschl. Kassenbestand v. Vorjahr | ohne Kassenbestand v. Vorjahr | der Hauptkasse überhaupt | der Hauptkasse überhaupt | |
| 1890 | 2 576 ² | 2 576 | 1 810 | 766 | |
| 1891 | 6 487 | 5 671 | 4 283 | 2 154 | |
| 1892 | 9 283 | 7 129 | 6 891 | 2 392 | |
| 1893 | 19 816 | 17 424 | 14 523 | 5 293 | |
| 1894 | 30 149 | 24 856 | 21 539 | 8 610 | |
| 1895 | 41 922 | 38 312 | 27 184 | 14 738 | |
| 1896 | 75 019 | 60 281 | 72 497 | 2 523 | |
| 1897 | 79 650 | 77 128 | 61 643 | 18 007 | |
| 1898 | 122 996 | 104 959 | 85 245 | 37 751 | |
| 1899 | 209 268 | 171 517 | 135 107 | 74 161 | |
| 1900 | 324 762 | 250 601 | 224 950 | 99 812 | |
| 1901 | 417 566 | 317 754 | 320 344 | 97 222 | |
| 1902 | 370 868 | 273 646 | 201 470 | 169 398 | |
| 1903 | 525 774 | 356 876 | 309 987 | 215 837 | |
| 1904 | 696 204 | 480 867 | 379 796 | 316 408 | |
| 1905 | 1 243 439 | 926 031 | 797 098 | 445 841 | |
| 1906 | 2 200 988 | 1 755 647 | 1 659 746 | 541 242 | |
| 1907 | 2 793 325 | 2 252 083 | 1 698 322 | 1 095 003 | |
| 1908 | 3 429 197 | 2 334 194 | 2 052 160 | 1 377 037 | |
| 1909 | 3 859 636 | 2 482 599 | 2 388 859 | 1 472 777 | |
| 1910 | 4 590 285 | 3 117 488 | 3 085 502 | 1 504 763 | |
| 1911 | 5 428 878 | 3 924 115 | 3 278 855 | 2 150 023 | |
| 1912 | 6 487 553 | 4 337 530 | 3 336 575 | 3 150 973 | |
| 1913 | 7 685 762 | 4 534 784 | 3 825 239 | 3 880 523 | |
| 1914 | 7 795 888 | 3 935 365 | 4 401 080 | 3 394 808 | |

Tabelle III.

Ausgaben der Hauptkasse für Unterstützungszwecke

| Jahr | überhaupt | in Prozent | | Jahr | überhaupt | in Prozent | |
|------|-----------|--------------------|---------------------|------|-----------|--------------------|---------------------|
| | | der Gesamtausgaben | pro Mittgl. u. Jahr | | | der Gesamtausgaben | pro Mittgl. u. Jahr |
| 1890 | 82 | 4,53 | 0,04 | 1902 | 68 104 | 33,80 | 2,03 |
| 1891 | 595 | 13,89 | 0,27 | 1903 | 164 500 | 53,08 | 4,44 |
| 1892 | 1 033 | 14,99 | 0,43 | 1904 | 193 723 | 51,01 | 3,94 |
| 1893 | 1 458 | 10,04 | 0,38 | 1905 | 504 277 | 63,26 | 7,56 |
| 1894 | 2 861 | 13,28 | 0,51 | 1906 | 1 107 677 | 66,74 | 9,57 |
| 1895 | 4 847 | 17,83 | 0,72 | 1907 | 1 022 881 | 60,23 | 7,62 |
| 1896 | 33 222 | 45,83 | 2,95 | 1908 | 1 298 941 | 63,30 | 9,54 |
| 1897 | 18 507 | 30,02 | 1,18 | 1909 | 1 566 837 | 65,64 | 11,53 |
| 1898 | 17 194 | 20,17 | 0,94 | 1910 | 2 114 471 | 68,54 | 13,29 |
| 1899 | 41 057 | 30,39 | 1,82 | 1911 | 2 151 949 | 65,63 | 11,77 |
| 1900 | 97 877 | 43,51 | 3,17 | 1912 | 2 093 829 | 62,75 | 10,22 |
| 1901 | 144 662 | 45,16 | 4,54 | 1913 | 2 515 012 | 65,75 | 11,97 |
| | | | | 1914 | 3 275 326 | 74,72 | 18,17 |

Während im Jahre 1914 der Jahresbeitrag eines männlichen Mitgliedes 7,8 mal größer ist als 1890 und der eines weiblichen Mitgliedes 5 mal höher als 1893, ist die im letzten Jahre auf ein Mitglied im Durchschnitt entfallende Unterstützungssumme 4,54 mal größer geworden als sie 1890 war. Am 1. Oktober 1905 trat die Erwerbslosenunterstützung in Kraft. Die Mehrausgaben stiegen dadurch 1906 gegen 1905 um 603 400 Mk. gleich 120 Prozent. Die Unterstützungsausgaben überhaupt betragen 1905 bereits 63 Prozent von den Gesamtausgaben, obwohl die Erwerbslosenunterstützung erst im letzten Quartal zur Auszahlung kam. Von da an ist der Betrag für Unterstützungszwecke nicht mehr unter 60 Prozent der gesamten Ausgaben geblieben. Den höchsten Stand erreichten die für Unterstützungszwecke aufgewandten Mittel im Kriegsjahre 1914. Von 4 401 080 Mk. Gesamtausgaben entfallen auf Ausgaben für Unterstützungszwecke 3 275 326 Mk., das sind 74,72 Prozent, ohne die Unterstützungsausgaben der Zahlstellen aus den Vorkassen. Damit ist gesagt, daß 1914 noch mehr als 74,72 Prozent der Gesamtausgaben für Unterstützungszwecke aufgewendet wurden. Das gleiche gilt für die früheren Jahre.

Aber auch die Ausgaben pro Mitglied und Jahr zeigen, daß der Mitgliedschaft die Unterstützungszwecke in immer höherem Maße zugute gekommen sind. Während 1890 auf ein Mitglied 4 Pf. entfallen, haben wir 1914 18,17 Pf. pro Kopf auszahlen können.

Wären wir heute zurück auf den hinter uns liegenden Weg unter Zuhilfenahme der angeführten Zahlen, so dürfte mancher von uns selbst über seine einstmaligen „rückständigen“ Anschauungen lächeln, die er gegen höhere Beiträge und gegen die Unterstützungseinrichtungen ins Feld führte. Die Theorie war gut gemeint, aber die Praxis war uns eine bessere Lehrmeisterin. Wir haben eben umgelernt, nicht zum Schaden der Organisation, d. h. ihrer Mitglieder.

Die ersten Anfänge einer Organisation der Fabrikarbeiter in Hamburg.

Den älteren Verbandsmitgliedern wird die Zeit am Rite und Ende der achtziger Jahre noch in Erinnerung sein. Es waren die letzten Jahre des Sozialhygienegeistes sozialer Angewandten. Der die Zeit überlebte hat, mag es zu erwidern, mit wieviel Mühe und eigener Kasernen von einigen tüchtigen Kollegen den politischen Schülern und Beschäftigten zum Trotz gearbeitet wurde, um das Klassenbewußtsein unter den ungeliebten Arbeiter zu wecken und die Grundlagen einer Organisation zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu legen.

In Hamburg — zu jener Zeit Ende der achtziger Jahre — zeigte sich eine Bewegung, die sich in der Folgezeit als Arbeiterbewegung entwickelte. Es wurden öffentliche Versammlungen für die Gewerkschaften, zunächst im Konventssaal, einberufen und der Tagesordnung: „Das Realisationsrecht und die Gründung eines Vereines aller angelernten Fabrikarbeiter.“ Der Redner, der dieses Thema behandelte, griff jedoch zu weit ins Politische, was auch dem damaligen Hamburger Arbeiterbewusstsein nicht zuwider war, und zur Auflösung der Versammlung führte. Doch die Anführung führte zur Idee für die Sache. Der Mann war jetzt im Stille, und es gab kein Hindernis mehr. Der Mann war jetzt im Stille, und es gab kein Hindernis mehr. Der Mann war jetzt im Stille, und es gab kein Hindernis mehr.

eine Kommission gewählt, die bis zur nächsten Versammlung die nötigen Sonntagsarbeiten erledigen, auch ein Vereinsamt ansarbeiten sollte. Die Kommission fungierte zugleich als provisorischer Vorstand und bemühte sich, gemeinsam mit mehreren Kollegen für den Lokalverein schon Mitglieder aufzunehmen.

Die dritte Versammlung, die Mitte Oktober 1889 stattfand, war nur mäßig besetzt. Es waren allerdings auch nur diejenigen geladen, die gewillt waren, dem neuen Verein als Mitglieder beizutreten. Auf der Tagesordnung stand die Beratung der Statutenvorlage, die übrigens sehr schnell erledigt wurde. Beschlissen wurde, das Eintrittsgeld auf 10 Pf., den monatlichen Beitrag auf 20 Pf. festzusetzen. Zur Leitung der Vereinsgeschäfte wurde ein aus fünf Personen bestehender Vorstand gewählt.

Die schon erfolgten Annahmen ergaben eine Mitgliederzahl von etwa 240 Personen, die sich später durch rege Agitationsarbeit usw. bis Anfang des Jahres 1890 auf 360 Mitglieder erhöhte. Es wurden dann auch in Hamburg für das Stadtgebiet Versammlungen abgehalten und ein Lokalverein auf derselben Basis gegründet, jedoch mit dem Unterschied, daß in Hamburg auch weibliche Mitglieder aufgenommen werden sollten. Innerhalb zweier Monate war eine Mitgliederzahl von 130 bis 140 vorhanden.

Es weit waren wir glücklich, als die erste Maifeier im Jahre 1890 aus einem Kinobühnenhause. Es erfolgte zahlreichere Entlassungen derjenigen Arbeiter, die am 1. Mai den Reichstagen mitgemacht hatten. Unsere Arbeitergeber forderten Austritt aus dem Lokalverein. Die junge Organisation war nicht imstande, all das Elend der Arbeitslosigkeit zu mildern. In allem Drange brah auch noch in der Goldwahrenfabrik von Richter u. Co. in Altona im Juli desselben Jahres ein Streik aus, an dem der Unterbezirk mit weiteren 64 Kollegen beteiligt war. Für die lokalen Mittel unseres Vereines, die ohnehin schon durch die Folgen der ersten Maifeier geschwächt waren, war das ein harter Schlag. Wir suchten und fanden Hilfe bei dem damals noch losen, mehr provisorischen Gewerkschaftsverband in Hamburg, das uns mit viel finanziellen Mitteln unterstützte, um die Kollegen in dem Streik, der nahezu 3 1/2 Monate dauerte, über Wasser zu halten; nach dieser Zeit mußte der Kampf als verloren angesehen werden. Unser Lokalverein hatte durch den harten Schlag sehr gelitten. Jetzt griff uns aber unser Bruderverein in Hamburg, zwar nicht finanziell, aber doch bei der Agitation kräftig unter die Arme.

Nach vor diesem Kampf erreichte uns ein Ruf, der von mehreren Kollegen in Hannover ausging und uns die Notwendigkeit eines Kongresses

aller nichtgewerbliehen Arbeiter Deutschlands vor Augen führte, um eine bessere Nachweisung für die wirtschaftlichen Interessen dieser Arbeiter durch eventuelle Gründung eines Zentralverbandes in die Wege leiten zu können. Dieser Gedanke, der schon bei Gründung unserer Organisation seinen Ausdruck, aber wegen der Gegenströmung nicht die nötige Beachtung fand, wurde bei uns von allen Seiten mit Freuden begrüßt. Keiner wollte zurücksehen, den Kongress durch eine Delegation zu beschicken. Dem Lokalverein in Barnbeck fehlten hierzu aber die Mittel und so wurde eine Verhandlung mit den Kollegen in Hamburg gesucht, dahingehend, daß eine kombinierte Mitgliederversammlung stattfand, in der beschlossen wurde, die beiden Vereine auf dem Kongress, der vom 29. Juni bis 2. Juli in Hannover stattfinden sollte, durch drei Delegierte vertreten zu lassen. Den Delegierten wurde der Auftrag mitgegeben, eine zentrale Organisation für ganz Deutschland zu beschreiben, jedoch sollte das nicht als ein gebundenes Mandat aufzufassen sein. Gewählt wurden die Kollegen Krens, Salas und der Schreiber dieser Zeilen.

Ueber den Verlauf des Kongresses habe ich hier nicht zu berichten. Bemerkenswert ist nur, daß bei der Beschlussfassung über die Hauptfrage, ob zentrale oder lokale Organisation, die letztere Form mit großer Majorität Annahme fand.

Nach diesem Ausgang mußte man die Frage des Anschlusses unseres Fabrikvereins an den Verband in Fluß gebracht werden, was uns sehr leicht fiel. Im Herbst 1890 schloß sich die Mitgliedschaft Hamburg (Stadtgebiet) mit 124 Kollegen dem Zentralverbande an. Durch unliebsame Verzögerungen und durch den Ausbruch der Cholera im Sommer 1892 kam die Mitgliedschaft Barnbeck erst später, im Oktober 1892, mit 140 Kollegen zum Einzug.

Wie bei jeder Neuerung, deren praktische Vorteile nicht sofort ersichtlich waren, auch hier wieder die sogenannten Unkenrufe vernegbar, die da meinten, das ganze Unternehmen sei noch nicht reif, also das Kind sei zu früh geboren. Die Entwicklung unseres Verbandes in den 25 Jahren hat die Schwärzgeher jener Zeit befehrt. Trotz heftiger Stürme und polizeilicher Verfolgungen sind wir Jahr um Jahr vorwärts gekommen. Und wir werden, so trübe auch jetzt die Aussichten sein mögen, weiter vorwärts kommen, wenn erst dieses Völkerringen beendet ist. Viele, sehr viele brave Kollegen haben uns verlassen müssen; da ist es doppelt und dreifach notwendig, daß die in der Heimat Geliebten die Parole unserer alten Verbandskämpfer an den achtziger Jahren hochhalten, die da hieß: Nicht verzagen, Kopf hoch und vorwärts, immer vorwärts! Carl Vogt, Hamburg.

Aus dem Verdegang der Ziegeleiarbeiter-Organisation.

Die Vorläufer der heutigen Ziegeleiarbeiter-Organisation verdanken ihren Ursprung dem Kunstwesen des Mittelalters, das auch das damalige Zieglerhandwerk in seinem Bannkreis zog. Schon im Jahre 1557, so berichtet eine Urkunde, besagten sich die Zieglermeister, daß die Zieglerrechte gleich den andern Handwerken ein „künftig Wesen“ begehren, das heißt bei der Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitzureden verlangten. Zweifellos stand hinter diesem Begehren eine Korporation als treibende Kraft, deren Existenz sich aber nicht weiter verfolgen läßt.

Im Jahre 1785 erfolgte die Gründung der Mecklenburger Zieglergesellen-Brüderschaft, die auch heute noch besteht. Die Mecklenburger Zieglermeister ersuchten im genannten Jahre „alleruntertänigst“ den Herzog Friedrich Franz I. von Mecklenburg-Schwerin, ihnen das Recht der Handwerkerzünfte zu gewähren. Nach einem in der „Zunftlade“ noch vorhandenen Protokoll wurde das Gesuch im Juli 1785 „landesherzlich“ genehmigt. Der damit errichteten Ziegler-Zunftung gehörten damals 14 Zieglergesellen an. Die gemeinsame Zunftung der Meister und Gesellen war aber nur von kurzer Dauer. Infolge der „widerstreitenden Interessen“ konnten sie sich nicht vereinigen, so daß schon im Jahre 1798 die Zunftung getrennt und für die Gesellen eine Brüderschaft geschaffen wurde.

Jeder junge Mann, der das „ehrbare Handwerk der Ziegler“ erlernen wollte, mußte bei einem Zunftmeister eine dreijährige Lehrzeit durchmachen. Diese Verpflichtung besteht auch heute noch. Als Lohn erhält der Zieglerlehrling heute in der Regel außer freier Station im ersten Jahr 100 Mk., im zweiten Jahr 120 Mk. und im dritten Jahr je nach Leistung und Betragen 150 bis 200 Mk. Nach Ablauf der Lehrzeit muß sich der Lehrling einer praktischen und theoretischen Prüfung unterziehen. Die gekürzten Lehrlinge werden dann auf dem „Quartal“ (Generalversammlung), das alljährlich im Herbst stattfindet, ausgeschrieben, das heißt sie werden „vor offener Lade“ unter allerlei Zeremonien als „rechtfähigere Zieglergesellen“ in die Brüderschaft aufgenommen.

Einen nennenswerten Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vermochte die Zieglergesellen-Brüderschaft noch nicht auszuüben. Ihre Bedeutung wird denn auch durch die Tatsache wiedergegeben, daß in den 125 Jahren — von 1785 bis 1910 — nur 2144 Zieglergesellen aufgenommen wurden.

Ein ähnliches Gebilde ist auch die 1890 gegründete „Ziegler-Zunftung zu Güstrow“. Der hier herrschende mittelalterliche Geist wird schon durch nachstehende Bestimmung des Statuts gekennzeichnet:

„§ 48. Der Gesellen Wanderzeit ist von Martini bis 1. April, und wird der mit den Gesellen vereinbarte Lohn vom 1. April bis Martini berechnet, wenn auch der Lohn in der Winterzeit vereinbart und die Arbeit dann begonnen hat.“

Diese Bestimmung besagt also, daß die vor dem 1. April geleistete Arbeit nicht bezahlt wird. Daß der Andrang von Zieglerlehrlingen zu dieser Korporation nicht allzu groß ist, dürfte wohl verständlich erscheinen.

Einem andern Versuch, die Ziegeleiarbeiter zu organisieren, begegnen wir in Lippe. Dort bildeten sich vom Jahre 1885 an in allen größeren Orten lokale Zieglervereine, die sich gegen die Ausschüffe des Agentenwesens richteten. Die ursprüngliche Absicht der Gründer, die Lokalvereine nach genügender Schulung zu einer Zentralorganisation zu vereinen, scheiterte. Heute sind die lippeischen Zieglervereine ausnahmslos Bergnützungsvereine.

Wie in Lippe, so entstanden in den achziger Jahren auch in andern Orten, so in Herzfelde, Rehin, Luedenwalde, Magdeburg, Werder a. d. S., Bienenkauf usw., lokale Zieglervereine. Den Anstoß hierzu gaben fast allgemein die beruflichen Fachvereine und deren Drängen nach besseren Existenzbedingungen. Damit war den Vereinen ein gewisser Kampfesgeist schon mit in die Wiege gegeben, der durch ein in Hamburg herausgegebenes Vereinsblatt noch genährt wurde. Im Oktober des Jahres 1889 fand auf Anregung des Zieglervereins in Werder eine Konferenz zu Magdeburg statt, auf der sich die anwesenden Vereine für die Gründung einer Zentralorganisation und eines eigenen Verbandsorgans erklärten.

Die neue Ziegeleiarbeiterorganisation — die erste auf moderner Grundlage — führte den Namen „Freie Vereinigung der deutschen Ziegler und Ziegeleiarbeiter“ und hatte ihren Sitz in Werder a. d. Havel. Das Verbandsorgan betitelte sich „Der Ziegler“ und erschien zum erstenmal am 1. Dezember 1889 als Agitationsnummer. Ihm war jedoch nur eine kurze Lebensdauer beschieden, denn schon am 1. April 1890 beschloß der erste Verbandstag zu Luedenwalde, das Vereinsblatt der deutschen Ziegelei-Arbeiter“ wiederum als Verbandsorgan zu benutzen. Der geringe Beitrag von wöchentlich 10 Pf. und die ungünstige Jahreszeit hatten offenbar an diesem Beschluß erheblichen Anteil. Ferner beschloß der Verbandstag, den Namen der Organisation in Verband der deutschen Ziegeleiarbeiter“ abzuändern.

Interessant sind die Schilderungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der damaligen Zeit. Auf einer Konferenz zu Rehin im Jahre 1889 wurde beispielsweise angeführt, daß die Arbeitszeit in den Ziegeleien von Herzfelde 14 bis 18 Stunden

Der Ziegler.

Zeitschrift für die Interessen der Ziegler und verwandten Berufsgenossen. Organ der freien Vereinigung der deutschen Ziegler und Ziegeleiarbeiter. (Mit Wochenschrift.) (100 Hefen a. 1. Band) 1. Jahrgang. Gumburg, 20. Dezember 1890. Nr. 1.

täglich betrage. In den Ziegeleien von Werder verdient die Grubenarbeiter bei 14stündiger Arbeitszeit 1.80 Mk. pro Tag, während die Brenner 2 Mk. erhielten. Die Arbeitszeit der lippeischen Ziegler wurde allgemein als 16 bis 18stündig bezeichnet. Das Morgenfrühstück werde, so heißt es, selbst im Hoch-

Die sittlichen Zustände der damaligen Zeit finden ihre Würdigung durch eine Polizeiverordnung, in der es nach dem Gewerbeinspektionsbericht aus R Bln hieß: „Weibliche Personen müssen bei ihrer Beschäftigung auf den Ziegelfeldern eine Kleidung tragen, welche wenigstens bis zu den Knien reicht und die Brust vollständig bedeckt.“

Diese Verhältnisse waren naturgemäß nicht dazu geschaffen, die junge Zieglerorganisation rasch emporblühen zu lassen. Vielmehr ging sie nach dem ersten Anlauf schnell zurück. Als im Jahre 1893 die Mitgliederzahl auf sieben gesunken war, löste sich der Verband auf.

Im November desselben Jahres ging ein Aufruf an die Ziegeleiarbeiter durch die Arbeiterpresse, der zum Anschluß an den „Allgemeinen Verein der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands“ aufforderte. Der Aufruf war von dem Gedanken geleitet, daß der Töpferverband neben dem erforderlichen Agitationsapparat als mit den Ziegeleiarbeitern verwandte Organisation auch die nötige Anziehungskraft besitze. Um den Ziegeleiarbeitern in jeder Hinsicht gerecht zu werden, nannte sich der Töpferverband nun „Verband der Töpfer und Ziegler“ und setzte für die Ziegeleiarbeiter eine besondere Agitationskommission ein. In einigen Orten, so in Ued., Belten, Bimndorf usw., gelang es dem Verband auch, festen Fuß zu fassen. Im allgemeinen blieb jedoch seine Mühe unbelohnt, so daß die anfangs betätigte Energie bald erlahmte. Im Jahre 1898 stellte der Verband die Agitation unter den Ziegler ganz ein, da sie sich als eine Last für ihn erwies.

Zur gleichen Zeit gründete sich in Dortmund mit Unterstützung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ein neuer Zieglerverband, die „Freie Vereinigung der Ziegler Deutschlands“, mit dem Sitz in Dortmund. Der wöchentliche Beitrag wurde für männliche Mitglieder auf 15 Pf. festgesetzt. Vom 1. November bis 1. April wurden keine Beiträge erhoben. Als Publikationsorgan wurde „Der Arbeiter“, die Verbandszeitung der Bauhilfsarbeiter, bestimmt. Die gehegten Hoffnungen der Vereinigung blieben jedoch unerfüllt. Wie bei der ersten selbständigen Ziegeleiarbeiterorganisation, so erwies sich hier der vorhandene Agitationsapparat als zu winzig, um der übernommenen ungeheuren Aufgabe gerecht zu werden. Einige Erfolge waren nur in Hagen, Hörde, Schwelm, Sferlohn und Mannheim zu verzeichnen. Der daraus resultierende Mißmut brachte die Vereinigung im Jahre 1899 zur Auflösung. Schon im Jahre 1900 wurde zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und den interessierten Verbänden die Vereinbarung getroffen, daß der Verband der Fabrikarbeiter die zuständige Organisation für die Ziegeleiarbeiter sein solle. Die in jener Zeit noch außerordentlich verschiedenartig gelagerten örtlichen Verhältnisse führten jedoch, entgegen diesen Einheitsbestrebungen, zur Zersplitterung in verschiedene Verbände, die der Zieglerbewegung naturgemäß nicht besonders förderlich war. Im Herbst des Jahres 1905 erging daher von einem Ziegeleiarbeiter-Verein in Belten die Anregung, zur Schaffung einer einheitlichen Organisation eine Zieglerkonferenz einzuberufen. Die Generalkommission kam diesem Verlangen entgegen und berief zu Pfingsten 1906 eine Konferenz nach Magdeburg, die sich für den Verband der Fabrikarbeiter als allein zuständige Organisation entschied.

Nach dieser Konferenz setzte eine allgemeine Werbearbeit unter den Ziegeleiarbeitern ein, in manchen Orten mit nur mäßigem, in andern mit sehr gutem Erfolg. In zahlreichen Lohnkämpfen wurden die Arbeitsbedingungen wesentlich verbessert. In den Jahren von 1906 bis 1913 fanden in 749 Ziegeleien Lohnbewegungen statt, an denen insgesamt 35.147 Ziegeleiarbeiter beteiligt waren. Wenn heute die Ziegeleiarbeiter nicht mehr mit 17 Pf. pro Stunde entlohnt werden, wenn sie keine achtzehn Stunden täglich mehr zu fronen brauchen, wenn sie etwas mehr als Mensch geachtet werden, wenn sie mehr Einfluß auf die Gesetzgebung erlangt haben, so ist das nur der Erfolg der Organisation.

Der Verband der Fabrikarbeiter hat damit den Beweis erbracht, daß er der Aufgabe gewachsen ist, die ihm auf der Magdeburger Konferenz gestellt wurde. Alle Einwände, daß den Ziegeleiarbeitern nur durch eine reine Berufsorganisation zu helfen sei, sind hinfällig geworden. Bei dem Kampf um eine bessere Existenz entscheidet nicht der Charakter und Namen der Organisation, sondern ihre Stärke und Ausdehnung, ihre Mittel und deren Anwendung, ihr Wille und ihre Energie. Das alles haben die Ziegeleiarbeiter in günstigem Maße nur im Verband der Fabrikarbeiter gefunden, und ihre Pflicht ist es daher, an dieser ihrer Organisation regsam mitzuwirken, damit der neue Abschnitt, den wir im Verdegang der Ziegeleiarbeiter-Organisation nun beginnen, endlich das volle Maß an Brot und Recht für sie bringen möge.

Chr. Berg.

Advertisement for 'Gesellen der Ziegler-Zunftung zu Güstrow'. It features a decorative archway with the text 'Gesellen der Ziegler-Zunftung zu Güstrow' and 'Ziegelei-Handwerk'. Below the archway, there is a circular logo with 'ZIEGLER-INNUNG' and '13. November 1890'. The text describes the organization's history and its goals, mentioning a meeting in Güstrow on November 13, 1901. It lists the board members: Vorstand (Schwarz), Schriftführer (Hilff), and Kassier (H. Otto). The address is given as 'Güstrow, des 13. November 1901'.

sommer bei Licht eingenommen, und des Abends gehe es, bis die Nacht dem rastlosen Würgen ein Ziel setze. Bei dieser Arbeitszeit erzielten die lippeischen Ziegler im Jahre 1888, nach einem Bericht des lippeischen Handels- und Gewerbevereins, einen durchschnittlichen Kampagneverdienst von 525 Mk., wovon sie nach Abzug der Unterhaltskosten noch durchschnittlich 375 Mk. mit in die Heimat brachten. In einer Versammlung zu Luedenwalde im September 1889 wurde der bezeichnende Beschluß gefaßt, nicht mehr unter 20 Pf. Stundenlohn zu arbeiten.

Vereinsblatt der deutschen Ziegelei-Arbeiter.

Zeitschrift für die Interessen der Ziegler und verwandten Berufsgenossen. Organ der freien Vereinigung der deutschen Ziegler und Ziegeleiarbeiter. (Mit Wochenschrift.) (100 Hefen a. 1. Band) 1. Jahrgang. Gumburg, 20. Dezember 1890. Nr. 1.

In der in Lemgo erscheinenden „Bippischen Post“ veröffentlichte eine Anzahl Zieglermeister aus Drochtersen an der Unterelbe eine Erklärung, in der es heißt: „Wir unterzeichneten Zieglermeister verpflichten uns hiermit, vom 1. April 1890 an unsere Ziegeleiarbeiter täglich nur von 4 Uhr morgens bis 8 Uhr abends arbeiten zu lassen.“ Ebenso wandten sich auch die Zieglermeister aus Kestede i. Oldenburg gegen die lange Arbeitszeit, die von morgens 8 Uhr bis abends 9 Uhr währte, weil bei der schweren Arbeit eine nur fünfstündige nächtliche Ruhe ungenügend sei.

Pionierarbeit in der chemischen Industrie.

Wohl der größte Teil der jetzigen Zentralorganisationen hatte in den Fünften des Mittelalters und in lokalen Fachvereinen der Neuzeit seine Vorläufer. Auf Grund ihres Alters, ihrer Bedürfnisse und Kämpfe läßt sich für viele ein mehr oder weniger interessanter Rückblick auf ihre Geschichte geben. Für die Organisationsbestrebungen der Arbeiter der chemischen Industrie trifft alles das nicht zu. Sie treten erst in den letzten dreißig Jahren zutage. Die Ursachen hierzu liegen im Alter der chemischen Industrie selbst. Noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bedurfte Deutschland seinen Bedarf an Soda und Pottasche vorwiegend aus England. Nur eine Anzahl Betriebe, welche Schwefelsäure, das „Handwerkzeug“ der chemischen Industrie, in recht primitiven Verfahren herstellten, waren vorhanden. Erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich das Herstellungsverfahren zum Großbetrieb. Neben der Schwefelsäurefabrikation breitete sich die Sodafabrikation aus, die für ihre Hauptprodukte in der Textilindustrie und für alle ihre Produkte in der aufstrebenden Teerfarbenindustrie Absatz fand.

Mit dem Emporblühen der chemischen Großindustrie wuchs naturgemäß die Nachfrage nach Arbeitern. An die Mehrzahl derselben wurden keine besonderen Anforderungen bezüglich ihrer Handfertigkeit gestellt. Nur Gesundheit und körperliche Kraft mußte der Arbeitssuchende haben, um in einer chemischen Fabrik tätig sein zu können. Solche Arbeitskräfte lieferten unter die umliegenden Dörfer und später weiter abgelegene Orte. Nur zu Zeiten guter Konjunktur fehlten der chemischen Industrie vorübergehend die Arbeitskräfte. Wer es irgend ermöglichen konnte, suchte in solchen Zeiten der nicht gerade angenehmen, aber sehr ungesunden Arbeit in chemischen Betrieben zu entfliehen.

Die mehr als jämmerliche Bezahlung stand in schreiendem Gegensatz zu dem Unternehmergewinn und dem Verschleiß der Arbeitskräfte und der Gesundheit. Der Bericht der bayerischen Gewerbeinspektoren für das Jahr 1881 errechnet die chemischen Industriearbeiter Ludwigschafens einen Durchschnittslohn von 13,88 M. in der Woche. Im Jahre 1882 wird aus gleicher Quelle mitgeteilt, daß der Durchschnittslohn für über 16 Jahre alte männliche Arbeiter 17,42 M. betrug. Dieser Lohn sollte nach dem Bericht der preussischen Handelskammer von 1889 in der dazwischenliegenden Periode um 10 bis 20 Prozent gestiegen sein; er hätte demnach 1889 etwa 3 bis 3,60 M. betragen. Diese Mitteilungen stehen aber im Widerspruch zu den von Ehrhardt in der V. A. S. F. in Ludwigschafen im Jahre 1891 ermittelten Löhnen. Ehrhardt erhielt aus 14 Betriebsabteilungen Angaben über die Lohnhöhe. Diese schwankte in 13 Abteilungen zwischen 2,20 und 2,75 M. pro Tag; nur im Alkali stieg der Lohn auf 3,20 M. Diese Angaben beziehen sich auf über 20 Jahre alte Arbeiter; für solche von 14 bis 20 Jahren schwankte der Durchschnittslohn zwischen 1,20 bis 1,50 M. In vielen andern Orten und Betrieben waren die Löhne noch niedriger.

Schmerzhaft war es den Arbeitern geradezu unmöglich, mit solchen Löhnen rechtchaffen auszukommen. Nach den Angaben des bayerischen Fabrikinspektors Wörtschöfer war in den Jahren 1890/91 zur Ernährung einer fünfköpfigen Familie jährlich ein Betrag von 1300 M. erforderlich. Der damals in normaler Arbeitszeit verdiente Jahreslohn erwachsener Fabrikarbeiter betrug in Ludwigschafen aber nur 750 M. Das Defizit mußte durch Ueberarbeit, Inanspruchnahme der Armenpflege, Mitarbeit der Frau und der Kinder oder durch Schuldenmachen beim Kleinkrämer gedeckt werden.

Die Mehrzahl der chemischen Betriebe hatte für Lösung der Defizitfrage insofern Verständnis, daß sie, statt Lohnausgleich zu zahlen, den Arbeitern Ueberstundenarbeit empfahl. Neben den durch den ununterbrochenen Betrieb erforderlichen Beschäftigten gab es allabendlich solche Verdienstmöglichkeit. Von hier und da aufstehenden Einsänden gegen die überlange Arbeitszeit nahm man kaum Notiz; oder man hatte die echt menschliche Lebensart bereit, daß der Arbeiter im Verdacht seiner Arbeitskraft nicht gehindert werden dürfe, weil eine derartige Beschäftigung einem Eingriff in die persönliche Freiheit gleichkomme. So stand die Normalarbeitszeit nur auf dem Papier. In Wirklichkeit schufteten die Arbeiter aus Not 24, 36, ja 48 Stunden hintereinander, machten täglich ihre zwei und mehr Ueberstunden, welche anfangs zum gleichen Betrage des Stundenlohnes, später mit einem besonderen Aufschlag bezahlt wurden. Arbeitszeiten von 70, 80 und mehr Stunden in

der Woche waren für Arbeiter kontinuierlicher Betriebe die Regel. Die Arbeiter hatten für die Schäden der übermäßigen Ausnutzung ihrer Arbeitskraft vielfach nicht das richtige Verständnis. So faßten viele von ihnen die lange Ueberarbeit nicht als ein Uebel, sondern als besondere Vergünstigung auf. Weil durch die ungeheuren Anforderungen an die Arbeitskraft die Gesundheit der Arbeiter, die ohnehin durch ätzende und giftige Stoffe, die bei verschiedenen Arbeitsprozessen verwendet oder frei wurden, sehr litt, oft nach kurzer Zeit ruiniert war, stellten die Unternehmer vorwiegend frische, rüstige Arbeitskräfte ein. Viele machten die Arbeiterannahme von einer ärztlichen Untersuchung abhängig und stellten nur Arbeiter ein, die das 33., höchstens 38. Lebensjahr nicht überschritten hatten.

Die Arbeiter suchten den zum Teil außerordentlich traurigen Verhältnissen durch den Wechsel der Arbeitsstelle zu entgehen. Sie fanden bei der Arbeit in andern Industriezweigen wohl annähernd dieselben Löhne, waren aber wenigstens der gesundheitschädlichen Arbeit in manchen Betriebsabteilungen der chemischen Industrie nicht mehr ausgesetzt. Durch den Wechsel der Arbeitsstelle — der noch heute in manchen Betriebsabteilungen der chemischen Fabriken überaus stark ist — wurde naturgemäß eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht erzielt. Schließlich brach die Erkenntnis durch, daß durch einmütigen Zusammenhalt aller etwas erreicht werden könnte.

Die erbärmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, die oft menschenunwürdige Behandlung der ungelerten Arbeiter ließen Ende der achtziger Jahre den Gedanken des Zusammenschlusses aufkeimen. An mehreren Industrieorten Deutschlands entstanden Sozialorganisationen der nichtgewerblichen Arbeiter, zum Teil solche, die ausschließlich oder überwiegend aus Arbeitern der chemischen Industrie bestanden. Auf dem Kongress aller nichtgewerblichen Arbeiter im Jahre 1890 waren Delegierte aus Bitterfeld, Elberfeld und Höchst a. M. vertreten, welche in ihrem Situationsbericht die Lage der Arbeiter der chemischen Industrie vorwiegend berückichtigten.

Nach der Gründung des Zentralverbandes der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands kam die Agitation für den Zusammenschluß der Arbeiter der chemischen Industrie etwas in Fluß. In zahlreichen Orten mit bedeutenden chemischen Fabriken fanden die Arbeiter Gelegenheit, sich zu organisieren. So wurden 1891 die Fachstellen Mainz, Offenbach und Frankfurt am Main, 1892 Barmen, 1893 Biebrich, 1894 Ludwigschafen, 1895 Darmstadt, Köln, Münsing a. d. W., Barmen und Hanau, 1897 Dresden, Mannheim, Schweinfurt, 1898 Bitterfeld, Kalbe, Goslar, Mülheim a. Rh., Münsing a. d. S., 1899 Ummendorf, Gießhübel, Heilbronn, Schönebeck, Roswig i. Anh., Jernitz, 1900 Essen, Stahlfurt und Greppin gegründet. Weitere Gründungen folgten im Laufe der Jahre.

In den Jahren 1890 bis 1900 entwickelte sich die Organisation langsam, aber stetig vorwärts. Größere Differenzen werten in den ersten Jahren in der chemischen Industrie mit Ausnahme des Streiks in den Harburger Delwertwerken nicht zu verzeichnen, und die Unternehmer, die schon im Jahre 1877 den „Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie“ zur Wahrung ihrer eigenen Angelegenheiten gegründet hatten, legten der aufkeimenden Arbeiterorganisation anfangs keine besonderen Schwierigkeiten in den Weg. Noch ließen sich die Arbeiter ohne Murren mit niedrigen Löhnen abfinden, und die in einer Anzahl Großbetriebe geschaffenen Wohlfahrtsvereine erfüllten als Beschäftigungsmittel ihren Zweck. Auch in den ersten drei Jahren nach 1900 ereigneten sich nur kleinere Zwischenfälle. Kein Wunder weiter; die Unternehmer hatten billige Arbeitskräfte und hohen Gewinn.

Kein andrer als Professor Duisberg war es, der die niedrigen Löhne der Arbeiter der chemischen Industrie Deutschlands hervorhob. Allerdings tat er das nicht in Deutschland, sondern in Amerika anlässlich einer Studienreise. Im Klub der Chemiker von New York führte er aus, daß die chemische Industrie Deutschlands von der Amerikas nicht überflügelt werden könnte, weil die amerikanischen Arbeiter außerordentlich hohe Löhne bezögen. Die Elberfelder Farbwerke zahlten 1903 noch Löhne von 2,50 bis 3 M. für erwachsene Fabrikarbeiter. Als dann im Jahre 1904 die Arbeiter der Leberhäuser Werke angeführt der hohen Gewinne auch für sich mehr Lohn beanspruchten, da war es wiederum der gleiche Duisberg, der mit allen Machtmitteln dagegen ankämpfte.

Der spontan ausgebrochene Streit ging verloren, aber das Unternehmen mußte sich dazu bequemen, höhere Löhne zu zahlen. Die Angst vor den Folgen einer geschlossenen Arbeiterorganisation ist dort so groß, daß das Unternehmen alljährlich beträchtliche Summen für sogenannte Wohlfahrtsvereine ausgeben muß, die Einstellung der Arbeiter beim Austritt aus der Organisation abhängig macht und die Arbeiter durch ihr ergebene Spitzel beaufsichtigen läßt. Das Klassenbewußtsein der Arbeiter gerät allerdings mit solchen Bekämpfungsmethoden in Widerspruch, und da die Firma darauf bestand, nur in allen Dingen willfährige Leute zu beschäftigen, so mußte sie zur Beschaffung derselben Agenten in allen Teilen Deutschlands einsetzen, die die Spitzeldienste verrichteten. Arbeiter, die den freien oder Pirsch-Dunderschen Gewerkschaften angehören, werden nicht eingestellt. So achtet dieses Unternehmen das Reaktionsrecht, von dem es selbst zur Wahrung seiner Interessen den ausgiebigsten Gebrauch macht.

Eine Sturm- und Drangperiode brachte das Jahr 1906. Der neue Posttarif warf in Gestalt erhöhter Lebensmittelpreise seine Schatten voraus, und die Unternehmer der chemischen Industrie gedachten vor Zurücktreten derselben ihre Schächeln ins trockne zu bringen. Sie vergaßen vor lauter Nehmen das Gehen. So entstand im Januar 1906 in der V. A. S. F. in Ludwigschafen spontan ein größerer Zustand, der zu Lohnerschöbungen führte. Die Unternehmer der gesamten Industrie Deutschlands mußten Lohnerschöbungen vornehmen, die Arbeiterorganisationen erlebten allerdings einen noch nie dagewesenen Aufschwung. Auch die Zahl der organisierten Arbeiter der chemischen Industrie wuchs zusehends.

Am 22. März 1908 tagte in Offenbach eine speziell für die Arbeiter der chemischen Industrie einberufene Konferenz, auf welcher 33 Delegierte aus dem Rhein- und Maingau vertreten waren. Ihre Aufgabe war, sich über die zweckmäßigste Form der Agitation in der chemischen Industrie zu verständigen.

Damit allein konnte aber den Arbeitern der chemischen Industrie nicht geholfen werden. Die Zeit erforderte es, daß die organisierten Arbeiter der chemischen Industrie der Regierung und der Öffentlichkeit klarmachten, was zur Wahrung ihrer Interessen zu geschehen habe. Am 30. und 31. Mai 1909 tagte eine Konferenz für die in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu Frankfurt a. M. Sie war von 81 Delegierten besetzt. Auf die dort geleistete Arbeit näher einzugehen, verbietet uns der zur Verfügung stehende Raum. Die dort gefaßten Resolutionen dienen als Richtlinien auf dem Wege des Emanzipationskampfes der Arbeiter der chemischen Industrie.

Die Forderungen des Kongresses sind nicht ungehört verhallt. Von der Reichstagstribüne herab hat unser langjähriger Verbandsvorsitzender für Verbesserung des Arbeiterschutzes gekämpft und auch Erfolge erzielt. In agitatorischer Hinsicht haben wir die Sympathie aller rechtsdenkenden Arbeiter und ein stetes Wachsen organisierter Kämpfer aus den Reihen der Arbeiter der chemischen Industrie zu verzeichnen. Naturgemäß wuchs der Widerstand der Unternehmer gegen unsere Organisationsbestrebungen, aber sie konnten sich unsern Forderungen nicht ganz entziehen. Nachdem einige Großbetriebe vorausgegangen waren, brachte das Jahr 1911 Arbeitszeitverkürzungen für zahlreiche Betriebe. Es wurde der Beweis geliefert, daß der Achtstundentag in ununterbrochen tätigen Betrieben, der Neunstundentag in unterbrochener Betriebsfähigkeit durchführbar ist.

Mit dem Erfolgen der Organisation wuchsen, wie gesagt, die Erfolge; aber es wuchs auch der Widerstand der Unternehmer. Nachdem der Hinweis auf ihre Wohlfahrtsvereine nichts mehr nützte, versuchten sie in den letzten Jahren ihr Heil mit der Antippegarde — den Gelben. Wenn es ihnen infolge wirtschaftlichen Drucks auch gelang, in manchen Betrieben Gelbe zu züchten, so wird dieses „Gegengift“ auf die Dauer nicht standhalten. Die Lebensmittelpreise haben weitere Steigerungen erfahren, ein Ausgleich an Lohn muß immer wieder kommen. Allerdings wird er in voller Höhe freiwillig nicht gegeben werden. Ihn zu erhalten, kostet Kampf. Letzteren erfolgreich zu führen, ist nur einer starken, modernen Arbeiterorganisation möglich. Mögen deshalb die Arbeiter der chemischen Industrie zu gegebener Zeit tatkräftig am Ausbau einer Organisation mitarbeiten. Bei einmütigem Wollen und Handeln wird die Verbesserung ihrer Lebenshaltung erreicht und das Programm der Frankfurter Konferenz durchgesetzt werden können.

Martin Duch

Organisationsanfänge im Wuppertal.

In Deutschland waren in den achtziger Jahren nur wenige Orte, in denen die chemische Industrie Großbetriebe hatte. Neben Ludwigschafen, Höchst und Griesheim kam besonders Elberfeld in Frage, wo Bayer & Co. ihr Stammgeschäft aufgeführt hatten. Neben die wirtschaftliche Lage der Arbeiter dieser Firma trat in der Elberfelder „Arbeiter Zeitung“ am 1. März 1889 ein Artikel, der Kunde von der Forderung der Arbeiter der chemischen Industrie war. Eine Organisation der Arbeiter der chemischen Industrie war nicht vorhanden. Obwohl es die „Arbeiter Zeitung“ forderte, waren die Arbeiter der chemischen Industrie des Wuppertales mit ihrer traurigen Lage nicht zufrieden. Die Arbeiter hier waren den gebräuchlichen zu haben, die die Arbeiter unter Bezahlung mehr arbeiteten bei langer Arbeitszeit ausbeuteten. Nicht besser erging es den Bergarbeitern des Wuppertales. Der März des Jahres 1889 brachte eine ganze Anzahl von Streiks der Arbeiter und Arbeiterinnen gegen und für die Bewegung auch auf chemische Betriebe über.

Am 25. März 1889 traten die Arbeiter der chemischen Fabrik von Kemners in den Streik. Die Arbeitszeit betrug von 6 bis 7 Uhr für die Tage- und von 7 bis 6 Uhr für die Nachmittags. Es wurde hierauf ein Lohn von 15 M. pro Woche gefordert; nach 14 Tagen trat der Lohn auf 16,50 M. und nach bezahlter Dienstadt auf 18 M. pro Woche. Für die vielen Ueberstunden, die die Arbeiter und alle Tage machen mußte, wurde kein Aufschlag, sondern nur ein beschränkter Stundenlohn gezahlt.

Die Forderung der Arbeiter war: Zahlung eines Wochenlohnes von 21 M. für alle Arbeiter, Bergarbeiter der täglichen Ueberstunden; Sonntagsgelohn von 6 bis 1 Uhr für die tägliche Ueberstunden; keine Erwerbssteuer mit 50 Pf. bezahlet werden. Beschäftigt waren auf der Fabrik damals 300 Arbeiter. Diese wählten eine Delegationskommission von 15 Mann, welche am Morgen des 25. März dem Chef die Forderungen vorlegten, mit der Bitte, bis 4 Uhr nachmittags die Antwort zu erteilen. Als die Kommission ins Kombar kam, fand sie dieses durch ein hartes Regenschauer gestoppt, und in Gegenwart des Fabrikbesizers wurden die Kommissionsmitglieder einzeln vorgelassen. Jeder erhielt seine Entlohnung von Herrn Kemners höchst eigenhändig

ausgehändigt. Diejenigen, die sich weigerten, den Entlohnungsschein anzunehmen, wurden vom Kommissar bestimmt, dies doch zu tun. Als die Arbeiter sahen, daß ihr Kommissar entlassen war, legten sie alle sofort die Arbeit nieder. Am 26. März fand eine öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiter statt, die vom Streikkomitee einberufen und von den Arbeitern von Bayer mit besucht war. In der Versammlung wurde beschlossen, am anderen Morgen auch bei Bayer Forderungen zu stellen und hiermit eine Kommission von 33 Mitgliedern betraut. Die Forderungen lauteten: Für Arbeiter von 18 bis 20 Jahren 18 M. Lohn, für ältere Arbeiter 21 M. Lohn pro Woche, für Ueberstunden 40 Pf., für Sonntagarbeit von 6 bis 1 Uhr eine Tagelohn.

Die Kommission wurde zwar empfangen, aber vom Direktor Bayer wurde alles wiederum abgelehnt. Der Bericht hierüber betonte: Als ein Kommissionsmitglied anfuhr, daß die Arbeiter hoch Leben und Gesundheit für die Fabrik opfereten, indem sie durch die Giftstoffe in ein paar Jahren oder noch früher den Keim des Todes empfangen und schon deshalb die Forderung bemittelt werden mußte, erhielten sie als Antwort ein Hohngelächter. Die Kommission verließ dann die Fabrik, und mit ihr gingen circa 1000 Arbeiter, einschließlich aller Handwerker, Schlosser, Schreiner, Maschinisten usw. Nur einige Invaliden sollen teilweise am Zureiben der Arbeiter festgehalten sein.

Ein Satz aus dem Bericht sei hier wörtlich wiedergegeben, weil er sich auf einen alten Bekannten bezieht, der schon vor 26 Jahren seinen Charakter nicht verlernen konnte: „Der Professor Duisberg wurde schon schon beim Abzug der Kommission nicht eingehalten, derselben ein „Gruß“ zu sagen und darauf zu zeigen, was Seines Kind er ist, hoch wurde dieser übertriebene getreue Gehorsam von einem Arbeiter einer Antwort gewandt.“ Eine nochmalige Versammlung der Streikenden beschloß ein erneutes Verfertigen der Kommission. Weitere Verhandlungen wurden jedoch von der Firma Bayer & Co. mit dem Verwehren abgelehnt, daß die Firma mit jedem Arbeiter allein verhandeln wolle. Der Streik verlor ergebnislos, 70 Mann wurden gemauert. Keiner sollte seine Karte alle wieder ein, nachdem er ansehnlich mit 40- und 20-Pfennigen, denen er 18 M. versprochen, aber nur 15 M. zahlte, nicht die besten Erfahrungen gemacht hatte.

Der Verlauf der Streiks hatte gezeigt, daß zur erfolgreichen Durchsetzung von Lohnforderungen eine gute Organisation gefordert. In einer

am 28. April 1889 abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, eine Sozialorganisation für die Arbeiter chemischer Fabriken zu gründen. Eine Kommission hatte die Statuten auszuarbeiten und diese einer konstituierenden Versammlung vorzulegen. Am 6. Mai fand letztere statt. Sie wies, da die Anwesenheit von Bayer mit Strafe der Entlohnung verboten hatten, einen schlechten Besuch auf. Das von der Kommission ausgearbeitete Statut eines „Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Arbeiter und verwandten Berufsgenossen“ wurde angenommen, und der Verein trat mit 30 Mitgliedern unter dem Vorsitzenden Voigt ins Leben.

Als im Mai des Jahres 1890 aus Hannover die Einladung zur Besichtigung einer Konferenz der nichtgewerblichen Arbeiter auch nach Elberfeld kam, wurde in einer von etwa 150 Arbeitern besuchten Versammlung die Besichtigung beschlossen und der Vorsitzende des Vereins der chemischen Arbeiter, H. Voigt, als Delegierter gewählt. In der Versammlung, in welcher dieser Bericht erstattet wurde, wurde eine zwölfköpfige Kommission eingesetzt, die darüber beraten sollte, ob eine lokale oder eine zentrale Organisation besser sei. Die Kommission entschied sich für die zentrale Organisation und empfahl die Gründung einer Bezirksstelle des Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter, die denn auch in der Versammlung, die am 11. Oktober tagte und den Kommissionsbericht entgegennahm, erfolgte.

Einige Monate zuvor war jedoch in Elberfeld eine neue Organisation für die Arbeiter der chemischen Industrie gegründet worden, nämlich ein „Verband der Färber, Farbwarenarbeiter und verwandten Berufsgenossen“. Dieser Verband wollte neben den Färbern, Drücker, Appreturen usw., also Arbeitergruppen der Textilindustrie, alle Hilfsarbeiter der chemischen Industrie aufnehmen. Als nun der Verein der chemischen Arbeiter angelegt und eine Bezirksstelle des Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter gegründet wurde, trat ein Teil der chemischen Arbeiter in den Verband der Färber und Farbwarenarbeiter über. Da uns launet, nach einem Bericht in der „Einigkeit“, etwa 40 Mitglieder des Vereins chemischer Arbeiter. Leider blieben einige besonders Eifrige und Tätige fern. Vielleicht hätten gerade sie dazu beitragen können, daß unser Verband im Wuppertal festere Wurzeln geschlagen und einen schnelleren Aufstieg genommen hätte.

S. 2.

Arbeiter-solidarität in der Papierindustrie.

Handwerk hat goldenen Boden! Dieses Sprichwort traf ehemals auch auf die Papiermacherei zu. Auf Grund der von den Fürsten und Landesherren verliehenen und erkaufte Privilegien war es den Papiermachern möglich, ein behagliches Leben zu führen. Weder Konkurrenz noch technische Fortschritte störten ihre Ruhe. Getreu ihrem Grundfatz: „Wie die Alten gesungen, so willst du die Jungen“, mußte jeder Papiermacher das Gelübde ablegen, nichts Neues aufzubringen, aber auch nichts Altes abzuschaffen.

Nicht so angenehm wie das Leben der Papiermacher war das ihrer Gesellen und Lehrlinge. Lange Arbeitszeiten von täglich 16 und mehr Stunden waren, wie häufig auch heute noch, die Regel. Dafür nahmen aber die Papierergesellen das Recht in Anspruch, an Montagen die Arbeit ruhen zu lassen. Auch sonst waren die alten Junstgesellen nicht so bescheiden, wie ein großer Teil der heutigen Papierarbeiter. Obwohl von einer Kampforganisation nur wenig bekannt geworden ist, war nach den geschichtlichen Ueberlieferungen das Solidaritätsgefühl der Papierergesellen ein stark ausgeprägtes. Im Jahre 1890 wurden die Gesellen des Rathherrs Stromer in Nürnberg ausständig und konnten nur unter Anwendung von Gewalt gezwungen werden, die Arbeit wieder aufzunehmen. 1527 brachte der Rat der Stadt Augsburg mehreren Gesellen mit Stadtverweis, wenn sie sich dem Willen ihrer Meister nicht fügen. Der wandernde Geselle verbreitete unter seinen Kollegen die Nachrichten von Streiksgefahren der Meister mit ihren Gesellen und warnte dieselben vor Annahme von Arbeit. Der Besitzer der Burghthanner Papiermühle mußte sich 1732 „alleruntertänigst an den Hochfürstlichen, Hochpreisslichen Hoff-Rath“ der Stadt Ansbach wenden, um seinen Sohn vor Ablauf der Lehrzeit zum Gesellen machen zu dürfen, weil seit 3/4 Jahren kein Geselle bei ihm vorgeschoben habe, obwohl in den umliegenden Mühlen die fremden Gesellen fleißig zusprachen. Die Gesellen verstanden es eben, durch Sperrung von Arbeitskräften die Papiermüller zähm zu machen.

Im Jahre 1648 hielten die Papiermacher von Plauen im Vogtland mit ihren Gesellen eine gemeinsame Konferenz ab, in welcher Grundsätze über das Recht zum Schellen, Strafen und Balken von Lehrlingen festgelegt wurden. Auf dieser Versammlung wurde auch beschlossen, daß jeder Geselle, der bei einem gestraften Meister länger als 14 Tage in Arbeit bleibt, für jeden Tag darüber einen Wochenlohn als Strafe zu zahlen hat. 1654 beschwerte sich ein Papiermacher aus Zwidau, daß der Gehaltslohn von den überflüssigen Mühlen ummüß erhöht würde. Am 19. Juli 1586 vereinbarten die Papiermacher Schwabens mit ihren Gesellen einen Landes-Arbeitsvertrag, der die Städte Augsburg, Kaufbeuren, Kempten, Landsberg, Memmingen und Nördlingen umfaßte.

Mit der Erfindung der Papiermaschine durch den Papiermacher Roberts in Essonne im Jahre 1799 und der um die Mitte des 19. Jahrhunderts erfolgten Kautschukmacherei des Holzstoffes als Rohmaterial tritt die Papiererzeugung in einen Zeitabschnitt wirtschaftlichen Aufschwunges und technischer Verbesserung ein. Weder scheint es, als ob mit dem Uebergange von der Hand zur Maschinenarbeit das Solidaritätsgefühl unter der Papierarbeiterchaft immer mehr zurückgedrängt worden ist. Von der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zur Gründung des Verbandes der Fabrikarbeiter im Jahre 1890 scheint jeder Zusammenhalt der Papierarbeiter gefehlt zu haben. Der eindringliche Heerurf Lassalles hat sie nicht geweckt, und selbst die lebhafteste Bewegung in den siebziger Jahren scheint spurlos an ihnen vorübergerauscht zu sein. Es ist charakteristisch, daß der Direktor der Wilmchen-Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation in Dachau am Weihnachtabend des Jahres 1878, also kurz nach Erlass des Sozialistengesetzes, in einem an die Arbeiter gerichteten Schriftstück betonte: „Mit großem Vergnügen konstatiere ich, daß ihr alle, soweit mir bekannt, ohne Ausnahme, sozialistischen Strömungen euch nicht angeschlossen habt, und ich versichere euch, ihr habt da unbedingt das Richtige getan, ihr habt euer und eurer Familie Wohl und das eurer Zukunft damit am besten gewahrt!“ Zum Danke für ihr „Wohlselbsthalten“ erhielten die Arbeiter die Versicherung, daß ihre Löhne nach Möglichkeit nicht — reduziert werden sollten. Wörtlich heißt es in dem Auftrage: „Ihr habt unter dieser schweren Peinlage nicht zu leiden, ihr habt noch gute Lohnsätze, und hoffentlich wird es nie notwendig werden, dieselben zu ermäßigen.“

Während der Dauer des Sozialistengesetzes war es schwer möglich, den Gedanken der Arbeiter-solidarität unter der Papier-

arbeiterchaft zu verbreiten. Erst nach Aufhebung des Gesetzes im Jahre 1890 konnte der neugegründete Fabrikarbeiterverband die Agitation unter der Papierarbeiterchaft entfalten. Nur langsam konnte der Verband sich in der Papierindustrie ausbreiten. Im Jahre 1894 wurden in Weissenfels, Celle, Hagen und Hirschberg Versuche zur Organisierung der Papierarbeiter unternommen. Der Lohn der Arbeiter in der Weissenfeler Papierfabrik betrug damals 9 bis 13 M. pro Woche, in der Dreotischen Papierfabrik in Celle für eine täglich elfstündige Arbeitszeit 1.80 bis 2 M. Die Löhne der Arbeiterinnen waren um 50 Prozent geringer. 1896 wurde die Zahlstelle München gegründet und auch hier mit der Agitation unter den Papierarbeitern eingeleitet. 1897 traten die Arbeiter der Hensburger Papierfabrik mit Beschwerden über ungerechte Behandlung durch Meister und Besitzer in die Öffentlichkeit. 1898 wurde in der Berliner Papier- und Pappenindustrie zum ersten Male eine Agitation größeren Stiles eingeleitet. Ebenso in der Papierfabrik Viernann in Wittenfeld. In der Parlarischen Papierfabrik in Heidenau waren 1900 die Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährdenden Mißstände derartig eingerissen, daß die Gewerbeinspektion den Betrieb schließen mußte. Im selben Jahre setzte auch die Dresdner Zahlstelle mit einer kräftigen Agitation in der Papierindustrie ein. Arbeiteten doch in der Dresdner Papierfabrik



Aber dort, wo ein Mann täglich durch einen andern Mann ersetzt werden kann, dort, wo ständig eine große Zahl Arbeitsuchender nur eingefordert zu werden braucht, um denselben Platz mit derselben Arbeit morgen zu besetzen, wie er gestern besetzt gewesen ist, dort wird der einzelne, soviel Seele er haben mag, zu einem Stück Stein in dem Gesamtorganismus, zu einem einzelnen Nummer in dem Organismus. Und diese einzelnen sind es, die nun, zur Organisation zusammengedrängt, sagen: Wir als einzelne sind zu schwach, wir können uns das Lebensschicksal nicht mehr selbst machen. Die alte Parole, daß jeder einzelne seines Glückes Schmied ist, sie versagt uns in dem Massenzeitalter der allgemeinen Abhängigkeit. Reichstagsabgeordneter Naumann.



alle Arbeiter im Durchschnitt wöchentlich 100 Stunden. bei einem Stundenlohn von 23 Pfennigen. Mehr und mehr begannen sich die Papierarbeiter gegen die herrschenden Mißstände zu wehren. In der Wilmchen-Papierfabrik in Neumünster erreichten die Arbeiter 1901 ohne Streit eine Arbeitszeitverkürzung. Auch die Kollegen der Brummerischen Papierfabrik in Gmund am Tegernsee erreichten durch Arbeitsniederlegung im selben Jahre einen Erfolg. Wie rücksichtslos die Unternehmer die Arbeiter behandelten, geht aus einem Strafzettel der Papierfabrik Koffen hervor. Einem Arbeiter war beim Auffahren die Papierbahn am unteren Trodenzylinder hängen geblieben, hatte sich an dessen Seite aufgewickelt und den Trodenzylinder zerrissen. Der Kollege erhielt folgende Strafverfügung:

Maschinengehäse D.

zucht wegen unvorsichtigen Betreibens des ersten unteren Trodenzylinders, welcher erst knapp zur Hälfte abgerollt war, 280 M. (zweihundertundachtzig Mark) und 44 M. (vierundvierzig Mark) Stillstand, zusammen 324 M. (dreihundertvierundzwanzig Mark). Es werden wöchentlich 5 M. abgezogen. Notiert: 9. 11. 01. gez.: Heigis, Direktor.

Der wöchentliche Verdienst des Bestrafen betrug 10 bis 12 M. Ein Holländermeister mußte 85 M. Strafe zahlen, weil ihm aus Versehen zwei Stoffbottiche übergelaufen waren. Derartige Vorfälle standen nicht einzeln da, sondern waren fast Regel in der Papierindustrie. Die Unternehmer und ihre Vertreter fühlten sich als die Alleinherrscher und handelten danach. Zu den Unternehmern gefellten sich oft die Behörden und die Vertreter der Kirche im Kampfe gegen den bösen Fabrikarbeiterverband. Im August 1905 suchten die Arbeiter der Pasinger Papierfabrik ihre Lage mit

Hilfe des Verbandes zu verbessern. Während der Direktor zu Maßregelungen griff, versuchte die andere Seite, durch Gründung von christlichen Gewerkschaften die Einigkeit der Arbeiter zu zerstreuen. Unsere Kollegen, soweit sie auch Mitglieder des katholischen Arbeitervereins waren, erhielten folgendes Schreiben zugesandt:

Katholischer Arbeiterverein Pasing, 22. August 1905.

Es ist der Vorstand des katholischen Arbeitervereins die Mitteilung ergangen, daß Herr . . . Mitglied unsres Vereins, schon seit längerer Zeit Mitglied der freien Gewerkschaftsorganisation ist, und da wir jetzt eine christliche Gewerkschaftsorganisation haben, wurde in der letzten Ausschusssitzung der Beschluß gefaßt, daß

1. Herr . . . von der freien Gewerkschaftsorganisation, welche auf sozialdemokratischer Grundlage steht, laut Statut § 8 auszutreten hat,
2. die Vorstandschaft des katholischen Arbeitervereins mündlich oder schriftlich bis in vier Wochen zu verständigen hat, da sonst laut Statut § 8, Absatz 4, der Ausschluss vom Verein erfolgen mußte.

Die Vorstandschaft.

Derartige Terroristumsfälle konnten gleichfalls in beliebiger Anzahl ausgeführt werden. 1907 gefellte sich in Augsburg, dem deutschen Geburtsort der gelben Wertvereine, der nationale Arbeiterverein der Papierfabrik Heindl zu den Kämpfen gegen den Fabrikarbeiterverband. Der im selben Jahre gegründete Arbeitgeberverband deutscher Papier- und Zellfabrikanten betrachtete es bis in die jüngste Zeit als seine vornehmste Aufgabe, die gelben Wertvereine zu protektieren. Dieser Verband führt ja überhaupt auf die schärfste Art und Weise den Kampf gegen die Gewerkschaften. Seine Gegnerschaft gegen die Tarifverträge, gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, gegen den zehnstündigen Normalarbeits- tag für Arbeiterinnen usw. ist unsern Mitgliedern zur Genüge bekannt. Diese Gegnerschaft gegen jeden sozialen Fortschritt fand und findet das volle Verständnis der Mehrheit der organisierten Unter- nehmer.

Mehr und mehr aber rührten sich auch die Arbeiter der Papierindustrie. Tausende und aber Tausende sammelten sich in Verbänden der Fabrikarbeiter und kämpften um die Bessergestaltung ihrer Arbeitsbedingungen. Auf einer Papierarbeiterkonferenz, die am 18. und 19. Mai 1913 in Dresden stattfand, wurden die überaus traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Papierarbeiter geschildert und über Maßnahmen und Wege zur Abhilfe beraten. Die Konferenz forderte von den gezeigenden Körperchaften die Einführung der achtfünftündigen Arbeitszeit in Betrieben, mit durchgehender Schicht, Verbot der Doppelschichten, der Sonntagsarbeit und der Nacharbeit für Arbeiter unter 18 Jahren, Festsetzung von Pausen während der Arbeitszeit zur ruhigen Einnahme der Speisen und Getränke, ein klagbares Recht auf Prämien, vierteljährige Kündigungsfristen für die Fabrikwohnungen, Bekräftigung derjenigen, die einen Arbeiter an der Ausübung seines Koalitionsrechts hindern, schärfere Ueberwachung der Arbeiterschutzbestimmungen und energisches Einschreiten gegen Uebertretungen derselben. Der Einigkeit der Papierarbeiter muß es gelingen, diesen Forderungen Anerkennung zu verschaffen.

Der Kampf der Papierarbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse seit Bestehen des Fabrikarbeiterverbandes war nicht vergeblich. Bis vor Ausbruch des Krieges waren in 23 Betrieben für 4415 beschäftigte Personen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt. In einer weiteren Reihe von Betrieben wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessert, ohne daß es zum Abschluß von Tarifverträgen kam. Die Werbearbeit des Fabrikarbeiterverbandes unter den Papierarbeitern in den letzten 25 Jahren ist nicht vergebens gewesen. Die gewerkschaftlichen Fortschritte unter dieser Arbeitergruppe berechtigten zu den besten Hoffnungen, als der Ausbruch des Weltkrieges diesen ein jähes Ende bereitete. Tausende unsrer Freunde aus der Papierindustrie wurden unter die Fahnen gerufen. Fast unaussähhbar groß sind die Läden, die der Krieg gerade in die Reihen der Papierarbeiter gerissen hat. Um so fester müssen wir, die wir zurückbleiben durften, zusammenstehen unter unserm Banner, für unsre Ziele. Wir müssen dafür sorgen, daß unsre Kollegen, wenn sie zurückkehren, ihren Verband als einen starken, weiterfesten Bau und nicht als einen Trümmerhaufen wiederfinden. Wir haben mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß dieses gewaltige Zeugnis unüberwindlicher Solidarität, das wir uns in fünfundschwanzigjähriger jähre Arbeit geschaffen haben, nach diesem Kriege weiter wachse, blühe und gedeihe. G. Stähler.

Aus dem Werdegang der Zahlstelle Hannover.

Fünfundzwanzig Jahre Verbandstätigkeit liegen hinter uns. Manche Freude und manche Erfolg haben wir erlebt, aber auch manches Leid und manche bittere Enttäuschung. Welche Hoffnungen bewegten meine Brust, als ich im September 1890 das erstmalig aus einer Mitglieder- versammlung des Verbandes nach Hause ging! Es war da viel von Solidarität und Einigkeit gesprochen worden. Die Arbeiter brauchten nur einig zu sein, dann könnte keine Macht der Welt sich ihren Wünschen und Forderungen widersetzen. Das leuchtete mir ein. Ich fand auch keine schwere Aufgabe in der Erfüllung dieser Pflicht. Auch glaubte ich, die Erfüllung einer so selbstverständlichen Pflicht müsse allen Arbeitern leicht sein. Das war ein großer Irrtum. Heute noch gibt es sehr viele Arbeiter, welche sich dieser Pflicht noch nicht bewußt sind. Unser Freund Vogberg tröstete mich später einmal mit den Worten: Die Erkenntnis wird sich allmählich Bahn brechen. Wegen einiger Mißerfolge darf man nicht gleich kleinmütig werden.

Zu dem Glauben an einen Sieg unserer Bestrebungen gehörte damals freilich ein großes Maß von Optimismus. In den ersten zwei Jahren hatte sich die Zahlstelle von mehr als 200 Mitgliedern auf etwa 100 zurückentwickelt. Drei Viertel der Gründer der Zahlstelle waren auf der Strecke geblieben. Der Weg zum Ziel war ihnen zu weit. Die große Arbeitslosigkeit in den Jahren 1890 und 1891 mag zum Teil daran schuld gewesen sein. Trotzdem stand die Vereinsmeierei in voller Blüte. In jeder Versammlung wurde darüber gellagt. Dafür hatten die Arbeiter Zeit, Geld und Interesse, nur nicht für den Verband.

Im ersten Verbandstage (1892) wurde von Hannover beantragt, eine eigene Verbandszeitung zu gründen. Das war ein sehr bewundernswürdiger Antrag. Das Verbandsvermögen betrug damals 2600 Mark. August trauete sich hinter den Ofen und Jean Wilhelm sah im Geiste schon den ihm zur Bewachung anvertrauten Schatz schwinden. Der Antrag wurde ferner, auch Arbeiterinnen als Mitglieder aufzunehmen. Der Verbandstag stimmte beiden Anträgen zu. Es war ein erhebender Augenblick, als August Wey bei der Berichterstattung vom Verbandstag zu dem Beschluß, ein eigenes Verbandsorgan herauszugeben, sagte:

Sie haben den festen Willen bekundet, eine eigene Verbandszeitung zu erhalten. Der Verbandstag hat dem zugestimmt. Geloben wir, fest zu stehen, wenn wir den Weg zum Ziel zu weit zu haben. Mit ihm zu stehen oder zu sterben! Das letztere ist glücklicherweise nicht eingetreten.

So mit neuem Mut versehen, ging es erneut in den Kampf gegen den Unverstand der Massen. Regelmäßige Mitgliederversammlungen dienten zur Bereicherung des Wissens. Fast immer fanden gute Vorträge aus den verschiedenen Wissenszweigen auf der Tagesordnung. Öffentliche Versammlungen wurden zur Propaganda für unsre Bestrebungen eingeladen. Dazu wurden immer „alle nichtgewerkschaftlichen Arbeiter“ eingeladen. Es ging langsam aber sicher vorwärts. 1895 mußerten wir schon circa 450 Mitglieder. Aug. Vogberg, unser erster Bevollmächtigter, der damals in der Arbeiterbewegung sehr stark in Anspruch genommen war, äußerte wiederholt Mißtrautsgebanen. Es gelang ihm nicht, diese zu verwirklichen. Er mußte weiter auf dem Posten bleiben.

In der Bekämpfung der Solidarität anderen Berufs gegenüber, welche im Lohnkampfe standen, waren wir stets sehr freigebig. Im Februar 1891 wurde den streikenden Tabakarbeitern der gesamte Sozialisten- bestand überwiesen; im Dezember desselben Jahres den streikenden Buch- bindern 50 M. Dies war damals eine große Summe. Die Sozialisten erhielten immer nur Zuwachs aus Festüberstößen oder Sammlungen. Die wenigen Großen aus den niedrigen Beträgen deckten knapp die Kosten für die Agitation.

Im Sommer 1896 zog sich ein Gewitter, welches aus dem Ober- präsidium der Provinz Sachsen kam, über unsern Hauptort zusammen. Es drohte den Erfolg unsrer Arbeit zu vernichten. Im Juni belamen wir vom Königlich-polizeipräsidium zu Hannover die Mitteilung, daß unsre Zahlstelle ein politischer Verein sei. Das glaubten wir nicht. Am 1. August erfolgte die erste Auflösung einer Mitgliederversammlung durch die überwachenden Polizeibeamten. Dem folgte am 16. August die zweite und am 12. September die dritte Auflösung. Der Grund der Auflösung war, daß weibliche Mitglieder an Versammlungen des angeblich politischen Vereins teilnahmen. Unsre angeborene Jungens zum weiblichen Geschlecht ließ es nicht zu, unsre Mitarbeiterinnen aus der Versammlung zu entfernen. Es mußte ein anderer Ausweg gefunden werden. Es wurde beschlossen, aus einer Zahlstelle deren drei zu machen. Linden und Hannover-Rodost wurden neu konstituiert, Hannover als kleinste blieb bestehen.

Doch das Verhängnis der Politischerklärung ereilte auch die neuen Zahlstellen bald. Die Zahlstelle Linden wurde Anfang 1898 sogar politi- zeilich geschlossen. Durch Kammergerichtsbeschluß wurde die Schließung wieder aufgehoben. Später wurde uns gefattet, daß weibliche Personen an den Veranstaltungen des Verbandes teilnehmen könnten, nur müßten dieselben von den Männern durch ein „Segment“ getrennt sein. Es mußte also ein Abschnitt in demselben Räume durch irgendeine Scheidewand hergestellt werden. Wir haben dem mit allen möglichen Hilfs- mitteln Rechnung getragen. Ich erinnere mich noch eines Unterhaltungs- abends im „Ballhof“. Eine Reihe Stühle durch die Mitte des Saales gestellt, genigte dem präsidierenden Auge des Kommissars nicht. Wir holten noch Raffel August ihre Wägelchen, zogen diese durch die Stühle und besetzten die Enden an beiden Seiten. So war das „Segment“ ge- wunden. Die Damen konnten nun rechts und die Herren links Platz nehmen. Zwei Polizeibeamte saßen drei Stunden auf dem Podium und passten auf, daß die Trennung der Geschlechter nicht durchbrochen wurde. Man mag heute darüber lachen. Auch damals gab es schon boshafte Menschen, welche dies lächerlich fanden. Es waren jedoch polizeiliche An- ordnungen, und solche sind niemals lächerlich.

Um die Agitation unter den Frauen erfolgreicher zu gestalten, wurden auch Versammlungen nur für Arbeiterinnen einberufen. Sehr oft versieken jedoch auch diese der Auflösung, weil der Referent oder der Leiter ein Mann war und solche von der Polizei in Frauenversammlungen nicht geduldet wurden.

Nach dem damals geltenden preussischen Vereinsgesetz mußte der Zu- und Abgang von Mitgliedern, mit Angabe des Geburtsorts, Datums und der Wohnung, der Polizei binnen 3 Tagen gemeldet werden. Als Bevollmächtigter der Zahlstelle Hannover-Rodost hatte ich dies zu er- ledigen, was mir manchen Ärger einbrachte. Mein Hausvater wollte gern wissen, warum ich so oft Polizeibesuch bekam. Ich reichte ein Gesuch ein, man möge mir gestatten, die Meldungen vierteljährlich einmal zu machen. Das Gesuch wurde abgelehnt. Schicksalsstunde war es jedenfalls, daß nun der Zu- und Abgang härter wurde. Fast jeden Tag war eine Meldung zu erledigen, und ebenso oft kam ein Schulmann nach meiner Wohnung und brachte auf einem großen Bogen Papier die Bestätigung der erfolgten Meldung. Nach circa 3 Wochen belam ich eine Einladung, nach dem „Brand“ zu kommen. Ein Kommissar wollte den Grund wissen, warum ich so viele Mitglieder bei uns eintraten resp. austraten. Ich konnte ihm

Die bisherigen Organisationen der Tapetenarbeiter.

Im Jahre 1890 wurde in Einbeet der Verband der Formstecher, Tapeten-, Linoleum- und Wachstuchdrucker gegründet. Wie fast alle Verbände gelehrter Arbeiter jener Zeit nahm auch dieser Verband nur die „Gleichberechtigten“, die gelehrten Arbeiter, auf. Um die Organisation der Hilfsarbeiter kümmerte man sich zunächst nicht. Im Jahre 1895 vereinigte sich der Verband der Formstecher, Tapeten- und Wachstuchdrucker mit dem Verbande der Lithographen und Steindrucker, doch schon 1896 lösten sich die Formstecher wieder vom Steindruckerverbande los und bildeten eine eigene Organisation. Nach der Absplitterung der Formstecher von den Steindruckern fühlten sich auch manche Tapetenarbeiter in der Organisation nicht mehr wohl und kehrten derselben den Rücken.

Weder der Steindrucker-, noch der Formstecherverband vertrat die Interessen der gesamten Tapetenarbeiter, denn beide hatten nur sogenannte gelehrte Arbeiter als Mitglieder; die große Masse der ungelerten Arbeiter blieb, soweit sie sich nicht dem Verbande der Fabrikarbeiter anschloß, ohne Organisation. Mit dem Fortschritte der Technik wuchs aber die Bedeutung des ungelerten Arbeiters auch in der Tapetenindustrie. Der gelehrte Handdrucker wurde von dem angelehrten Maschinenrunder abgelöst und immer mehr verdrängt. Die angelehrten Maschinenrunder wurden von den Handdruckern vielfach nicht als vollberechtigte Drucker angesehen und in die Organisation der Drucker nicht aufgenommen. So kam es denn, daß viele Drucker sich dem Fabrikarbeiterverbande anschlossen, soweit sie nicht schon Mitglieder desselben waren, ehe sie als Drucker angelehrt wurden.

Bis zum Jahre 1907 wurde der Aufnahme der Maschinenrunder in den Fabrikarbeiterverband von den beiden andern Organisationen nichts in den Weg gelegt. Eine am 1. September 1907 in Leipzig tagende Konferenz der Tapetenrunder sprach sich für Einbeziehung der Maschinenrunder in die Organisation der gelehrten Drucker aus und erklärte den Steindruckerverband als vollständige Organisation. Ende 1908 verschmolzen sich die Formstecher zum zweitenmal mit dem Steindruckerverbande, so daß von da an nur noch zwei Organisationen für die Tapetenarbeiter in Frage kamen: eine für die gelehrten und eine (der Verband der Fabrikarbeiter) für die ungelerten Arbeiter.

Selbstverständlich wurde durch dieerspaltung der Arbeiter in mehrere Organisationen die Aktionsfähigkeit der Arbeiter bei Lohnbewegungen gemindert. Auch die Agitation litt darunter. Die Beitragshöhe im Steindruckerverband führte bei den schlechter entlohnerten Tapetenrundern zu dem Verlangen nach einer Ermäßigung derselben, resp. nach Einführung von Staffelpreisen. Mit Rücksicht auf die andern im Verbande vereinigten Berufe lehnten die Steindrucker eine Beitragsermäßigung ab und verzichteten auf die Agitation in Tapetenfabriken ganz. Damit schien der Weg frei für die Zusammenfassung aller in der Tapetenindustrie beschäftigten Arbeiter im Verbande der Fabrikarbeiter. Hoffnungsvolle Ansätze zu einer kraftvollen Vereinigung der Tapetenarbeiter waren da. Im Steindruckerverband waren 1910 schon 256 Tapetenrunder oder 20 bis 25 Prozent aller in der Industrie Beschäftigten organisiert, im Fabrikarbeiterverbande etwa ebensoviel. Der Beitrag im Fabrikarbeiterverband war den Einkommensverhältnissen der Tapetenarbeiter angemessen. Zudem fanden sie in der Sektion der Papier-, Zellstoff-, Gummi- und Chromopapierarbeiter verwandte Berufskollegen.

Leider meinten einige Drucker, es mit ihrer Ehre als Berufsarbeiter nicht vereinbaren zu können, in einer Gewerkschaft, der auch ungelernete Arbeiter angehören, tätig zu sein. Sie gründeten deshalb im Oktober 1910 den Verband der Tapeten-, Linoleum- und Wachstuchdrucker, der es nach vierjährigem Bestehen auf rund 500 Mitglieder gebracht hat. Zur Freude der Unternehmer war dadurch die lang ersehnte Einigkeit der Tapetenarbeiter wieder vernichtet. Sehr bald mußten die Gründer des Sonderverbandes einsehen, daß die gelehrten und halbgelernten Arbeiter allein ohnmächtig bleiben würden. Statt nun aber Anschluß an eine starke Organisation zu suchen, beschloß eine Zahlstellenkonferenz des Verbandes, auch die Hilfsarbeiter mit zu organisieren, also dieerspaltung auch auf jene Arbeiter zu übertragen, die seit 25 Jahren zum Agitationsgebiete des Fabrikarbeiterverbandes gehören.

Selbstverständlich ist durch diese Maßnahme des Tapetenrunderverbandes eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der

Tapetenarbeiter erzielt. Nur eine starke Arbeiterorganisation, die alle Berufsangehörigen umfaßt und finanziell gut gestützt ist, kann dem Unternehmertum Zugeständnisse abringen. Hoffentlich haben die Ereignisse der letzten Zeit auch die Leiter des Tapetenrunderverbandes von der Richtigkeit ihrer Ansichten und Maßnahmen überzeugt.



Die gewerkschaftliche Organisation in der Blumen-, Blätter- und Federnindustrie.

Der Ursprung der Industrie künstlicher Blumen reicht weit bis ins 17. Jahrhundert zurück. Der erste fabrikmäßige Betrieb wurde jedoch erst 1842 in Sebnitz, ein zweiter kurz danach in Dresden gegründet. Einen ungeheuren Aufschwung nahm die Industrie nach dem Kriege 1870 infolge des Strebens, die Abhängigkeit vom französischen Markt abzuschütteln. Bis dahin arbeiteten einzelne Fabriken in allen oben genannten Zweigen. Später entstanden Spezialfabriken, die ganz gewaltige Aufträge nach dem Inland sowie nach dem Ausland erhielten. Amerika und England waren die besten Abnehmer. Das Jahrzehnt 1890 bis 1900 war die Blütezeit dieser Industrie. Es wurden damals in Deutschland 19 000 Arbeiterinnen und 2 000 Arbeiter in den Fabriken gezählt.

Durch den Zolltarif von 1902, der die Einfuhr der Rohprodukte und die Ausfuhr der fertigen Waren erschwerte, wurde die Industrie schwer geschädigt. Amerika, Australien und England gingen selbst an, neben Frankreich in Massen künstliche Blumen usw. zu fabrizieren. In Philadelphia und New York entstanden große Fabriken. Die Amerikaner holten sich gute Kräfte aus Dresden und Sebnitz. Die Heim- und Kinderarbeit importierten sie auch. In einer einzigen Fabrik wurden 300 Kinder beschäftigt. Die Unternehmer hier in Deutschland hatten ja schon immer Kinder beschäftigt, aber durch Verordnungen und durch das Kinderschutzgesetz wurde der Kinderarbeit in Fabriken Einhalt geboten. In der Heimarbeit, in der schon 1895 20 000 bis 25 000 Arbeiterinnen gezählt wurden, ging die Kinderarbeit in alter Weise fort. Dadurch wurde der Schmutzkonkurrenz Tür und Tor geöffnet. Fabriken schossen wie Pilze aus der Erde. Jeder wollte Unternehmer und reich werden auf Kosten der Arbeiter. Sehr vielen Unternehmern gelang das auch.

Die Arbeiter dieser Industrien — meist Arbeiterinnen — hat sich recht spät besonnen, etwas für ihre Lage zu tun. Schreiber dieses Berichtes, der sich mit zu den ersten zählt, die sich in dieser Industrie aufstufen, um der Ausbeutung entgegenzutreten, kann heute auf eine 20jährige ununterbrochene Mitarbeit zur Verbesserung der Lage der Blumen- und Blätterarbeiter und -arbeiterinnen zurückblicken. Schon in den Jahren 1891 und 1892 bestand in Dresden so etwas wie ein Fachverein der Blumenarbeiter. Versammlungen wurden wiederholt abgehalten. Der Vorsitzende wurde, weil Oesterreicher, ausgewiesen. Ein Statut blieb übrig. Im Jahre 1895 gründete Kollege Wink mit dem Schreiber dieser Zeilen und noch neun Kollegen und einer Kollegin einen Lokalverein. Hier von den Gründern sind jetzt Mitglieder im Verband der Fabrikarbeiter. Infolge der unerhörten Ausbeutung und der schlechten Behandlung seitens der Unternehmer und Borgesehten waren unsere Versammlungen immer sehr gut besucht. Die Mitgliederzahl stieg in zwei Jahren auf 300. Die Löhne stiegen von Betrieb zu Betrieb. Die Unternehmer unterhielten mit uns sogar einen paritätischen Arbeitsnachweis. Die schlechte Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen fiel in manchen Betrieben weg.

Da wir gute Erfolge erzielten, wollten wir unsere Agitation und auch Organisation auf Sebnitz ausdehnen. Wir hielten eine öffentliche Versammlung dort ab. Diese war sehr stark besucht, weil es die erste öffentliche Versammlung am Orte war. Wir mußten aber die Wahrnehmung machen, daß die Sebnitzer und Berliner Kollegen und Kolleginnen bereits teilweise organisiert

waren, und zwar im Verband der Handelsreisenden (Lokalorganisation, Sitz Berlin). Die Sebnitzer waren von Berlin aus bearbeitet worden, denn dort waren die männlichen Arbeiter zugleich als Hausdiener tätig. Die Handelsreisenden hatten eine Verbandszeitung, die Artikel von der Blumenindustrie brachte. So entschlossen wir uns, wenn auch sehr schwer, dorthin mit Überzutreten.

Der Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter strebte nun danach, die Lokalvereine zu zentralisieren. Schon unser nächster Verbandstag in Braunschweig beschloß, mit dem Zentralverband Verhandlungen anzuknüpfen und abzutreten. Wir Blumenarbeiter wurden Transportarbeiter. Der Verbandstag der Transportarbeiter in Nürnberg beschloß, keine Sektion der Blumenarbeiter zuzulassen, Mitglieder sollten wir aber bleiben. Dieser Beschluß war für uns sehr nachteilig. Unse Mitgliederzahl fiel ganz gewaltig. Um diese Zeit kamen wiederholt Mitglieder der Zahlstellenverwaltung der Fabrikarbeiter in unsere Versammlungen, um uns zum Anschluß an den Verband zu bewegen. Die Transportarbeiter bewegten jedoch unsere männlichen Mitglieder immer wieder zum Bleiben. Wir blieben.

Ich rief dann die Generalkommission um Hilfe an. Genosse Legien kam nach Dresden. Er revidierte unsere Abrechnungen und Mitgliederlisten und veranlaßte die Genossin Ihrer, nach Dresden, Sebnitz und Neustadt zu gehen und sich dort über die Verhältnisse zu unterrichten. Im Dezember 1901 wurde darauf der Zentralverband der Blumen-, Blätter- und Federnarbeiter Deutschlands gegründet. Von den Nesten der Organisation war nur noch wenig da. Dresden hatte noch 16 Mitglieder, Berlin noch 14, und Sebnitz war ganz eingegangen.

Die Entwicklung des neuen Verbandes, die Neuaufnahmen, die Anzahl der gezahlten Beiträge und die durchschnittliche Mitgliederzahl seit Bestehen desselben veranschaulicht nachstehende Tabelle:

| Jahr | Neuaufnahmen | Gezahlte Beiträge | Mitglieder im Jahresdurchschnitt, pro Mitglied 40 Beiträge gerechnet |
|------|--------------|-------------------|--|
| 1902 | 42 | 1 388 | 35 |
| 1903 | 76 | 5 489 | 138 |
| 1904 | 250 | 9 533 | 239 |
| 1905 | 209 | 10 461 | 262 |
| 1906 | 346 | 14 712 | 368 |
| 1907 | 385 | 18 099 | 453 |
| 1908 | 247 | 21 923 | 548 |
| 1909 | 280 | 23 498 | 588 |
| 1910 | 700 | 34 867 | 872 |
| 1911 | 565 | 45 511 | 1138 |
| 1912 | 675 | 48 736 | 1218 |

Der Aufstieg war langsam, aber doch beständig. Seiber war die Fluktuation fürchterlich groß. Um sie einzudämmen, wurde ein Verbandsbeamter in Sebnitz angestellt; Dresden sollte später erhalten. Mehr und mehr kamen wir jedoch zu der Ueberzeugung, daß es uns auf die Dauer schwer fallen würde, uns als Verband einer immerhin kleinen Arbeitergruppe zu erhalten. Als sich dann herausstellte, daß es nicht mehr ohne Nachteile möglich sein würde, die Geschäfte des Zentralverbandes und der Redaktion im Nebenamt zu erledigen, trat die Frage der Verschmelzung mit einem andern Verband wieder in den Vordergrund. Schon mehrere Jahre waren Verhandlungen mit den Futurarbeitern gepflogen, aber es kam nie zu einer Einigung.

Der Verbandstag, der 1913 in Sebnitz tagte, beschloß dann, mit dem Fabrikarbeiterverband in Uebertrittsverhandlungen einzutreten. Die Verhandlungen fanden statt und führten zum Erfolg. Am 1. Januar 1914 wurde der Uebertritt mit 1500 Mitgliedern und 18 000 Mk. Kassenbestand vollzogen.

Wir als Blumenarbeiter können mit diesem Schritt sehr zufrieden sein. Die Fluktuation unter den Mitgliedern ist fast ganz verschwunden. Der Krieg hat allerdings auch uns etwas zurückgehalten. Aber wenn alle unsere Kollegen und Kolleginnen ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, werden wir bald wieder alle Schichten ausweihen können. Und wir wünschen heute, daß es dem Verband der Fabrikarbeiter gelingen möge, noch recht viel zum Wohl der Blumen-, Blätter- und Federnarbeiter zu tun.

Otto Luhe, Dresden.

zur antworten, daß wir einen geschickten, der Mitglied werden will und auch einen helfen können, wenn es bei uns nicht mehr gefällt. Er legt wir dann nahe, seine Meinung nochmals einzubringen. Dies tat ich und jetzt wurde dem stattgegeben.

Das Ziel in der Agitation war in den ersten 10 Jahren sehr weitläufig. Als Agitationsmittel dienten ausschließlich öffentliche Versammlungen. Die Bekanntgabe erfolgte meist durch große Plakate. Aber auch Flugblätter und persönliche Einladungen wurden angewendet. Eine Versammlung, die 1897 in „Halle“ abgehalten wurde und in der Genosse Meyer sprach, brachte uns über 100 neue Mitglieder. Eine andere Versammlung Anfang 1898, die wir über 300 handwerkliche Einladungen durch „Halle“ erhalten hatten, brachte uns knapp 50 Mitglieder. Dies war eine Zeit, wo das ausschlaggebende Mittel zur Gewinnung von Mitgliedern in Sebnitz die persönliche Einladung war. Man ging von Haus zu Haus, um die Arbeiter zu überzeugen. Das hat im Norden, das hat im Süden, das hat im Osten und das hat im Westen. Es hat es aber dennoch. Es war noch nicht die letzte Einladungsart.

In Betriebsversammlungen kamen immer nur wenige. Man mußte betonen und geschmeichelt zu werden. Das gegenwärtige Zeitalter ist die Fluktuation war groß. Es ging hier wie anderswo. Von 10 gewählten Mitgliedern waren nach Jahresfrist immer mehr als 50 wieder betrunken. Man fand im Norden noch nicht die genügende Aufmerksamkeit. Die Versammlungen zur Einigkeit wurden immer wieder gestört durch die unruhigen Erfahrungen im Kampf ums Dasein. Die Einigkeit für eine große Sache zu kämpfen, sollte die bestehenden Mittel, wie solche der Zukunft bezogen, liegen die Aussicht auf einträgliche zu gewinnenden Möglichkeiten gar nicht annehmen. Dresden fand der Sebnitzer, nicht Fremde entgegen, in Hannover wenig Entgegenkommen. Als ich auf dem Kaiserlichen Reichstag zur Erhebung des Beitrags von 10 auf 15 Pf. gekommen war, wurde mir nach ein Jahr später auf der ersten Bundesversammlung der Reichstag gemacht, ich hätte damit die Zahl der Sebnitzer Reichstag betonen. Wegen dieses Vorschlags habe ich mich persönlich mit dem Kollegen wieder beschäftigt.

Im Jahre 1900 wurden Stimmen laut, die Zahlstellen von Hannover betonen und den Kampf zu verschärfen. Dies fand jedoch keinen Niederschlag. Die Gründe, daß eine einträgliche Agitation mehr Erfolg

verspricht, daß bei Bestrebungen zur Verbesserung des Arbeitsverhältnisses geschickter vorgegangen werden kann, wurden nicht als durchschlagend anerkannt. Den meisten Widerstand zeigte die Mitgliederzahl sinken; aber auch in Hannover-Rudolstadt war eine Mehrheit nicht vorhanden. Ende 1903 gelang es dann, die beiden hannoverschen Zahlstellen zu vereinigen. Ende 1904 schloßen sich auch die Lindener und Neerfelder Kollegen an. Die Zahlstelle hatte nun circa 1500 Mitglieder. 1905 und 1906 ging es dann mit Hiesigen vorwärts. Die großen Streiks und Ausperrungen trieben die Streikwilligen geradezu in die Organisationen. Das Jahr 1906 brachte der Zahlstelle allein 5146 Neuaufnahmen. Es war freilich bei der Menge nur die Richtung eines Strohstängers. Immerhin blieben viele Hunderte, welche den Verband in Stunden der Gefahr lernen gelernt hatten und später tüchtige Helfer für denselben waren.

Einige Erfahrungen drängen sich noch auf. Wissen ist Macht hier es auch bei uns, deshalb mußte die Verbreitung des Wissens gefördert werden. Neben der mündlichen Belehrung gehörte dazu das Lesen guter Bücher. Unser bestes Mittel erlaubte es nicht, solche zu kaufen. Freund Lohberg half uns aus der Notlage. Er stellte uns seine Hausbibliothek, einen ganzen Arm voll Bücher und Broschüren, zur Verfügung. Eine dazu gewählte Kommission mußte die Verwaltung dieses Schatzes übernehmen. Lohberg behielt sich das Eigentumsrecht vor, trotzdem hat er wohl kein der Bücher zurückverlangt. Auf diesem Grundstock wurde, durch gelegentlichen Ankauf und durch Geschenke, unsere später circa 700 Bände umfassende Bibliothek angebahnt.

In einer Versammlung im „Halle“ wurde über Abschluß in einem größeren Werk debattiert. Ein Kollege beantragte darauf, den betroffenen Mitgliedern den Lohnausfall aus Verbandsmitteln zu ersetzen, was, wie er in der Begründung sagte, den Zahlstellen zu zeigen, was der Verband leisten könne. Damals war der Kollege ganz verblüfft, daß man seinen Antrag nicht ernst nahm. Später las er selbst über diesen wackeren Kampf.

Es ging auch nicht immer ganz friedlich in unsere Versammlungen zu. Anlässlich der Revidierung vom Kaiserlichen Reichstag wurde von einem Kollegen unter Beifall der Anwesenden beantragt, die große Höhe hätte unsere Geschäfte in Umwehung gebracht. (Der Anstand war natürlich noch ungewiss.) Wir haben dafür gesorgt, das Gehalt des Hauptkassiers auf jährlich 1200 Mk. zu erhöhen. Dies konnte, nach

Ansicht des Kollegen, ein Mensch mit fünf gesunden Sinnen nicht beantragen.

Recht ernst war eine Auflehnung der Zahlstellen Hannover und Linden gegen die Offenbacher Verbandsratsbeschlüsse. In der leidenschaftlichen Hitze des Wortgefechts wurde manches gesagt, was bei ruhiger Ueberlegung unterblieben wäre. Eine Protestresolution, in welcher die Aufhebung einiger Beschlüsse gefordert wurde, ging allen Zahlstellen zu. Ueber das Resultat will ich weitere Mitteilungen nicht machen. Allen Ernstes wurde mir der Vorschlag gemacht, eine gemeinschaftliche Versammlung einzuberufen zu dem Zweck, die Zahlstellen aufzulösen und eine Lokalorganisation zu gründen. Ich gehörte mit zu den „Rebellen“. Dieser Vorschlag ging mir aber doch zu weit. Das wäre die Vernichtung der Arbeit eines ganzen Jahrzehnts, sagte ich dem Kollegen. Nachteile dürften wir durch diesen Zwischenfall nicht erlitten haben. Der Versammlungsbesuch war in Zukunft sogar besser. Für „lebhaft“ Auseinandersetzungen zeigten unsere Kollegen immer Interesse.

Nach dem Zusammenschluß der Zahlstellen und dem Anstehen des Unterstützungsweises erwies sich die Anstellung besoldeter Geschäftsführer als notwendig. Die Ortsverwaltung wurde vergrößert und der Verbandsrat ausgebaut. In diesen Körperlichkeiten wurden dann eine Reihe Angelegenheiten erledigt, welche früher die Mitgliederversammlungen beschäftigten. Stoff der Beratungen war früher fast ausschließlich die Agitation. Jetzt konnten wir auch ernstlich an die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse herantreten.

Aus dem Gründerjahre gehören der Zahlstelle noch 10 Kollegen an. Viele hat im Laufe der Jahre der Tod abberufen. Ihrer wollen wir heute in Ehren gedenken. Viele andere verließen uns wieder. Der zu beachtende Boden war ihnen zu hart, der Weg zum Ziel zu weit. Als sie später wiederkamen, schämten sie sich ihres Kleinmutes. Hoffentlich gibt die Erkenntnis jetzt fester. Das Schicksal wollte es, daß unser Jubiläum mit dem fünfzigjährigen Ringen des Weltkrieges zusammenfällt. Unse Reihen sind argzert stark gelichtet. Einige Hunderte liegen den Verband in der jüngeren Zeit im Stich. Rund 2700 befinden sich unter den Fahnen. Manches braver Kollege ist bereits gefallen. Auch ihrer wollen wir heute in Ehren gedenken. Hoffen wir, daß ein baldiger Friede uns wieder zu gemeinsamer Kulturarbeit zusammenführt.

Otto Contentius (Hannover).